

Deutsche Allgemeine

ZEITUNG DER RUSSLANDDEUTSCHEN

Erscheint jeden Samstag in Almaty, Kasachstan

24. September 1994, Nr. 39 (6 771), 29. Jahrgang

Einzelverkaufspreis 2,00 DM

Ohne GUS gäbe keine Idee einer „euroasiatischen Union“...

Zu dieser logischen Schlussfolgerung konnten die Teilnehmer des abschließenden Teils der internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz „Euroasiatischer Raum: Integrationspotential und seine Realisierung“ auf der Abendstimmung am 20. September nach der Ansprache des kasachstanischen Parlaments und Akademienmitgliedern, Shabachan Abdildin, gelangen. Die Einwirkung der bloßen Tatsache der Existenz der GUS auf die Möglichkeit der Schaffung einer euroasiatischen Union betrachtete er als etwas Dialektisches. Auch manche andere Diskussionsredner stimmten Nikolai Ryschow nicht zu, welcher der Gemeinschaft jeglichen positiven Sinn absprechen

wollte. Indem sie die großen Potenzen einer euroasiatischen Union der GUS entgegenhielten, waren sie dennoch der Meinung: Ohne das Bestehen der GUS hätten sich die Ereignisse in vielen Regionen des ehemaligen sowjetischen Imperiums nach der jugoslawischen Variante abwickeln können. Der Chefredakteur der russländischen „Nesawisim a Ja Gaseta“, Vitali Tretjakow, nannte die GUS seinerseits das „Endstadium des Zerfalls der UdSSR“. Mit einem Wort, der König ist tot — wer soll aber leben?

Jedoch zeigten sich viele Diskussionsredner auch selbstkritisch, indem sie an sich selbst den Vorwurf richteten, die Konferenz sei ihrem Wesen nach eher

wissenschaftlich als praktisch. Sie machten diesen Vorwurf aber auch den Machtstrukturen Russlands, die keine Vertreter nach Almaty entsenden konnten oder wollten.

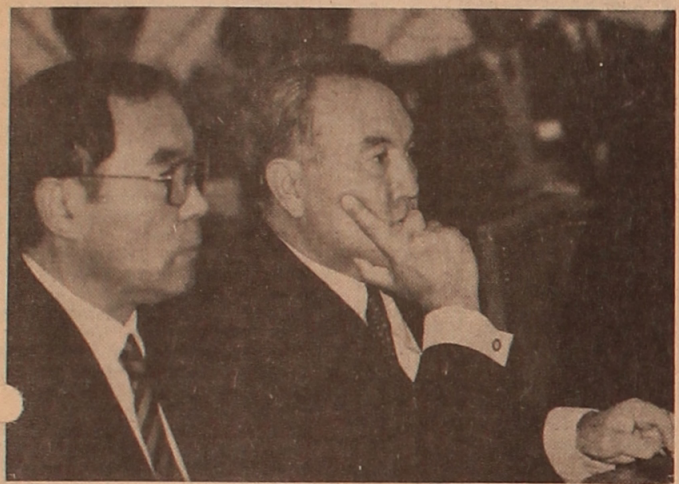
Es hieß auch: Wir haben da die Frage der Schaffung einer euroasiatischen Union ausführlich und allseitig behandelt. Wird aber diesem Prozeß in der Praxis nicht Widerstand geleistet werden, der eine Unmenge Varianten haben kann — von teilnahmslosem Zuschauen bis zu aktivem Entgegenwirken? Wird es diesmal anderswo ohne politische Intrigen des Regierungspartners abgehen?

Hervorgehoben wurde die Rolle der Massenmedien. Diese hätten das Ausreifen der Idee der Notwendigkeit einer euroasiatischen Union, die Ausarbeitung einer effektiven demographischen Politik der künftigen EAU-Mitgliedsländer sowie die Gestaltung der Politik einer kultivierten und sachkundigen Lösung der Nationalitätenfragen — unter Berücksichtigung der nationalen Psychologie — zu fördern.

Die Redner gaben sich aufrichtig Mühe, den ihnen vor-schwebenden Integrationsrahmen zu umreißen. Einige bezeichneten die Schaffung von überstaatlichen und übernationalen Strukturen in einer freien Union zwar als Nonsense, traten jedoch zugleich für Strukturen ein, die beispielsweise die geistige und kulturelle Einigung begünstigen — von der Möglichkeit, Presseausgaben aus anderen Ländern zu beziehen, bis zu Kontakten zwischen den Verbänden von Künstlern und Geistesschaffenden. Aber auch ein Verteidigungsbündnis würde ihrer Meinung nach sowohl die Situation in den EAU-Ländern stabilisieren, als auch den Einsatz der Streitkräfte gemeinsam planen und die Militärdoktrin Russlands revidieren helfen.

Alle diese Aspekte haben im Schlußdokument der Konferenz ihren Niederschlag gefunden. Darin sind die Fragen der Schaffung des Instituts der rechtlichen Absicherung der EAU, einer Euroasiatischen Universität, eines Integrationsfonds und einer Reihe von Organisationsstrukturen sowie auch die Absicht der Teilnehmer, Integrationsprojekte zu unterstützen, widerspiegelt.

Unsere Bilder zeigen Fragmente der Konferenz. (KasTAG)



Probleme liegen vor, aber sie sind lösbar

Antworten des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters der Republik Kasachstan in der Bundesrepublik Deutschland, Saginbek TURSUNOW, auf Fragen des Reporters der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“

„Saginbek Tokabajewitsch, Kasachstan ist bekanntlich ein neuer Staat. Wie schätzen Sie die offiziellen Kreise und die Öffentlichkeit Deutschlands ein vom Standpunkt der Geopolitik und der Wirtschaft aus? Wie ist sein internationales Ansehen?“

Die offiziellen und inoffiziellen Einschätzungen der außenpolitischen Initiativen der Republik Kasachstan berechnen sich zur Behauptung, daß unser Land seinen Ruf als friedliebender Staat, der seiner Außenpolitik die Prinzipien gutnachbarlicher Beziehungen, der Zusammenarbeit, des weitgehenden Ausbaus der Kontakte mit vielen Ländern der Welt zugrunde gelegt hat, auch weiterbehält.

Die diplomatischen Kreise und die Presse der Bundesrepublik Deutschland verweisen auf die ausgewogenen und wohl-durchdachten Herangehensweisen der Führung der Republik Kasachstan an die Lösung von Konfliktproblemen, u.a. in der Frage der Regelung des Konflikts in Tadschikistan, sowie der Probleme der nuklearen Abrüstung. Als Zeugnis dafür könnte beispielsweise die Erklärung des Bundesaußenministers Deutschlands Klaus Kinkel dienen, die er am 15. Dezember 1993 in Bonn abgegeben hat. Darin hat er den Beschluß des Obersten Rates Kasachstans begrüßt, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen beizutreten. Seiner Ansicht nach zeuge dieser Schritt von der hohen Verantwortung Kasachstans und trage zur Verstärkung von Vertrauensmaßnahmen bei.

Kasachstan habe, so Klaus Kinkel, erneut sein Vorhaben bekräftigt, die von ihm übernommenen Abrüstungsverpflichtungen einzuhalten, sowie auch seine Bereitschaft, sich in das internationale Kernwaffen-Nichtverbreitungssystem zu integrieren.

Die wirtschaftliche Lage Kasachstans bewertend, erachtet es die Regierung Deutschlands für möglich, den Umfang ihrer Kredite für Kasachstan zu vergrößern. Die deutschen Wissenschaftler bewerten die Wirtschaftssituation in Kasachstan als ziemlich kompliziert, sind jedoch der Meinung, daß sie durch die Regierung kontrolliert werde. Allerdings sei es ihrer Ansicht nach notwendig, in den kürzesten Fristen eine Umstrukturierung der Wirtschaft vorzunehmen und Maßnahmen zur Beschleunigung von Privatisierungsprozessen zu ergreifen.

Ein Beweis des Obengesagten ist der Beschluß der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, zusätzlich zu der für das Jahr 1994 schon gewährten Kreditsumme weitere Kredite in Höhe von 400 Millionen DM beizustellen.

Ein lebhaftes Echo im Ausland, darunter auch in Deutschland, haben die Initiativen des Präsidenten N. Nasarbajew ausgelöst, Beratung zur Förderung von Vertrauensmaßnahmen in Asien einzuberufen und eine euroasiatische Union zu schaffen. In Deutschland meint man, daß diese Initiativen sowie der Beitritt Kasachstans zum Programm „Partnerschaft für den Frieden“ unser Land auf ein qualitativ

neues Niveau seiner Teilnahme an den internationalen Angelegenheiten heben werden. Die Initiative der Einberufung der Beratung zur Förderung von Vertrauensmaßnahmen in Asien wird beispielsweise als ein globaler Schritt in Richtung der Schaffung einer Stabilitätszone auf dem asiatischen Kontinent gewertet.

Die Initiative der Schaffung einer euroasiatischen Union wird als ein weiterer Beweis für das Streben Kasachstans aufgefaßt, die eingebüßten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den GUS-Ländern wiederherzustellen und weiterzupflegen, und zwar als eine Grundlage für die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Schaffung eines neuen lebens-tüchtigen Verbands unabhängiger Staaten.

„Bitte einige Worte über die Aussichten der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Kasachstan.“

Den ersten Teil dieser umfangreichen Frage beantwortend, möchte ich feststellen, daß der Außenhandelsumsatz Kasachstans und Deutschlands sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf 33,6 Millionen US-Dollar belief, darunter der Export auf 7,8 Millionen US-Dollar, was 23 Prozent ausmachte, der Import — auf 25,8 Millionen US-Dollar und entsprechend auf 77 Prozent. Das Volumen des Handelsumsatzes mit Deutschland für 1994 ist das drittgrößte unter den Handelspartnern Kasachstans. In Kasachstan sind derzeit 129 kasachstanisch-deutsche Gemeinschaftsunternehmen registriert, und ihre Anzahl tendiert zum An-wachsen. Registriert sind in Kasachstan außerdem 40 deutsche Firmen, darunter die Vertretungen dreier führender Banken Deutschlands. Die Vorstandsvorsitzenden solcher großer Konzerne wie „Daimler-Benz“, „Alcatel SEL“, „Siemens“ besuchten Almaty. Die genannten Tatsachen und Zahlen zeugen, glaube ich, ausreichend davon, daß wir Perspektiven der Zusammenarbeit besitzen und daß es uns nur übrig-bleibt, diese Zusammenarbeit mit gemeinsamen Anstrengungen noch effektiver zu gestalten und alle ihr im Wege liegenden Hindernisse zu beseitigen, darunter auch die bürokratischen.

Nun möchte ich zum zweiten Teil Ihrer Frage, nämlich zur Perspektive der kulturellen Kontakte zwischen Deutschland und Kasachstan übergehen, die ein wichtiger Faktor für die gegenseitige Annäherung unserer Völker sind. Hier kann ich nicht umhin, ein jüngstes Ereignis zu erwähnen, als in Almaty gemeinsam mit den deutschen Kollegen ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern paraphiert wurde. In Almaty wurde eine Filiale des Goethe-Instituts eröffnet, das es unseren Landsleuten ermöglichen wird, die deutsche Sprache und Kultur in vollem Umfang zu erlernen. Vom 14. bis 16. Juli ver-liefen in Kostanai Tage der deutschen Kultur in Kasachstan — mit Unterstützung durch die Gebietsverwaltung. Das war ein bemerkenswertes Ereignis im Leben der Republik. Unlangst fand in Almaty die Eröffnung des

„Deutschen Hauses“ statt, was zweifellos gute Aussichten für die Entwicklung der Kultur und der Traditionen der deutschen Bürger Kasachstans bietet. An der Eröffnung des Hauses beteiligten sich der Stellvertretende Ministerpräsident der RK T. Shukejew und der Staatssekretär des Innenministeriums der Bundesrepublik Deutschland Dr. W. Priesnitz. Betont sei auch, daß im April dieses Jahres ein Abkommen zwischen dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und dem Ministerium für Bildungswesen der Republik unterzeichnet wurde. Laut diesem Abkommen werden viele unserer jungen Spezialisten und Studenten, die Deutsch beherrschen, in Deutschland ausgebildet werden. Für den jetzigen Moment schätze ich unsere Zusammenarbeit im Bereich der Kultur als sehr gut und äußerst perspektivisch ein.

„Im Sommer d.J. hat die zweite Sitzung der Zwischenstaatlichen Kommission für Angelegenheiten der in der Republik Kasachstan lebenden Deutschen stattgefunden. Dabei ist ein Entwicklungsprogramm auf den Gebieten der Kultur, der Bildung, im sozialen und wirtschaftlichen Bereich usw. beschlossen worden. Wie wird dieses Dokument realisiert?“

Tatsächlich hat am 14.—18. Juni d. J. die Zwischenstaatliche kasachstanisch-deutsche Kommission für die Angelegenheiten der Deutschen in Kasachstan getagt, wobei die Probleme der deutschen Bevölkerung in Kasachstan und die Ursachen ihrer Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland erörtert wurden. Die kasachstanische Seite bestätigte ihre Interessiertheit daran, daß die deutschstämmigen Bürger in Kasachstan bleiben mögen.

Erörtert wurden auch Fragen der Gewährleistung einer freien Entwicklung des Kulturlebens der Deutschen in Kasachstan, darunter auch die Vergrößerung der Zeit für die Rundfunk- und Fernsehsendungen in deutscher Sprache usw.

Meiner Ansicht nach sind die Interessen der deutschstämmigen Bürger gleich wie auch die Interessen der anderen Nationalitäten durch die Verfassung des Landes geschützt. Wenn aber unsere deutschen Mitbürger in diesem Punkt Besorgnis zeigen, so muß dieses Problem gelöst werden, natürlich unter Berücksichtigung der Gesetzgebung unseres Staates. Übrigens sind die diesbezüglichen Aufträge den Sachverständigen des Innenministeriums schon erteilt worden.

Die deutsche Seite unterbreitete auf der Sitzung auch einen Maßnahmenkomplex zur Förderung der Deutschen Kasachstans, u.a. durch die Anlieferung von Medikamenten, medizinischen Ausrüstungen, die Ausstattung von Schulen mit Lehrmaterialien und technischen Mitteln usw.

Die kasachstanische Seite zeigte sich ihrerseits bereit, günstige Bedingungen für ihre deutschstämmigen Bürger zu schaffen und deren Interessen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu berücksichtigen und praktisch zu lösen.

Darauf fand die zweite Sitzung der Zwischenstaatlichen kasachstanisch-deutschen Kommission, nämlich ihres kasachstanischen Teils statt, und zwar am 2. August d. J. in Almaty unter der Vorsitzführung des Stell-

(Schluß S. 2)

In dieser Ausgabe

Die erste Metamorphose Boris Jelzins

Rußlands Präsident zwischen individuellem Machtanspruch und kollektiver Machtausübung Seite 2

Probleme есть, но они преодолимы. стр. 3.

Будущее Калининградской области. Каким оно будет? Об этом по-прежнему много говорят и спорят. стр. 4.

Die Linien des Lebens oder: Wie gerecht ist das Leben? „Stell dich nicht so an!“ Seite 5

Massenhafte Übersiedlung der Deutschen nach Rußland Seite 8

Bonn und Moskau verstärken Kontakte

BONN/MOSKAU. Zur Aufklärung der Hintergründe des internationalen Atomschmuggels wollen Bonn und Moskau ihre Kontakte intensivieren. Der Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes, Sergej Stepaschin, ist nach Deutschland abgereist.

Stepaschin wird den Besuch des deutschen Geheimdienstkoordinators Bernd Schmidbauer Ende August in Moskau erwidern. Hintergrund der Schmidbauer-Reise war der Plutonium-Fund Mitte August am Münchner Flughafen in einer Lufthansa-Maschine, die aus Moskau kam. Bei dem Treffen in der russischen Hauptstadt war eine enge Zusammenarbeit beim Kampf gegen den internationalen Atomschmuggel vereinbart worden.

In dem 58seitigen Tomsk-7-Papier vom Herbst 1993 heißt es nach Angaben von „Focus“: „Es ist nicht auszuschließen, daß das Personal Vorräte von nicht verbrauchtem Material angelegt hat.“ Und weiter: „Das Problem, den Transport von Strahlmaterial durch die Kontrollpunkte zu entdecken, ist ungelöst.“ Teilweise werde der Inhalt gar nicht geprüft, seien Gewichtsmessungen ungenau und die Sicherheitsanlagen veraltet.

Der Bundesregierung liegen nach Angaben des Journalisten Hintergrund-Dienste „Bonn-Info“ alarmierende Informationen über den Umgang mit radioaktiven Abfällen in der Ukraine vor. So sei das System der Entsorgung radioaktiver Abfälle dort in eine kritische Situation geraten. Betriebe verheimlichten den Besitz von radioaktivem Material. Um es beseitigen zu schaffen, werde es mit Baumaterialien gemischt.

Kasachstan zum Ausbau von Beziehungen mit Italien bereit

Die Öffentlichkeit und die Geschäftskreise Italiens mit den politischen und wirtschaftlichen Realitäten des unabhängigen Kasachstans bekannt zu machen — so formulierte der Präsident Nursultan Nasarbajew kurz das Ziel seiner Ankunft auf der Apenninhalbinsel. Er ist mit Journalisten am Mittwochabend am „Grand-Hotel“ in Rom zusammengetroffen.

Wir sind nicht hergekommen, um Kredite anzugehen, sondern um die Italiener für die Möglichkeiten und Aussichten einer gegenseitigen Zusammenarbeit mit unserem Lande zu interessieren, unterstrich N. Nasarbajew bei der Beantwortung der Fragen von ITAR-TASS- und KasTAG-Korrespondenten.

Der Präsident charakterisierte seine Reise als den in der Geschichte ersten offiziellen Italien-Besuch des Staatsoberhauptes des unabhängigen Kasachstans, eines UN-Mitglieds, das aktiv an der Weltpolitik teilnimmt. Italien habe als eines der ersten unter den westlichen Ländern die Unabhängigkeit Kasachstans im Dezember 1991 anerkannt, erinnerte N. Nasarbajew. Derselbige wirkte die Republik mit 61 Staaten zusammen, dabei liege Italien an der fünften Stelle nach der Hauptkennziffern der bilateralen Zusammenarbeit. 1993 habe sich der Handelsumsatz mit Italien gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und 80 Millionen Dollar erreicht. Nasarbajew informierte die Journalisten über die Naturreichtümer Kasachstans und über die Entschlossenheit seiner Regierung, weitgehend internationales Kapital zu deren Erschließung und rationalen Nutzung heranzuziehen. (TASS-KasTAG)

Уважаемые друзья!

ПРОДОЛЖАЕТСЯ ПОДПИСКА НА ГАЗЕТУ

«Дойче Альгемайне»

СТОИМОСТЬ ПОДПИСКИ ДЛЯ ИНДИВИДУАЛЬНЫХ ПОДПИСЧИКОВ:

65414 1 месяц — 16—77
3 месяца — 50—31
6 месяцев — 100—67
12 месяцев — 201—24

ДЛЯ ПРЕДПРИЯТИЙ И ОРГАНИЗАЦИЙ:

15414 1 месяц — 36—57
3 месяца — 109—71
6 месяцев — 219—42
12 месяцев — 438—84

Kasachstan: Tag für Tag

FÜR EIGENBEDARF UND ZUM VERKAUF

ATYRAU. Eine industrielle Herstellung des Demulgators „Atyrau“ ist im örtlichen Erdölverarbeitungsunternehmen gemeldet worden. Er ist zur Verwendung in der Erdölgewinnungs- und der Erdölverarbeitungsbranche bestimmt. Früher mußte dieses Reagens im „weiten“ Ausland angekauft werden, eine Tonne kostete fast 4000 Dollar. In diesem Betrieb konnten seine Selbstkosten auf 1500 Dollar gesenkt werden. Die erste Partie von 100 Tonnen ist bereits an die Erdölgesellschaften auf der Insel Mangyschlag geliefert worden. Wenn der Betrieb in Atyrau den eigenen Markt gesättigt hat, wird er die Märkte Russlands und Aserbaidschans für sich zu gewinnen suchen, deren Geschäftskreise erhöhtes Interesse für sein Erzeugnis zeigen.

DAS DEUTSCHE ROTE KREUZ FÜR KASACHSTAN

KOSTANAI. Zwei Lastzüge mit humanitärer Hilfe vom Deutschen Roten Kreuz sind in Kostanai eingetroffen. Hier wurden die Frachten von den Vertretern

des Nationalen Komitees der Gesellschaft „Roter Halbmond“ und „Rotes Kreuz“ sowie des Rates der Deutschen Kasachstans in Empfang genommen. Die an die medizinischen Einrichtungen von Petropawlowsk, Akmoja, Kostanai, Ekibastus und Pawlodar adressierten Frachten wurden dementsprechend verteilt.

Außer den medizinischen Geräten für die Diagnostik und Therapie verschiedener Art hat das Deutsche Rote Kreuz Endoskope, Inkubatoren und andere Anlagen für eine intensive Pflege neu- und frühgeborener Kinder, automatische Infusions- und Injektionspumpen, EKG-Geräte und ein Arthroskop eingekauft. Die Chirurgieabteilungen werden Instrumente für die übliche und die Mikrochirurgie, defizitäre Kunstgefäße, Nahtmaterial und verschiedene Arzneimittel erhalten. Sämtliche Krankheitsfälle werden mit 1,8 Millionen DM eingeschätzt.

WIRD DIE MEDIZIN GESUNDEN?

PETROPAWLOWSK. Der sehr besorgniserregende Zustand der medizinischen Betreuung und die Maßnahmen zu ihrer Verbesserung sollen auf der fälligen Tagung der Gebietsverwaltung erör-

tert werden. Mit der Vorbereitung dafür befaßt sich eine Arbeitsgruppe der Deputierten.

Die Lage der Medizin in Nordkasachstan ist ganz offensichtlich kläglich. In der letzten Zeit sind hier die Anzahl von Krankenbetten und die Stärke des Bedienungspersonals merklich zurückgegangen. Es mangelt an den wenigsten Arzneimitteln. Die äußerst niedrige Arbeitsentlohnung hat Hunderte Ärzte genötigt, Beschäftigung außerhalb der Republik zu suchen. Dies alles ist einer der Gründe dafür, daß die Sterblichkeit im Gebiet dem Bevölkerungszuwachs den Rang abläuft. Die Gebietsverwaltung wird die Lage wohl auf Kosten des mageren örtlichen Haushalts verbessern müssen.

INVESTFONDS KOMMEN IN INDUSTRIEBETRIEBE

ГЕБИЕТ ПАВЛОДАР. Eine Versammlung der Investitionsleiter, eine der ersten in der Republik hat in der Stadt Aksu stattgefunden. 27 Investitionsfonds Kasachstans haben das Kontrollpaket der Aktiengesellschaft „Metakon“ erworben. Früher hieß dieser Betrieb das Stahlkonstruktions-Werk Jermak. Seine Erzeugnisse — Hochspannungsmasten aus verzinktem Stahl haben durch ihre

Qualität einen guten Ruf bei der Verlegung von Energiebrücken in Sibirien, im Ural und in Kasachstan erworben.

Es fand reger Meinungsaustausch statt, wurde der Beschluß über einen weiteren Ausbau des Betriebs und die Reinvestierung der erzielten Profite gefaßt sowie der Grad der Beteiligung der Investitionsfonds an der Realisierung des neuen Programms bestimmt. Dies ist ein richtiger Weg des Profitierens für die Bevölkerung, die ihre Privatisierungskupons dafür hergegeben hat.

„NEOPLAN“ KONKURRIERT MIT „IKARUS“

SCHIMKENT. Eine für die örtliche AG „Schmiede- und Pressenausrüstungen“ ungewöhnliche Spezialisierung werden einige Dutzende Arbeiter und Ingenieure in Deutschland bekommen und später den Stamm der Belegschaft des Produktionsbetriebs für die Montage der „Neoplan“-Busse bilden. Die Idee der Schaffung dieses Betriebs stammt vom deutschen Unternehmer kasachischer Herkunft Abdul Kadir. Er hat dazu für seine Mittel eine technologische Fertigungsstraße erworben. Jährlich werden nun bis 500 komfortable und wirtschaftlich

vorteilhafte Busse das Fließband verlassen. Das wird ermöglichen, den Bedarf aller südlichen Gebiete der Republik an Bussen zu decken. Am Gemeinschaftsunternehmen „Kres-Kasachstan“ wird auch ein Servicezentrum für die Stadtbusse entstehen.

EIN TORKISCHES LYZEUM FÜR BEGABTE KINDER

ПАВЛОДАР. In Pawlodar ist ein türkisch-kasachstanisches Lyzeum eröffnet worden, das Kinder mit tüchtigen und ausgezeichneten Kenntnissen besuchen werden. Diese Lehranstalt mit linguistischer Fachrichtung wird von der türkischen Seite finanziert. Es sind schon 70 Kinder nach Beendigung der 6. und der 8. Klasse in sie aufgenommen worden.

Das erste Schuljahr wird ein Vorbereitungsjahr sein. Die Lyzeumschüler werden intensiv Englisch lernen müssen, denn im weiteren werden alle Lehrfächer — Mathematik, Physik, Chemie und Biologie — in Englisch unterrichtet werden. Künftig werden die Lyzeumsabgänger diese internationale Sprache perfekt beherrschen können. Das wird ihnen natürlich erleichtern, Lehraufstellungen westlicher Länder zu beziehen. (KasTAG)



ГЕБИЕТ КОСТАНАИ. In vollem Gange ist die Ernteerbringung im Sowchos „Wesselo-Podolski“ des Rayons Leninskoje. 16 173 Hektar nimmt hier der Getreideschlag ein. Allein Wetzten ist auf 10 300 Hektar untergebracht. Der Landmaschinenpark zählt 88 Mährescher, die von erfahrenen Mechanikern und gestrigen Schülern gesteuert werden.

Unser Bild: Valeri Bonk arbeitet nach der Schule schon das 2. Jahr als Mährescherfahrer und erzielt gute Ergebnisse. Foto: KasTAG

Probleme liegen vor...

(Schluß, Anfang S. 1)

vertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des kasachstanischen Teils der Kommission, T. Shukejew. Auf der Sitzung wurden auch die Informationen der Minister für Bildungswesen, für Kultur sowie der Republikkorporation „Fernsehen und Rundfunk Kasachstans“ über den Stand der Erfüllung des Beschlusses des Ministerrates der RK vom 21. Oktober 1993 „Betreffs des Komplexprogramms der ethnischen Wiedergeburt in Kasachstan lebenden Deutschen“ entgegengenommen. Es wurde festgestellt, daß die besagten Staatsorgane im Einklang mit den beschlossenen Maßnahmen für die Umsetzung des genannten Beschlusses gewisse Arbeit zur Schaffung günstiger Bedingungen leisten, um die geistigen, kulturellen, nationalen und sozialen Belange der deutschen Bevölkerung des Landes zu befriedigen.

So werden auf Wunsch der Eltern und bei Vorhandensein eines entsprechenden Schülerkontingents ungehindert Vorschulgruppen, Klassen und Kurse zum Erlernen der deutschen Muttersprache eröffnet. In 195 Schulen wird Deutsch als Muttersprache gelehrt.

Gemeinsam mit den deutschen Massenorganisationen arbeitet das Kulturministerium aktiv an der Wiederherstellung der geistigen Werte und der kulturellen Eigenart der deutschen Bevölkerung.

Im Republikprogramm und in den Orten kompakten Siedlungen im Umfang von wöchentlich 2 Stunden 45 Minuten und Fernsehstunden im Umfang von wöchentlich 45 Minuten ausgestrahlt. Die Fernsehzeit soll laut Beschluß jetzt auf 65 Minuten vergrößert werden. Im August d. J. faßte das Ministerkabinett der RK den Beschluß über die zollfreie Einführung von Ausrüstungen und technischen Mitteln für das Deutsche Haus in Almaty.

Zugleich möchte ich darauf hinweisen, daß die Kultur- und Bildungsorgane sowie der Rundfunk und das Fernsehen ungeachtet der eingeleiteten Maßnahmen es nicht vermocht haben, den Regierungsbeschluß reell ins Leben umzusetzen.

Die Gründe dafür sind bekannt: Es liegt am unzulänglichen Qualifikationsgrad und an der Fluktuation der Lehrkräfte, am niedrigen Berufsniveau der Spezialisten der Kultur- und Kunst-einrichtungen, am Fehlen der geeigneten Fernseh- und Rundfunkreporter. Wegen starken Aussiedlens sind das Deutsche Theater der Republik sowie viele Schulen in den Gebieten Akmolnaja, Karagandaja, Kustanai am Selbstauflösungspunkt angelangt.

Auf der Sitzung wurde auf die gleichgültige Einstellung der Chefs einiger Verwaltungen zum Schicksal der Deutschen verwiesen. Die örtlichen leitenden Funktionäre konstatierten zwar den durch die Aussiedler der Deutschen verursachten wirtschaftlichen und moralischen Schäden, treffen jedoch keinerlei praktische Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Sicherstellung der deutschen Bevölkerung der Republik und gehen an die Realisierung des Komplexprogramms ihrer ethnischen Wiedergeburt nur formell heran. Ja mehr noch, in manchen Fällen wird die Gesetzgebung verletzt, besonders bei der Zollabfertigung.

Im Hinblick darauf hat die Regierung die Chefs der Gebietsverwaltungen, Ministerien und anderer Staatsorgane unlangst aufgefordert, ihre Arbeit zur Erfüllung der Hauptaufgaben des Komplexprogramms zu ethnischen Wiederaufleben der Deutschen zu verstärken, regionale Programme zu entwickeln, an der Basis Arbeitsgruppen zu bilden, deutschstämmigen Unternehmern alleseitigen Bestand bei der Schaffung von Kommerzstrukturen sowie von Gemeinschaftsunternehmen mit Deutschland und bei anderer, auf Privatigentum beruhender Tätigkeit zu leisten.

Am 25. August wurden die Probleme der deutschen Bürger Kasachstans auf dem Beratungstreffen der Mitglieder der Zwischenstaatlichen Kommission erörtert. Die Leiter des kasachstanischen und des deutschen Teils der Kommission — der Stellvertretende Ministerpräsident der RK, T. Shukejew, und der Staatssekretär des Innenministeriums der Bundesrepublik Deutschland, W. Priesnitz, konstatierten mit Genugtuung die Einigkeit der Bevölkerung in Kasachstan, die Übereinstimmung der eigenen Auffassungen bezüglich der Lösung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Probleme, der Befriedigung ihrer kulturellen Belange und letzten Endes der Verankerung der Deutschen in Kasachstan.

Ich glaube die Machorgane Kasachstans werden trotz der Schwierigkeiten, die die Wirtschaft des Landes durchmacht, maximal zur Realisierung des Programms der ethnischen Wiedergeburt der Deutschen Kasachstans beitragen.

Andererseits müssen auch die deutschen Bürger Kasachstans aktiver bei der Lösung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme vorgehen. Es ist kein Geheimnis, daß die deutsche Bevölkerung der Republik bedeutend höhere Einkünfte als die kasachische und die russische Bevölkerung hat. Daher soll man die Lage der Deutschen nicht allzu trübsalig darstellen, sie ist nicht schlechter als die der anderen Einwohner Kasachstans. Also müssen wir alle gemeinsam die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden und dann auch alle anderen Probleme lösen. Erfolg bleibt, so glaube ich, nicht aus, wenn wir uns unsere kasachstanische Einigkeit, Optimismus und Zukunftsversicht bewahren.

„Ich möchte an Sie noch eine Frage richten, die unsere Leser aus bekannten Gründen interessiert. Wie ist das soziale Selbstbefinden der einstigen deutschen Bürger Kasachstans, die derzeit in Deutschland leben?“

Auf diese Frage bin ich in meinen Interviews schon mehr-

mals eingegangen. Die Zahl der Bürger Kasachstans, die nach Deutschland aussiedeln wollen, ist hoch, jedoch vergrößert sich mit jedem Tag auch die Zahl derer, die zurückkehren möchten. Ich glaube, daß dies ein natürlicher Prozeß ist. Viele unserer ehemaligen Mitbürger erklären es damit, daß sie alles Wertvolle in Kasachstan zurücklassen mußten — Freunde, manchmal die Eltern, Kinder, Wohn- und Arbeitsstätten, die gewohnte Umgebung usw.

Es gibt sehr viel müßiges Gerede und allerlei Spekulationen über die Ausreiseprobleme unserer deutschen Landsleute und auch über ihre Rückkehrwünsche.

Ich bin der Meinung, daß diesen Prozessen hauptsächlich wirtschaftliche und soziale Ursachen zugrundeliegen.

Da der Lebensstandard in der Bundesrepublik Deutschland, wie allgemein bekannt, höher ist, suchen viele dort Zuflucht vor den wirtschaftlichen Mißständen in Kasachstan. Hinzu kommen die sozialen Probleme, zu deren Lösung der Staatshaushalt gegenwärtig nicht die nötigen Finanzmittel bieten kann.

Aber in zwei, höchstens in drei Jahren wird die Wirtschaftskrise bezwungen sein, und dann werden die Fragen, die übrigens nicht nur die deutschen Mitbürger bewegen, effektiver und dynamischer gelöst werden. Ich habe hier die Fragen der Kultur, Bildung, Wahrung der nationalen Identität im Auge. Allerdings wird auch heute, das selb hervorheben, zu diesem Zweck nicht wenig getan.

Nun zu den Ausgerieteten. Täglich treffen in der Botschaft Dutzende Briefe von unseren ehemaligen deutschen Mitbürgern ein, in denen sie sich über Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot beklagen. Sie fragen, wie sie nach Kasachstan zurückkehren könnten usw. Ähnliche Briefe werden auch an die Führung der Republik Kasachstan und an den Präsidenten Nursultan Nasarbajew persönlich gerichtet.

Über diese ersten Probleme der Deutschen aus Kasachstan konnten die Leser Ihrer Zeitung beispielsweise aus dem Interview mit dem BRD-Botschaftsrat Dr. Axel Weisshaupt, mit dem Pastor Christian Raßmann, aus den Zuschriften anderer Leser erfahren.

Und wenn der Demograph und Politologe A. Galijew in Ihrer Zeitung vom 10. September d. J. von der angeblich äußerst hohen Integrierbarkeit der Emigranten aus Kasachstan in der BRD berichtet und behauptet, daß „es nur Sonderlinge und in einem Rechtsstaat nicht integrierbare Typen sind, die da zurückkehren“, so stimmt das, zutreffend gesagt, nicht, ja das entspricht einfach nicht der Wahrheit.

Meiner Ansicht nach darf man dabei nicht die Hauptsache übersehen: Das Fortziehen der Deutschen aus Kasachstan schädigt unsere Republik in hohem Maße wirtschaftlich und moralisch. Dieser Schaden ist nicht wiedergutzumachen.

„Ich danke Ihnen für das Gespräch.“

Alexander DORSCH

sachstans sowie Aserbaidshans, Armeniens und Moldovas den GUS-Beitritt ihrer Länder, doch machten regelmäßige nichtslawische Gegengipfel zu den offiziellen GUS-Treffen schnell deutlich, daß das Verhältnis der Partner alles andere als gemeinschaftlich war. Jelzin selbst pflegte die Vorstellung, daß jede Reform der russischen Wirtschaft ausschließlich im Rahmen der Russischen Föderation stattfinden müsse und keinerlei Augenmerk auf Entwicklungen in den anderen Republiken zu richten sei.

Wenn sich Rußlands Präsident nun als Mann des politischen Konsenses, Verfechter der Staatokratie und Eurasiser darstellt, müßte er also eine erstaunliche Metamorphose durchgemacht haben. Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sprechen allerdings dafür, daß sie ihm aufgezwungen wurde und ohne innere Konsequenz ist. Denn Jelzin ist, was er immer war, ein idealer Funktionär, der sich veränderten Bedingungen anzupassen versteht.

Im letzten Jahr haben einflussreiche russische Wirtschaftskreise zwecks Einflußnahme auf die destruktiven (radikal-reformatorischen) Aktivitäten der neuen politischen Eliten alternative politische Strukturen gebildet. Organisatorisches Zentrum dieser „ökonomischen Opposition“ wurde die Föderation der Warenproduzenten Rußlands (FTR) — eine Art Interessenverband staats- und privatwirtschaftlicher Verbände unter Vorsitz Juri Skokows. Nach den Dezemberwahlen 1993 machten die FTR-Mitglieder klar, daß sie vom Staat mehr Engagement bei der Lösung der ökonomischen Probleme erwarteten. Die Überzeugung, daß die wirtschaftliche Erneuerung Rußlands nur erfolgreich sein kann, wenn sie GUS-dimensioniert ist, gehörte ohnehin zum geistigen Allgemeingut der Wirtschaftskräfte.

Nach den Wahlen waren diese Kräfte in der Lage, über die Parlamentsfraktion Neue Regionale Politik als politischen Arm der FTR die Legislative entscheidend zu beeinflussen. Und ihr Mann in der Exekutive, Ministerpräsident Wiktor Tschernomyrdin, konnte seine politi-

EIN „EURASIST“?

Drittens wollte Jelzin noch weniger als ein Staatskurator ein „Eurasist“ sein. Beispiel für seine „Orientfeindlichkeit“ (Motiv: Weg von mittelasiatischen Hungerfeldern und kaukasischen Apfelsinenmafios) ist seine führende Beteiligung an der Gründung der GUS. Am 8. Dezember 1991 verständigten sich die Führer Rußlands, der Ukraine und Belorusslands auf die Gründung einer „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“. Auch wenn vermieden wurde, von einer slawischen Achse prowestlicher Orientierung zu sprechen, und man immer wieder auf den „offenen Charakter“ des Bündnisses hinwies, müßte dies schon wegen der Tatsache, daß Führer nichtslawischer Republiken nicht geladen worden waren, den Eindruck einer konzentrierten slawischen Aktion machen. Zwar beschlossen am 21. Dezember 1991 die Vertreter der mittelasiatischen Republiken und Ka-

schstans zwischen individuellen Machtanspruch und kollektiver Machtausübung

schestans sowie Aserbaidshans, Armeniens und Moldovas den GUS-Beitritt ihrer Länder, doch machten regelmäßige nichtslawische Gegengipfel zu den offiziellen GUS-Treffen schnell deutlich, daß das Verhältnis der Partner alles andere als gemeinschaftlich war. Jelzin selbst pflegte die Vorstellung, daß jede Reform der russischen Wirtschaft ausschließlich im Rahmen der Russischen Föderation stattfinden müsse und keinerlei Augenmerk auf Entwicklungen in den anderen Republiken zu richten sei.

ZASUR IM DEZEMBER

Wenn sich Rußlands Präsident nun als Mann des politischen Konsenses, Verfechter der Staatokratie und Eurasiser darstellt, müßte er also eine erstaunliche Metamorphose durchgemacht haben. Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sprechen allerdings dafür, daß sie ihm aufgezwungen wurde und ohne innere Konsequenz ist. Denn Jelzin ist, was er immer war, ein idealer Funktionär, der sich veränderten Bedingungen anzupassen versteht.

Im letzten Jahr haben einflussreiche russische Wirtschaftskreise zwecks Einflußnahme auf die destruktiven (radikal-reformatorischen) Aktivitäten der neuen politischen Eliten alternative politische Strukturen gebildet. Organisatorisches Zentrum dieser „ökonomischen Opposition“ wurde die Föderation der Warenproduzenten Rußlands (FTR) — eine Art Interessenverband staats- und privatwirtschaftlicher Verbände unter Vorsitz Juri Skokows. Nach den Dezemberwahlen 1993 machten die FTR-Mitglieder klar, daß sie vom Staat mehr Engagement bei der Lösung der ökonomischen Probleme erwarteten. Die Überzeugung, daß die wirtschaftliche Erneuerung Rußlands nur erfolgreich sein kann, wenn sie GUS-dimensioniert ist, gehörte ohnehin zum geistigen Allgemeinut der Wirtschaftskräfte.

Nach den Wahlen waren diese Kräfte in der Lage, über die Parlamentsfraktion Neue Regionale Politik als politischen Arm der FTR die Legislative entscheidend zu beeinflussen. Und ihr Mann in der Exekutive, Ministerpräsident Wiktor Tschernomyrdin, konnte seine politi-

Die erstaunliche Metamorphose Boris Jelzins

schestans zwischen individuellen Machtanspruch und kollektiver Machtausübung

Gut drei Jahre nach seiner Wahl zum Präsidenten präsentiert sich Boris Jelzin im In- und Ausland als entschlossener, jedoch kooperativer und konsensorientierter Reformpräsident. Und er gefällt sich zunehmend als eurasischer Strategist, läßt über seinen Apparat verkünden, daß er demnächst eine entsprechende Grundsatzklärung abgeben werde... Dieses Selbstverständnis steht allerdings im Widerspruch zu allem, was Jelzin zuvor von sich behauptet und praktisch getan hat.

Erstens war Jelzin bisher alles andere als kooperativ und konsensorientiert. Er verfolgte einen konfrontativen Stil, um die eigene Machtbasis, zu konsolidieren: Nachden er sich bis Januar 1993 leidenschaftlich der Zerschlagung der zentralistischen „Bürgerunion“ gewidmet hatte, die den Kern einer konstruktiven Opposition und eine wesentliche Klammer zwischen Politik und Wirtschaft hätte darstellen können, machte er sich danach an die Eliminierung der zentralen Legislative (Volksdeputiertenkongreß/Oberster Sowjet) als einziger verbleibener Opposition. So trug Jelzin wesentlich zum Zerfall des Moskauer politischen Korpus, einer Mutation zu einer Ansammlung schwacher politischer Gruppierungen bei, die sich im Überlebenskampf gegenseitig aufzuheben und das Land destabilisierten.

Zweitens hatte es Jelzin nach seiner Wahl im Juni 1991 stets vermieden, sich als Gosudarstvennik („Staatskurator“) zu exponieren. Lieber präsentierte er sich als Radikaldemokrat und -reformer, als Kämpfer der neuen Hellslehre vom freien Spiel der Marktkräfte auf russischem Boden, dem mit Brachialgewalt gegen den bestehenden Staat zum Durchbruch verholfen werden müsse.

Drittens wollte Jelzin noch weniger als ein Staatskurator ein „Eurasist“ sein. Beispiel für seine „Orientfeindlichkeit“ (Motiv: Weg von mittelasiatischen Hungerfeldern und kaukasischen Apfelsinenmafios) ist seine führende Beteiligung an der Gründung der GUS. Am 8. Dezember 1991 verständigten sich die Führer Rußlands, der Ukraine und Belorusslands auf die Gründung einer „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“. Auch wenn vermieden wurde, von einer slawischen Achse prowestlicher Orientierung zu sprechen, und man immer wieder auf den „offenen Charakter“ des Bündnisses hinwies, müßte dies schon wegen der Tatsache, daß Führer nichtslawischer Republiken nicht geladen worden waren, den Eindruck einer konzentrierten slawischen Aktion machen. Zwar beschlossen am 21. Dezember 1991 die Vertreter der mittelasiatischen Republiken und Ka-

schestans zwischen individuellen Machtanspruch und kollektiver Machtausübung

Rußlands Wissenschaft in der Krise

Ein Grund für die Vernachlässigung der Wissenschaft seitens der russischen Führung sieht der Historiker Wassilij Kljutschewskij darin, daß es in Rußland an staatsmännisch denkenden Menschen fehle. Im Unterschied zu Europa habe es in Rußland keinen Überfluß an gut gebildeten Politikern gegeben, ohne die sei jedoch jede Reform zum Scheitern verurteilt. Wenn man in Rußland die Wissenschaft und das Bildungswesen zerstöre, so der Mathematiker Georgij Mallnetzkij, kann nehme das Land der künftigen Generation von Nachwuchs-Reformatoren die Erfolgchancen. „Wir sehen heute leere Universitätskorridore, Studenten, denen nicht nach Studieren ist. Wir beobachten, wie sich das Niveau in der Presse und im Gesundheitswesen drastisch senkt. Doch das ist erst der Anfang. Wir verlieren nicht Geld, Positionen, Institute. Wir verlieren Generationen. Das Abschlagen der Wurzeln sieht nicht so effektiv aus wie die Vernichtung riesiger Aste gigantischer Bäume. Aber für den Baum ist es nicht weniger gefährlich.“

Diese Sorgen russischer Wissenschaftler stoßen bei einer Regierung auf taube Ohren, die noch nicht einmal in der Lage ist

Solidarität mit Rußlanddeutschen

Im Anschluß an eine Reise von Mitgliedern der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlingsabgeordneten, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Mitte August in die deutschen Siedlungsgebiete in Westsibirien erklärt der Delegationsleiter Wilfried Böhm, MdB:

Bei allen Gesprächen mit Rußlanddeutschen wurde bestätigt, daß die Rußlanddeutschen auch in Zukunft die konsequente Fortsetzung der bisherigen deutschen Politik erhoffen und erwarten.

Dazu gehört zweitens die Fortsetzung und Verstärkung der Bemühungen, in bestimmten Siedlungsschwerpunkten die Möglichkeit zum Verbleib in ihrer jetzigen

Heimat in Rußland zu geben und damit zugleich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Russischen Föderation beizubehalten zum Nutzen aller dort lebenden Menschen zu fördern.

Die Chance für die Rußlanddeutschen, eine Brückenfunktion zwischen Deutschen und Russen wahrzunehmen, darf nicht gering geschätzt werden. Die Rußlanddeutschen gehören zu den am meisten geschundenen Opfern der Politik Hitlers und Stalins, so daß Deutsche und Russen gemeinsam die Pflicht zu Wiedergutmachung an ihnen haben und dazu alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen sollten.

In Deutschland gilt es, das Bewußtsein dafür zu wecken, daß die Rußlanddeutschen Opfer ideologischer und nationalistischer Auseinandersetzungen, des Rassismus und des Fremdenhasses sind. Es gibt mehr und mehr Anzeichen dafür, daß aus diesen Gründen gegenwärtig zahlreiche Deutsche die mittelasiatischen Staaten verlassen, um in Siedlungsschwerpunkten innerhalb der Russischen Föderation Zuflucht zu suchen. Dabei sollte ihnen verstärkte Hilfeleistung gewährt werden. Die bisherigen

Bemühungen der Bundesregierung in dieser Hinsicht sind zu begrüßen.

Angesichts des schweren Schicksals der Rußlanddeutschen und ihrer geschichtlichen Erfahrungen, haben sie ein großes Mißtrauen — gegenüber staatlichen Maßnahmen, die über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Deutsche und russische Politik muß daher die gewählten Vertreter der Rußlanddeutschen in alle Entscheidungsprozesse in angemessener Form einbeziehen. Die Schaffung eines Volkstages der Rußlanddeutschen sollte dabei auch weiterhin unterstützt werden, weil darin eine Möglichkeit gesehen werden kann, Differenzen innerhalb der Rußlanddeutschen zu überwinden.

In den deutschen Siedlungsschwerpunkten in Rußland ist die Schaffung eigener Verwaltungsstrukturen eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung dieser Gebiete im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten. Das geschieht beispielhaft in den Kreisen Halbstadt und Asovo im Gebiet Omsk. Die Unterstützung solcher Projekte durch die Bundesregierung ist zu begrüßen und sollte auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Jacob Schmal

Denn es gibt kein anderes Land auf Erden...

ging einer von den Hiesigen Irrendwolin und brachte dem Mann etwas Brot. Im Augenblick hatte er es verschlungen und bat wiederum seine Stiefel (e). Schließlich fand sich jemand, der ihm das Paar Stiefel abhandelte für eine gewisse Menge Brot. Der „Reichgewordene“ machte sich gleich wieder ans Essen. Man versuchte, ihn davon abzuhalten, redete ihm ein, es gebe im Lager wirklich genug zu essen, wir würden dort drinnen sofort zu essen bekommen. Der Mann aber weiter... Am anderen Morgen war er tot, er hat-

te sich totgegessen. Das eingehandelte Brot, das das im Lager erhaltene, zusammen mit der halbgekochten Weizengrütze hatten ihn zurgende geriebet.

Vor Mittag hatten wir uns dann endlich alle versammelt und wurden in die Zone hineingezählt. Drinnen standen in Haufen Leute und sahen uns mit neugierigen Augen an. Eine Frage folgte auf die andere: „Von wu kommst denn, ihr Männer?“ „Von wu seids denn von daheim?“

„Von Grimm.“

„Ach, du Zeit, ich sin vun Messer, dou worn mr jou daaam ast Nochnbr.“

„Von Balzer sein ich.“

„Ach, Herrje, ich sin vun An-

ben. Bis wir uns gebaldet hätten, waren dann Nisse und anderes Ungeziefle in der unerhörten Hitze vertilgt.

Aus dem Bad ging's endlich an die Eßische. Die „Kantine“ war gleich hier im Hof, unter den Schützdächern eingerichtet. Rinsum war alles offen, nur das Dach schützte vor Sonne und Regen. Jeder erhielt 800 Gramm Brot, ein ganzes Litermaß Brei aus Weizenraupen und genauso viel dünnere, aber auch aus Weizenraupen gekochte Suppe dazu. Vor lauter Verwunderung standen uns Mund und Augen offen, so etwas war uns unverständlich. In den sibirischen Lagern hielt man die Menschen mit kargen Rationen kaum am Leben. Hier aber sahen wir uns in ein Schlaraffenland versetzt. Auch heute noch weiß ich das nicht zu erklären.

Mein guter Vetter Leo Schmal, — wir hielten uns immer recht dicht beieinander, — meinte: „Waaßet wus, mir därwe des alles uf amoulet net esse, wann mr net zugrund wolle gehe. Nouch un nouch tun mrsch esse, daß mr uns net iweresse jun.“ Heute noch bin ich diesem meinem Blutsverwandten dankbar für seinen guten Rat. Wie viele von uns frisch Angekommenen lagen am anderen Morgen todkrank auf ihren Pritschen! Genau zwölf Mann erlebten den anderen Morgen nicht mehr, sie waren wegen Überessen an ihren Leiden gestorben, unter ihnen auch Jener, der beim Ankommen seine Stiefel für Brot eingehandelt hatte.

Masanja war ein großes Lager, es zählte vielleicht mehr als 1000 Mann. Dabei war es von der Außenwelt gänzlich abgeschnitten, nur selten erhielt man Briefe, Zeitungen gar keine, noch seltener bekam ein Glückpflanz manchmal ein Paket von Zuhause. Radio gab es auch nicht. In der „Zone“ waren die Baracken in Reihen aufgebaut, so daß es Straßen gab. Tauschhandel fand auf dem „Markt-platz“ statt. Hier wurde rege gehandelt: Machorka gegen Brot, wobei eine Zündholzschachtel Tabak höher im Preis stand als ein Stückchen Brot. Es ist nicht leicht, aufzuzählen, was auf diesem Tauschmarkt alles feilgeboten wurde. Nicht konnte verkauft oder gekauft werden, Geld gab es, im Lager gar keins. Wieviel wir verdienten, wußte keiner von uns, vielleicht reichte es nur für unseren Unterhalt, vielleicht blieb dabei doch noch was übrig, wer kann das heute wissen. Die Partei- und Komsomolmitgliedern zahlten, soweit ich mich erinnern kann, sogar keine Mitgliedsbeiträge.

Die vielen Holzbaracken staken voll Wänsen, so daß man nachts keine Ruhe auf den Pritschen finden konnte. Die Menschen plagten sich, bis sie schließlich aufstanden und mit ihren Betscheiden in den Hof gingen, um dort unter freiem Himmel zu schlafen; andere stiegen auf den Dachboden und richteten sich dort ein. Es fiel sofort auf, daß die Behörden sich desentwegen keinen Kummer machten. Viele Trudarmisten littan an

(Fortsetzung folgt)

Deutsche Allgemeine
 Zeitung
 der Rußlanddeutschen
 Chefredakteur: Dr. Konstantin Ehrlich
 Stellvertreter: Chefredakteur, Chef vom Dienst: Erik Chwatall
 Politik, Wirtschaft und Soziales: Johannes Reiswich; Außenpolitik: Alexander Roshkow; Kultur: Peter Hartig; Briefe: Olga Amant; Russische Beilage: Woldegar Stritz; Swellana Felde, Alexander Dorsch; Eigenkorrespondenten: Leonid Bill, Konstantin Zaiser, Tatjana Goleneva; 8. Seite: Wjatscheslaw Leshanin; Stillektur: Eugen Hildebrand; Korrekturen: Ella Jäger, Helene Weber, Gulmira Shandybajewa; Bibliograph: Adelina Shelesnaja.
 Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Manuskripte werden nicht rezensiert und nicht zurückgeschickt.

Немецкая Газета

Приложение к «Дойче Альгемайне» № 189

Встреча президента с депутатами

20 сентября состоялась встреча президента Нурсултана Назарбаева с депутатами Верховного Совета. На ней были обсуждены вопросы обеспечения взаимодействия и согласованной работы между законодательной и исполнительной властями.

Соглашение

ОБ ОБЕСПЕЧЕНИИ ВЗАИМОДЕЙСТВИЯ И СОГЛАСОВАННОЙ РАБОТЫ МЕЖДУ ЗАКОНОДАТЕЛЬНОЙ И ИСПОЛНИТЕЛЬНОЙ ВЛАСТЯМИ РЕСПУБЛИКИ КАЗАХСТАН

Наше общество переживает сложный этап своей истории. Проводимые политические и экономические реформы, имеющие целью формирование в Казахстане более эффективной общественной системы, вызвали в переходный период кризис экономики, резкое падение уровня жизни и расхождение людей по доходам. Это — неизбежные процессы, сопровождающие любое общество при подобном рода радикальных трансформациях. Многие люди испытывают дискомфорт, недовольство временным ухудшением своего положения. В обществе объективно нарастает социальное и политическое напряжение.

В этой ситуации любое необдуманное противостояние властей, конфронтация между ними грозит для общества серьезными последствиями, от которых пострадают прежде всего широкие слои населения.

Осознавая свою ответственность за судьбу народа и страны, а также разделяя стремление президента к сохранению и укреплению общественного согласия, законодательная и исполнительная органы государственной власти согласились в следующем:

1. Считать обеспечение скоординированных действий законодательной и исполнительной властей главным условием сохранения общественной стабильности и вывода экономики из кризиса.

2. Действия, направленные на нарушение конструктивного диалога законодательной и исполнительной властей, должны получать предметную оценку со стороны президента, Верховного Совета и правительства.

3. Признать своевременное создание адекватной законодательной базы для продолжения и углубления социально-экономических реформ и контроля за исполнением законов основной сферой повседневного взаимодействия между законодательной и исполнительной властями.

4. В целях практической организации взаимодействия и согласованной работы между законодательной и исполнительной властями образовать комиссию из представителей президента, Верховного Совета и Кабинета Министров Республики Казахстан в следующем составе:

Асанбаев Е. М. — вице-президент Республики Казахстан, Председатель Верховного Совета Республики Казахстан, Аспанов М. Т. — заместитель председателя Верховного Совета Республики Казахстан.

Кажегельдин А. М. — первый заместитель премьер-министра Республики Казахстан. Определить приоритетной целью деятельности комиссии достижение взаимосогласованных действий по стабилизации экономики и улучшению социального положения населения, совместное внесение корректив в программу реформ, рассмотрение альтернативных предложений по выходу из экономического кризиса.

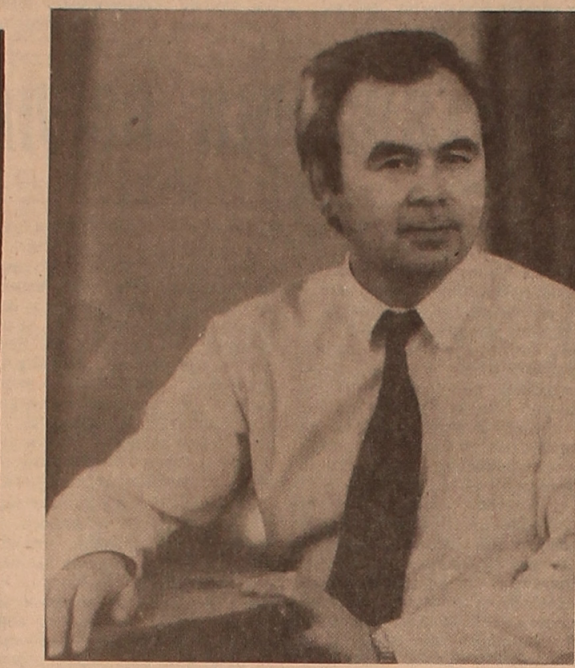
Президент Республики Казахстан Н. НАЗАРБАЕВ. Председатель Верховного Совета Республики Казахстан А. КЕКИЛБАЕВ г. Алматы. Дом Парламента 20 сентября 1994 года

В интересах укрепления экономического сотрудничества

21 сентября в Алматы с кратковременным рабочим визитом прибыл премьер-министр Польши Вальдемар Павляк. В аэропорту его встречал премьер-министр нашей страны Сергей Терешенко и другие официальные лица.

Между главами правительств двух стран состоялась беседа. Вальдемар Павляк заявил, что экономика Казахстана и Польши взаимно дополняемые. Это открывает широкие возможности для сотрудничества в области горнодобывающей промышленности, энергетики, транспорта. Становится важным сейчас также укрепление торгово-экономических связей европейских стран с государствами Юго-Восточной Азии, в частности, с Китаем, Японией, Кореей. Самый недорогой, надежный путь грузов к ним по железнодорожной магистрали лежит через Польшу и Казахстан. Организация евразийских перевозок по стальной коле — отличная возможность для совместной деятельности. Деловое партнерство между двумя республиками может активизировать оказание для них целого комплекса различных коммерческих и транспортных услуг.

Сергей Терешенко в свою очередь отметил, что между Казахстаном и Польшей почти два года назад было заключено Соглашение о торгово-экономическом сотрудничестве. В Казахстане функционируют 16 совместных казахстано-польских предприятий и семь полностью польских фирм. Предусмотрены инвестиции на приобретение польских товаров и развитие совместной



(ОТВЕТЫ ЧРЕЗВЫЧАЙНОГО И ПОЛНОМОЧНОГО ПОСЛА РЕСПУБЛИКИ КАЗАХСТАН В ФРГ САГИНБЕКА ТУРСУНОВА НА ВОПРОСЫ ГАЗЕТЫ «ДОЙЧЕ АЛЬГЕМАЙНЕ ЦАЙТУНГ»)

— Сагинбек Токабаевич, Казахстан — новое государство, а как его оценивают официальные круги, общественность Германии с точки зрения геополитики, экономики? Каков его рейтинг на международном уровне?

— Официальные и неофициальные комментарии внешнеполитических институтов Республики Казахстан позволяют говорить о сохраняющемся рейтинге нашей страны, как миролюбивого государства, заложившего в основы своей внешней политики принципы добрососедства, сотрудничества, широкого развития контактов со многими странами мира.

В дипломатических кругах и прессе ФРГ отмечают взвешанный и продуманный подход руководства Республики Казахстан к решению конфликтных проблем, в частности, в вопросе урегулирования конфликта в Таджикистане, а также проблем ядерного разоружения. Свидетельством этого может служить, например, заявление Федерального министра иностранных дел Германии К. Кинкеля, сделанное 15 декабря 1993 г. в Бонне, в котором он приветствовал решение Верховного Совета Казахстана о присоединении к договору о нераспространении ядерного оружия. По его словам, этот шаг свидетельствует о большой ответственности Казахстана и способствует укреплению мер доверия.

По мнению К. Кинкеля, Казахстан еще раз подтвердил свою волю полностью следовать принятым обязательствам по разоружению, а также готовность интегрировать международную систему нераспространения ядерного оружия. Оценивая экономическое состояние Казахстана, правительство ФРГ считает возможным расширение объемов кредитов, предоставляемых республике. При этом германские ученые, оценивая экономическую ситуацию в Казахстане, как достаточно сложную, тем не менее считают, что она контролируется правительством. Однако, по их мнению, необходимо совершить в кратчайшие сроки структурную перестройку экономики и принять меры по ускорению приватизационных процессов.

Доказательством вышесказанному является решение правительства ФРГ об открытии к уже установленной сумме кредитов на 1994 г. еще одной линии — на 400 млн. немецких марок.

Широкий отклик за рубежом, в том числе, в Германии, вызвали инициативы президента Н. Назарбаева, о созыве СВМДА и создании Евразийского Союза. В Германии полагают, что эти инициативы, а также присоединение Казахстана к программе «Партнерство во имя мира» выводят нашу страну на качественно новый уровень его участия в международных делах. Инициатива о созыве СВМДА, к примеру, оценивается, как глобальный шаг в направлении создания зоны стабильности на азиатском континенте.

Инициатива о создании Евразийского Союза воспринимается как еще одно свидетельство стремления Казахстана сохранить и восстановить утраченные экономические связи между государствами СНГ, как основу для развития экономического сотрудничества Казахстана и Германии.

— Позвольте мне отметить, отвечая на первую часть вопроса этой обширной темы, что за первые 4 месяца текущего года внешнеторговый оборот Казахстана и Германии составил 33,6 млн. долларов США, в том числе экспорт — 7,8 млн. долларов США, что составляет 23 процента, импорт — 25,8 млн. долларов США, соответственно.

Во второй половине дня делегацию Польши принял председатель Верховного Совета Абши Кекилбаев. Касаясь истории появления в республике польской диаспоры, он подчеркнул неизменное дружеское отношение казахского народа к людям, насильственно вывезенным в свое время за пределы родины. Свидетельство тому — плодотворное творчество польских писателей и поэтов, написавших немало произведений на земле Казахстана, создание в нашей стране польского культурного центра и союза поляков.

Говоря о стремлении Казахстана налаживать интеграционные процессы со всеми странами мирового сообщества, Абши Кекилбаев назвал те сферы, по которым могло бы идти плодотворное взаимодействие, прежде всего — экспорт казахстанского хлеба, продукции животноводства, сырья добывающей промышленности.

Премьер-министр Польши Вальдемар Павляк высказал свою заинтересованность в установлении правительственных и парламентских связей.

Вечером в Доме Дружбы состоялась встреча делегации гостей с представителями польской диаспоры в Казахстане. Здесь же была развернута выставка польской книги. Ознакомив собравшихся с экономической обстановкой в Польше, итогами переговоров с казахстанской стороной, Вальдемар Павляк ответил на задаваемые вопросы.

Рано утром 22 сентября делегация Польши вылетела из Алматы в Китай.

Проблемы есть, но они преодолимы

ответственно — 77 процентов. Объем товарооборота с Германией на 1994 год находится на 3 месте среди торговых партнеров Казахстана. В Казахстане на настоящий момент зарегистрировано 129 казахстанско-германских СП. Коллективно СП имеет тенденцию к росту. Кроме этого, в Казахстане зарегистрировано 40 германских фирм, в том числе представительств 3 ведущих банков ФРГ. Состоялись визиты в Алматы председателей правлений таких крупных концернов, как «Даймлер Бенц», «Алкател СЭЛ», «Сименс АГ». Приведенные факты и цифры могут, я думаю, свидетельствовать о том, что перспективны сотрудничество у нас есть и остаются лишь совместными усилиями сделать это сотрудничество более эффективным, а также устранить все существующие на этом пути препятствия, в том числе бюрократического характера.

Хотелось бы при этом перейти к другому вопросу, а именно, к перспективе культурного сотрудничества между Германией и Казахстаном, что является немаловажным фактором сближения наших народов. Не могу не упомянуть о недавнем событии, когда совместно с германскими коллегами в Алматы был парафировано Соглашение о культурном сотрудничестве между нашими странами. В Алматы открылся филиал Института им. Гете, который позволит нашим соотечественникам в полном объеме изучать немецкий язык и культуру. С 14 по 16 июля в Костанайе при активной поддержке областной администрации прошли Дни немецкой культуры в Казахстане. Это явилось знаменательным событием в жизни республики. Недавно в Алматы состоялось открытие «Немецкого Дома», что дает безусловно хорошую перспективу для развития культуры, традиций немецких граждан Казахстана. В открытии Дома приняли участие заместитель премьер-министра РК Т. Жукеев, статс-секретарь МВД ФРГ доктор В. Принтни. Нельзя не сказать и о том, что в апреле текущего года было подписано соглашение между Германской Академической Службой Обмена (ДААД) и Министерством образования республики. Согласно этому соглашению многие наши молодые специалисты и студенты, владеющие немецким языком, пройдут обучение в ВУЗах Германии. На настоящий момент я оцениваю наше сотрудничество в области культуры, как очень хорошее и весьма перспективное.

Летом этого года прошло второе заседание межправительственной комиссии по вопросам немцев, проживающих в Республике Казахстан. Здесь принята программа комиссии в области культуры, образования, социально-экономической сфере и т. д. Как идет реализация данного документа?

— Действительно, 14-18 июня с. г. в Бонне прошло 2-е заседание межправительственной казахстанско-германской комиссии по делам немцев в Казахстане, где были обсуждены проблемы немецкого населения в Казахстане, причины, ведущие к их выезду в ФРГ. Казахстанская сторона подтвердила заинтересованность в том, чтобы граждане немецкой национальности оставались в Казахстане.

Были также обсуждены вопросы, которые обеспечивали бы свободное развитие культурной жизни немцев в Казахстане, в том числе расширение объема передач радио и телевидения на немецком языке и т. д.

На наш взгляд, интересы граждан немецкой национальности, также как и граждан других национальностей, защищены Конституцией страны. Но, если наши сограждане немцы проявляют озабоченность, то на мой взгляд, необходимо решить эту проблему, естественно, с учетом законодательства нашего государства. Кстати, соответствующие поручения экспертам МИДа уже даны.

Германской стороной на заседании был представлен также комплекс мероприятий по содействию немцам Казахстана, в частности, поставки медикаментов, медицинского оборудования, оснащение школ учебным материалом, техническими средствами, и т. д.

Казахстанская сторона в свою очередь выразила готовность создавать благоприятные условия гражданам немецкой национальности и в пределах своих возможностей принимать во внимание их интересы и решать их практически.

Затем состоялось второе заседание межправительственной казахстанско-германской комиссии — ее казахстанской части — 12 августа с. г. в Алматы под председательством заместителя премьер-министра, председателя казахстанской части комиссии Т. Жукеева. На заседании были также заслушаны информация руководителей министерств образования, культуры и республиканской корпорации «Телевидение и радио Казахстана» о ходе выполнения постановления Кабинета Министров РК от 21 октября 1993 года «О комплексной программе этнического возрождения немцев, проживающих в Казахстане». Было отмечено, что вышеуказанными ведомствами, в соответствии с составленными ими мероприятиями по реализации данного постановления, проводится благоприятных условий для всестороннего удовлетворения духовных, культурных и национально-социальных запросов немецкого населения страны.

Так, по желанию родителей и при наличии соответствующего контингента учащихся, издается немецкая газета «Немецкая Жизнь» на немецком языке.

Вместе с тем, хотелось бы отметить, что несмотря на принимаемые меры, органам образования, культуры, телевидения не удалось добиться реального воплощения в жизнь постановления правительства. Причина известна, заключается в недостаточной подготовке и текущей педагогических кадров, в невысоком профессиональном уровне специалистов в учреждениях культуры и искусства, в отсутствии квалифицированных теле-радиожурналистов. Так, например, вследствие эмиграции, на грани самоликвидации республиканский немецкий театр, многие школы в Акмолинской, Карагандинской, Костанайской областях.

На заседании были отмечены факты равнодушного отношения глав некоторых администраций к судьбе немцев. Местные руководители, констатируя экономический и моральный ущерб, вызванный их выездом, не принимают практических мер по социально-экономическому возрождению немецкого населения в республике, формально подходит к реализации комплексной программы их этнического возрождения. Более того, в отдельных случаях допускаются нарушения установленного законодательства, особенно при таможенных досмотрах.

В связи с этим, недавно Правительство рекомендовало главам областных администраций, министерствам и ведомствам усилить работу по выполнению основных направлений комплексной программы по этническому возрождению немцев, разработать региональные программы, создать рабочие группы на местах, оказывать всемерное содействие в организации коммерческих структур предприятиями немецкой национальности, а также в создании ими совместных с ФРГ предприятий и другой частно-собственнической деятельности.

25 августа проблемы граждан Казахстана немецкой национальности были обсуждены на Консультативной встрече членов межправительственной комиссии. Руководители казахстанской и германской частей комиссии заместитель премьер-министра РК Т. Жукеев и статс-секретарь МВД ФРГ В. Принтни с удовлетворением констатировали единство взглядов населения в Казахстане в решении их социально-экономических проблем, культурных запросов и, в конечном счете, закрепления граждан немецкой национальности в Казахстане.

Я думаю, что, несмотря на трудности, испытываемые экономикой Казахстана, органы власти Казахстана максимально будут способствовать вы-

беспрепятственно открываются группы в дошкольных учреждениях, классы и группы по изучению немецкого языка, как родного. Функционирует 195 школ, где немецкий язык изучается как родной. Министерство культуры, совместно с немецкими общественными организациями ведет активную работу по возрождению духовных ценностей, культурной самобытности немецкого населения.

По республиканской программе и в местах компактного проживания организовано радиовещание объемом 2 часа 45 мин. в неделю и телевещание объемом в 45 мин. в неделю. Решено увеличить теле-

полнению программы этнического возрождения немцев Казахстана.

Но, с другой стороны, и сами немецкие граждане, должны быть более активными в решении своих социально-экономических и культурных проблем. Не секрет, что уровень доходов немецкого населения в республике значительно выше, чем у казахского и русского населения. Поэтому не надо драматизировать положение немцев, оно не хуже, чем у других жителей Казахстана. Значит нам надо всем вместе преодолевать экономические трудности, а затем и все другие проблемы. Успех, я думаю будет, если мы сохраним наше казахстанское единство, оптимизм и веру в будущее.

— Еще вопрос, который по известным причинам интересует наших читателей. Каково социальное самочувствие немцев, бывших граждан Казахстана, живущих ныне в Германии?

— Я уже не раз говорил по этому вопросу в своих интервью. Граждан Казахстана, прибывающих в Германию, много, но и число желающих вернуться обратно также с каждым днем увеличивается. Я думаю, это — естественный процесс. Многие наши бывшие сограждане объясняют это тем, что все ценное у них осталось в Казахстане, друзья, у кого-то родители, дети, дом, рабочие места, привычная атмосфера общения и т. д.

По проблемам выезда граждан немецкой национальности в ФРГ и желания вернуться очень много досужих домыслов и различных спекуляций. Я считаю, что в корне этих процессов лежит, в основном, экономические и социальные причины. Многие наши бывшие сограждане объясняют это тем, что все ценное у них осталось в Казахстане, друзья, у кого-то родители, дети, дом, рабочие места, привычная атмосфера общения и т. д.

По проблемам выезда граждан немецкой национальности в ФРГ и желания вернуться очень много досужих домыслов и различных спекуляций. Я считаю, что в корне этих процессов лежит, в основном, экономические и социальные причины. Многие наши бывшие сограждане объясняют это тем, что все ценное у них осталось в Казахстане, друзья, у кого-то родители, дети, дом, рабочие места, привычная атмосфера общения и т. д.

Но через 2, максимум 3 года, экономический кризис будет преодолен и тогда те вопросы, которые беспокоят, кстати не только лиц немецкой национальности, будут решаться более эффективно и динамично. У нас в виду вопросы культуры, образования, сохранения национальной идентичности. Хотя и сегодня, надо это признать, делается немало.

Теперь, в отношении тех, кто выехал. Ежедневно в Посольство приходит десятки писем от наших бывших граждан немецкой национальности, где они жалуются на безработицу, отсутствие жилья. Они спрашивают, как им вернуться обратно в Казахстан и т. п. Такие же письма приходят и на имя руководства Республики Казахстан, в том числе на имя президента Нурсултана Назарбаева.

О наличии таких серьезных проблем у немцев в нашей газете, могли, например, прочитать в интервью советника Посольства ФРГ в Алматы Акседа Вайхаупта, пастора из ФРГ Кристиана Рассама, письмах других читателей.

Так что, когда в вашей газете от 10 сентября этого года демограф и политолог А. Галеев утверждал, о якобы, чрезвычайно высокой приживаемости эмигрантов из Казахстана в ФРГ или о том, что «возвращаются назад только чудaki и неадаптируемые в правовом государстве личности», это мягко говоря, не совсем так, не соответствует истине.

Главное, на мой взгляд, надо ясно представлять, что выезд немцев из Казахстана приносит огромный и невосполнимый экономический и моральный ущерб нашей республике.

— Спасибо за беседу. Александр ДОРШ

Италия и Саудовская Аравия станут новыми деловыми партнерами Казахстана

Утром 21 сентября президент Нурсултан Назарбаев с супругой отбыл с официальными визитами в Италию и Саудовскую Аравию.

В состав возглавляемой им государственной делегации входят министры: иностранных дел — Канат Саудабаев, строительства, жилья и застройки территорий — Аскар Кудибайев, нефтяной и газовой промышленности — Равиль Чердабаев, глава Административной Шалбай Кулмаханов, председатель комитета Верховного Совета по международным и межпарламентским отношениям Серикжан Жакупов, председатель правления Эксимбанка Берлин Ирришев.

Программой четырехдневного пребывания Нурсултана Назарбаева в Италии предусматриваются переговоры с президентом Оскармо Скальфаро и премьер-министром Сильвио Берлускони, встречи с папой римским Иоанном Павлом II, представителями деловых кругов в объединении промышленников «Конфиндустрия» и штаб-квартире топливного концерна ЭнИ. Делегация посетит мэрию Рима и поблагодарит Энрико. Затем состоится трехдневный визит в Саудовскую Аравию.

Здесь президент проведет беседы с королем Фахдом Бен Абдель Азизом, генеральным секретарем организации Исламская конференция Хамидом Аль-Габидом, генеральным секретарем Совета сотрудничества арабских государств Персидского залива Фахимом Аль-Касими. Пройдут также встречи с руководством торгово-промышленной палаты компании «Арамко», представителями крупнейших промышленных групп страны. Гости из Казахстана посетят Джидду, Мекку и Медину.

В столичном аэропорту главы государства дали перед отлетом экспресс-интервью журналистам. Обе эти страны представляют большой интерес для республики в плане налаживания взаимовыгодного делового сотрудничества, сказал он, и такие связи уже широко завязываются. К примеру, с Италией: ряд крупных компаний с Апеннин начали работать в республике в сферах геологоразведки и нефтедобычи, сельского хозяйства, производства товаров народного потребления.



На снимке: подписание казахстанско-польских документов

Его спасла музыка

НА ТИТУЛЬНОМ ЛИСТЕ этой книги, даря ее мне, написано: «от мастера». Это в высшей степени превосходно и показательно, что — от мастера, ибо он всегда был, кем бы злая воля ни принуждала его быть, он есть и теперь и до последнего вздоха своего остается именно мастером, в чем я совершенно убежден.

Когда я в первый раз взял в руки его книгу и первый раз же, разумеется, прочитал эту надпись, две мысли, одна за другой, промелькнули в моей голове. Первую откуда-то изнутри вытолкнули стихи гениального поэта. Едва я подумал о мастере, как они в переработанном виде всплыли в моем мозгу: я себя под Айткешем чувствую, чтобы плыть в полярности дальше.

(Быть может, здесь тот случай, когда говорят: «чересчур загнули»). И кто-то из тех, кто прочитает эти строки, возможно, так и подумает. Но я написал исключительно о душевном состоянии, в котором пребывал в тот миг, а это не преувеличение; я просто отразил его, как сфотографировал.

Вторая мысль была такой: вряд ли стану читать эту книгу. Ее, эту мысль, вызвала отнюдь не острая нехватка времени, хотя его теперь чаще всего как раз не хватает. Когда тебе перевалило за определенную отметку, ты начинаешь по-настоящему дорожить даже не каждым днем уже, а каждым часом, ругая при этом себя за беззаботно проведенные молодые годы, когда шнырял временем, как плавалась шелухой от семечек.

А дело в том, что я уже не первый год знаком с ее автором и не раз и не два даже слышал от него самого его воспоминания, его исповеди, его жизнь — иногда отрывочные, кусочки, пришедшие ему на ум неожиданно, спонтанно, в связи с каким-нибудь случаем, а иногда подробные, детализированные, с красочным описанием целой сцены, да так переданной, что она, как живая, возникает передо мной. Более того, я писал о нем очерк «Скрипач и КГБ», опубликованный в «Дойче Альгемайне». И мне самому предлагалось литературно обработать его воспоминания в виде книжки. Я уже взялся было, да не сложилась работа.

Так что, когда я впервые взял в руки книжку воспоминаний Айткеша Толганбаева, вместо меня литературно оформленной мной, недавно познакомивший этот мир, коллегой И. Саввинным, я подумал, что вряд ли почеркну из нее что-нибудь новое для себя, поэтому и не собирался читать.

Потом, когда я все же открыл ее и стал белко просматривать (а это было в автобусе по дороге домой), я, против своего желания и к своему удивлению, вчитавшись в одну из глав, серединную, вернулся к началу книги и, что называется одним залпом, закончил уже дома, «проглотил» ее. Повторяю, я знал ее содержание, ибо знал судьбу ее героя и автора, и если я прочел один залпом, то это, во-первых, благодаря удачному построению книги (хотя я сам избрал бы другой сюжет и назвал бы ее иначе, не «Исповедь судьбы жестокой»), и во-вторых, бла-

годаря тому, что литературно обработать удалось, в мой взгляд, передать чрезвычайно эмоциональный характер, зажимающую страсть мастера Толганбаева.

Я читал «Исповедь...» и видел его перед собой, слышал его, говорил с ним, посылался ему, завидовал ему, кто живет, как он, в мире звуков. Эта книга — его биография: от первых шагов младенцем в родительском доме в селе Караул, Семипалатинской области, а двадцатых годах, когда его однажды до глубины души потрясло ночное небо, усыпанное звездами, и первых шагов в мире музыки, когда он мальчиком поражаем своей природной одаренностью маститых музыкантов, и до сегодняшней жизни пенсионера, мастера «в отставке». Но книга эта, по-моему, не отразила и треть, его жизни, ибо она не передала (и не могла передать: «Как бедна у мира слова мастера») музыкальную душу Айткеша.

Он предстал в ней скрипачом и одновременно политиком, и пусть его оценки тем или иным политическим событиям, которые прошли через его жизнь, одни из них дошли до нас, деформировались, другие западло выпрямлялись, пусть его оценки им, с точки зрения большой политики, и, наряду, по-бытовому упрощены, но они человечны, и потому они в книге своей предстали и человечным политиком одновременно.

Но более всего эта книга о добре и зле. С тех самых первых дней, когда в душе его зазвучала музыка, не прекращая звучать ни на один день, ни на один час, когда с душой его воедино слились мелодии Чайковского, не покидавшие ее ни в окопах на фронте, ни в гитлеровских лагерях, ни в карцерах КГБ, ни на дурловских шахтах, ни на допросах у чекистов, ни, тем более, позже, в стенах Алма-Атинской консерватории, с тех самых первых дней он познал и до сего дня знает, что такое людское добро, человеческое участие, внимание, забота, любовь, и что такое зло, творимое также людьми, жестокой, не знающей жалости коммунистической системой, ее служителями, слугами дьявола.

Мальчик в белом шелковом костюме на сцене концертного зала, смущенно кланяющийся публике, не могущий долго прийти в себя от восторга, принесенного ей этим юным скрипачом, выпускником музыкального училища, о котором известный в ту пору скрипач Марк Сквиарский говорил другому музыканту Иосифу Антоновичу: «Помани мое слово, этот юноша будет иметь мировое имя, если ничто не помешает ему» — этот мальчик и, по заключению неуповенных бериевского МВД, английский шпион — это один и тот же человек, Айткеш Толганбаев.

Боец Красной Армии, большевикитов любящий скрипач, никогда добровольно не расстававшийся с ней, в перемены между боями с великой радостью и удовольствием играющий на ней для однопольных и заключенных советской тюрьмы, на предложениях своих палачей сотрудничать с ними отвечавший такой дерзостью, что они постыдно отводили глаза и уходили.

Мальчик в белом шелковом костюме на сцене концертного зала, смущенно кланяющийся публике, не могущий долго прийти в себя от восторга, принесенного ей этим юным скрипачом, выпускником музыкального училища, о котором известный в ту пору скрипач Марк Сквиарский говорил другому музыканту Иосифу Антоновичу: «Помани мое слово, этот юноша будет иметь мировое имя, если ничто не помешает ему» — этот мальчик и, по заключению неуповенных бериевского МВД, английский шпион — это один и тот же человек, Айткеш Толганбаев.

В середине 40-х годов Сталин произвел насильственное переселение чеченцев, ингушей и агушевых. Огромное количество их погибло в пути. Особенно много умерло молодых женщин. Везли этих людей в товарных вагонах, в каких перевозят скот. На остановках охранники никого не выпускали из вагонов. Туалетов в товарных вагонах нет, и горючки погребали от уренины; они не могли мочиться при мужчинах.

«Если хочешь быть немцем — будь им»

В середине 40-х годов Сталин произвел насильственное переселение чеченцев, ингушей и агушевых. Огромное количество их погибло в пути. Особенно много умерло молодых женщин. Везли этих людей в товарных вагонах, в каких перевозят скот. На остановках охранники никого не выпускали из вагонов. Туалетов в товарных вагонах нет, и горючки погребали от уренины; они не могли мочиться при мужчинах.

В начале 40-х годов Сталин произвел насильственное переселение чеченцев, ингушей и агушевых. Огромное количество их погибло в пути. Особенно много умерло молодых женщин. Везли этих людей в товарных вагонах, в каких перевозят скот. На остановках охранники никого не выпускали из вагонов. Туалетов в товарных вагонах нет, и горючки погребали от уренины; они не могли мочиться при мужчинах.

В начале 40-х годов Сталин произвел насильственное переселение чеченцев, ингушей и агушевых. Огромное количество их погибло в пути. Особенно много умерло молодых женщин. Везли этих людей в товарных вагонах, в каких перевозят скот. На остановках охранники никого не выпускали из вагонов. Туалетов в товарных вагонах нет, и горючки погребали от уренины; они не могли мочиться при мужчинах.

тоже один и тот же Айткеш Толганбаев. Великий скрипач, «Скрипка №1 Казахстана», как называли его «Советская культура», газета ЦК КПСС, и человек, чехи и в восьмидесятых годах пребывая под неусыпным оком КГБ, оставивший «невзвездным», в то время, как другие, менее талантливые, и вовсе бездарные музыканты представляли за рубежом музыкальную культуру его народа, — это тоже Айткеш Толганбаев.

Скрипач, живший исключительно в мире музыкальных образов, и подносил снаряды. На фронте, до того, как контуженным и раненым в ногу попал в плен, он служил в артиллерии...

Скрипач, в душе которого не переставал звучать первый концерт Петра Чайковского, и борьба со шпями... Скрипач и людоедство. Он и это видел... Но ничто не сломило его. Он остался верен своей музыке, не предал ее, не продал душу дьяволу...

Таким (и не только таким) я знал его, от него самого, и до чтения «Исповеди...», вышедшей в издательстве «Казахстан» мизерным тиражом в 5000 экземпляров (и слава Богу, что хоть таким тиражом вышла) в наше время и это сродни издательскому подвигу). Таким же он предстал передо мной в этой книге в 110 страниц.

Но с моей стороны было бы несправедливо, если бы я не сказал, что в «Исповеди...» я узнал и неизвестные мне до того сведения. Например, о том, что суд над функционерами Туркестанского Национального Комитета и Туркестанского легиона в 1947 году проходил в Алма-Ате.

Айткеш Толганбаев был в этом легионе, носил форму легионера, играл там на скрипке, давал концерты для фашистов и даже (Боже мой!) исполнил «Германия превыше всего...». А когда его и других казахов-легионеров освободили англичане, ему предложили выполнить задание агитационного — пропагандистского характера — быть заброшенным в Туркестанский легион, чтобы склонить легионеров сложить оружие. К тому заданию ему даже приступили не удалось. Тем не менее на суде он был обвинен как английский шпион. Ему дали по совокупности 20 лет и еще пять лет поражения в политических правах.

И вообще, после распада СССР наш регион оказался в сложном политическом положении, объектом внимания многих зарубежных государств. И никакие ссылки на то, что область является неотъемлемой частью России, а также на решения Потсдамской конференции и совещания глав европейских государств не ослабляют этого внимания.

Сегодня, еще долго, Калининградская область будет оживленной картой в руках политиков, аргументом притязаний на эту территорию, которая является лакомым кусочком и представляют огромный интерес для всех соседних государств. Влияние последних на жизнь нашего региона будет еще более возрастать. Речь идет о добром, мирном, комплексном сотрудничестве, такие намерения преобладают. Вместе с тем нет, да и раздаются голоса о каком-то исключительном праве на территорию, которую занимает Калининградская область.

Так, в газете «Известия» за 13 января 1994 г. литовские политики Р. Озолас и Ч. Юришнас заявляют о том, что следуют отторгнуть нашу область от России и пересмотреть ее международный статус. Что стоит за этим заявлением? Литва, в силу своей постоянной амбициозности, на мой взгляд, будет постоянно предъявлять России различные претензии и создавать определенные трудности, касающиеся Калининградской области, что мы, в общем-то, уже имеем. Если по большому счету, мы на себе чувствуем, что значит быть частью России, а не отдельным государственным образованием. Став же таковым — в виде республики, как часть России со всеми атрибутами независимости, — мы не будем «должны» Литве, и отношения с нею приобретут совершенно новую качественную направленность.

«Одно время в газетах немало писалось, в том числе в «Дойче Альгемайне», об иде образования на территории Калининградской области славяно-немецкой автономной республикой, как о варианте решения немецкого вопроса в России. Теперь это, впрочем, уже никого не волнует...».

Из письма читателя Владимира Вебера. Да, сейчас так уже не муссировался вопрос о создании на территории нынешней Калининградской области, бывшего Кенигсберга, немецкой государственности в виде автономии, как муссировалось еще года два тому назад. В сущности, уже тогда, когда эта идея едва возникла, была совершенно очевидна нереальность ее осуществления, более того, даже абсурдность, но будущее Калининградской области, по причине ее уникального географического положения, тем не менее, продолжает волновать социологов, юристов, публицистов и просто жителей самого западного края великой России. Об этом свидетельствует и статья профессора С. Каргополова, присланная мне вестником корреспондентом «ДАЦ» Вениамином Теремкиным. Наш коллега и корреспондент предлагает опубликовать ее под рубрикой «Субъективное мнение». Полагаем, что она будет интересна читателям, и не только Владимиру Веберу из Кочкчева, приславшему письмо с вопросом об этом.

Будущее Калининградской области... Об этом много говорят и спорят. А в связи с тем, что, в соответствии с новой Конституцией, область стала субъектом Российской Федерации, возникла новая ситуация, которая заставляет вновь вернуться к вопросу о ее политическом и государственно-правовом статусе.

Если к примеру, Вологодской области нет надобности решать проблемы международного права с ее участием, за нее это делает правительство России, то перед Калининградской областью стоит задача постоянного участия в решении многих вопросов с соседними государствами, причем все более самостоятельно от Москвы. И это не выдумка. Жизнь подводит, а дальше будет подводить еще активнее, к такой необходимости, и России придется давать нам еще больше самостоятельности в решении международных вопросов.

Вместе с тем существующий Федеративный договор, если иметь в виду международные вопросы, связывает область по рукам и ногам. С другой стороны, наших соседей (Литву) отнюдь не устраивает участие области в решении этих вопросов, так как она не является субъектом международного права.

И вообще, после распада СССР наш регион оказался в сложном политическом положении, объектом внимания многих зарубежных государств. И никакие ссылки на то, что область является неотъемлемой частью России, а также на решения Потсдамской конференции и совещания глав европейских государств не ослабляют этого внимания.

Сегодня, еще долго, Калининградская область будет оживленной картой в руках политиков, аргументом притязаний на эту территорию, которая является лакомым кусочком и представляют огромный интерес для всех соседних государств. Влияние последних на жизнь нашего региона будет еще более возрастать. Речь идет о добром, мирном, комплексном сотрудничестве, такие намерения преобладают. Вместе с тем нет, да и раздаются голоса о каком-то исключительном праве на территорию, которую занимает Калининградская область.

Так, в газете «Известия» за 13 января 1994 г. литовские политики Р. Озолас и Ч. Юришнас заявляют о том, что следуют отторгнуть нашу область от России и пересмотреть ее международный статус. Что стоит за этим заявлением? Литва, в силу своей постоянной амбициозности, на мой взгляд, будет постоянно предъявлять России различные претензии и создавать определенные трудности, касающиеся Калининградской области, что мы, в общем-то, уже имеем. Если по большому счету, мы на себе чувствуем, что значит быть частью России, а не отдельным государственным образованием. Став же таковым — в виде республики, как часть России со всеми атрибутами независимости, — мы не будем «должны» Литве, и отношения с нею приобретут совершенно новую качественную направленность.

Будем надеяться, что до войны с Литвой дело не дойдет (в прямом смысле), но конфликтные ситуации не исключены, и их следует предупредить. В частности, путем создания постоянного равновесия в содержании и сотрудничестве на основе взаимных уступок.

«Одно время в газетах немало писалось, в том числе в «Дойче Альгемайне», об иде образования на территории Калининградской области славяно-немецкой автономной республикой, как о варианте решения немецкого вопроса в России. Теперь это, впрочем, уже никого не волнует...».

Из письма читателя Владимира Вебера. Да, сейчас так уже не муссировался вопрос о создании на территории нынешней Калининградской области, бывшего Кенигсберга, немецкой государственности в виде автономии, как муссировалось еще года два тому назад. В сущности, уже тогда, когда эта идея едва возникла, была совершенно очевидна нереальность ее осуществления, более того, даже абсурдность, но будущее Калининградской области, по причине ее уникального географического положения, тем не менее, продолжает волновать социологов, юристов, публицистов и просто жителей самого западного края великой России. Об этом свидетельствует и статья профессора С. Каргополова, присланная мне вестником корреспондентом «ДАЦ» Вениамином Теремкиным. Наш коллега и корреспондент предлагает опубликовать ее под рубрикой «Субъективное мнение». Полагаем, что она будет интересна читателям, и не только Владимиру Веберу из Кочкчева, приславшему письмо с вопросом об этом.

Будущее Калининградской области... Об этом много говорят и спорят. А в связи с тем, что, в соответствии с новой Конституцией, область стала субъектом Российской Федерации, возникла новая ситуация, которая заставляет вновь вернуться к вопросу о ее политическом и государственно-правовом статусе.

Если к примеру, Вологодской области нет надобности решать проблемы международного права с ее участием, за нее это делает правительство России, то перед Калининградской областью стоит задача постоянного участия в решении многих вопросов с соседними государствами, причем все более самостоятельно от Москвы. И это не выдумка. Жизнь подводит, а дальше будет подводить еще активнее, к такой необходимости, и России придется давать нам еще больше самостоятельности в решении международных вопросов.

Вместе с тем существующий Федеративный договор, если иметь в виду международные вопросы, связывает область по рукам и ногам. С другой стороны, наших соседей (Литву) отнюдь не устраивает участие области в решении этих вопросов, так как она не является субъектом международного права.

И вообще, после распада СССР наш регион оказался в сложном политическом положении, объектом внимания многих зарубежных государств. И никакие ссылки на то, что область является неотъемлемой частью России, а также на решения Потсдамской конференции и совещания глав европейских государств не ослабляют этого внимания.

Сегодня, еще долго, Калининградская область будет оживленной картой в руках политиков, аргументом притязаний на эту территорию, которая является лакомым кусочком и представляют огромный интерес для всех соседних государств. Влияние последних на жизнь нашего региона будет еще более возрастать. Речь идет о добром, мирном, комплексном сотрудничестве, такие намерения преобладают. Вместе с тем нет, да и раздаются голоса о каком-то исключительном праве на территорию, которую занимает Калининградская область.

Так, в газете «Известия» за 13 января 1994 г. литовские политики Р. Озолас и Ч. Юришнас заявляют о том, что следуют отторгнуть нашу область от России и пересмотреть ее международный статус. Что стоит за этим заявлением? Литва, в силу своей постоянной амбициозности, на мой взгляд, будет постоянно предъявлять России различные претензии и создавать определенные трудности, касающиеся Калининградской области, что мы, в общем-то, уже имеем. Если по большому счету, мы на себе чувствуем, что значит быть частью России, а не отдельным государственным образованием. Став же таковым — в виде республики, как часть России со всеми атрибутами независимости, — мы не будем «должны» Литве, и отношения с нею приобретут совершенно новую качественную направленность.

Будем надеяться, что до войны с Литвой дело не дойдет (в прямом смысле), но конфликтные ситуации не исключены, и их следует предупредить. В частности, путем создания постоянного равновесия в содержании и сотрудничестве на основе взаимных уступок.

«Одно время в газетах немало писалось, в том числе в «Дойче Альгемайне», об иде образования на территории Калининградской области славяно-немецкой автономной республикой, как о варианте решения немецкого вопроса в России. Теперь это, впрочем, уже никого не волнует...».

Из письма читателя Владимира Вебера. Да, сейчас так уже не муссировался вопрос о создании на территории нынешней Калининградской области, бывшего Кенигсберга, немецкой государственности в виде автономии, как муссировалось еще года два тому назад. В сущности, уже тогда, когда эта идея едва возникла, была совершенно очевидна нереальность ее осуществления, более того, даже абсурдность, но будущее Калининградской области, по причине ее уникального географического положения, тем не менее, продолжает волновать социологов, юристов, публицистов и просто жителей самого западного края великой России. Об этом свидетельствует и статья профессора С. Каргополова, присланная мне вестником корреспондентом «ДАЦ» Вениамином Теремкиным. Наш коллега и корреспондент предлагает опубликовать ее под рубрикой «Субъективное мнение». Полагаем, что она будет интересна читателям, и не только Владимиру Веберу из Кочкчева, приславшему письмо с вопросом об этом.

Будущее Калининградской области... Об этом много говорят и спорят. А в связи с тем, что, в соответствии с новой Конституцией, область стала субъектом Российской Федерации, возникла новая ситуация, которая заставляет вновь вернуться к вопросу о ее политическом и государственно-правовом статусе.

Если к примеру, Вологодской области нет надобности решать проблемы международного права с ее участием, за нее это делает правительство России, то перед Калининградской областью стоит задача постоянного участия в решении многих вопросов с соседними государствами, причем все более самостоятельно от Москвы. И это не выдумка. Жизнь подводит, а дальше будет подводить еще активнее, к такой необходимости, и России придется давать нам еще больше самостоятельности в решении международных вопросов.

Вместе с тем существующий Федеративный договор, если иметь в виду международные вопросы, связывает область по рукам и ногам. С другой стороны, наших соседей (Литву) отнюдь не устраивает участие области в решении этих вопросов, так как она не является субъектом международного права.

И вообще, после распада СССР наш регион оказался в сложном политическом положении, объектом внимания многих зарубежных государств. И никакие ссылки на то, что область является неотъемлемой частью России, а также на решения Потсдамской конференции и совещания глав европейских государств не ослабляют этого внимания.

Сегодня, еще долго, Калининградская область будет оживленной картой в руках политиков, аргументом притязаний на эту территорию, которая является лакомым кусочком и представляют огромный интерес для всех соседних государств. Влияние последних на жизнь нашего региона будет еще более возрастать. Речь идет о добром, мирном, комплексном сотрудничестве, такие намерения преобладают. Вместе с тем нет, да и раздаются голоса о каком-то исключительном праве на территорию, которую занимает Калининградская область.

Так, в газете «Известия» за 13 января 1994 г. литовские политики Р. Озолас и Ч. Юришнас заявляют о том, что следуют отторгнуть нашу область от России и пересмотреть ее международный статус. Что стоит за этим заявлением? Литва, в силу своей постоянной амбициозности, на мой взгляд, будет постоянно предъявлять России различные претензии и создавать определенные трудности, касающиеся Калининградской области, что мы, в общем-то, уже имеем. Если по большому счету, мы на себе чувствуем, что значит быть частью России, а не отдельным государственным образованием. Став же таковым — в виде республики, как часть России со всеми атрибутами независимости, — мы не будем «должны» Литве, и отношения с нею приобретут совершенно новую качественную направленность.

Будем надеяться, что до войны с Литвой дело не дойдет (в прямом смысле), но конфликтные ситуации не исключены, и их следует предупредить. В частности, путем создания постоянного равновесия в содержании и сотрудничестве на основе взаимных уступок.

«Одно время в газетах немало писалось, в том числе в «Дойче Альгемайне», об иде образования на территории Калининградской области славяно-немецкой автономной республикой, как о варианте решения немецкого вопроса в России. Теперь это, впрочем, уже никого не волнует...».

Из письма читателя Владимира Вебера. Да, сейчас так уже не муссировался вопрос о создании на территории нынешней Калининградской области, бывшего Кенигсберга, немецкой государственности в виде автономии, как муссировалось еще года два тому назад. В сущности, уже тогда, когда эта идея едва возникла, была совершенно очевидна нереальность ее осуществления, более того, даже абсурдность, но будущее Калининградской области, по причине ее уникального географического положения, тем не менее, продолжает волновать социологов, юристов, публицистов и просто жителей самого западного края великой России. Об этом свидетельствует и статья профессора С. Каргополова, присланная мне вестником корреспондентом «ДАЦ» Вениамином Теремкиным. Наш коллега и корреспондент предлагает опубликовать ее под рубрикой «Субъективное мнение». Полагаем, что она будет интересна читателям, и не только Владимиру Веберу из Кочкчева, приславшему письмо с вопросом об этом.

Будущее Калининградской области... Об этом много говорят и спорят. А в связи с тем, что, в соответствии с новой Конституцией, область стала субъектом Российской Федерации, возникла новая ситуация, которая заставляет вновь вернуться к вопросу о ее политическом и государственно-правовом статусе.

Если к примеру, Вологодской области нет надобности решать проблемы международного права с ее участием, за нее это делает правительство России, то перед Калининградской областью стоит задача постоянного участия в решении многих вопросов с соседними государствами, причем все более самостоятельно от Москвы. И это не выдумка. Жизнь подводит, а дальше будет подводить еще активнее, к такой необходимости, и России придется давать нам еще больше самостоятельности в решении международных вопросов.

Вместе с тем существующий Федеративный договор, если иметь в виду международные вопросы, связывает область по рукам и ногам. С другой стороны, наших соседей (Литву) отнюдь не устраивает участие области в решении этих вопросов, так как она не является субъектом международного права.

И вообще, после распада СССР наш регион оказался в сложном политическом положении, объектом внимания многих зарубежных государств. И никакие ссылки на то, что область является неотъемлемой частью России, а также на решения Потсдамской конференции и совещания глав европейских государств не ослабляют этого внимания.

Сегодня, еще долго, Калининградская область будет оживленной картой в руках политиков, аргументом притязаний на эту территорию, которая является лакомым кусочком и представляют огромный интерес для всех соседних государств. Влияние последних на жизнь нашего региона будет еще более возрастать. Речь идет о добром, мирном, комплексном сотрудничестве, такие намерения преобладают. Вместе с тем нет, да и раздаются голоса о каком-то исключительном праве на территорию, которую занимает Калининградская область.

Так, в газете «Известия» за 13 января 1994 г. литовские политики Р. Озолас и Ч. Юришнас заявляют о том, что следуют отторгнуть нашу область от России и пересмотреть ее международный статус. Что стоит за этим заявлением? Литва, в силу своей постоянной амбициозности, на мой взгляд, будет постоянно предъявлять России различные претензии и создавать определенные трудности, касающиеся Калининградской области, что мы, в общем-то, уже имеем. Если по большому счету, мы на себе чувствуем, что значит быть частью России, а не отдельным государственным образованием. Став же таковым — в виде республики, как часть России со всеми атрибутами независимости, — мы не будем «должны» Литве, и отношения с нею приобретут совершенно новую качественную направленность.

Будем надеяться, что до войны с Литвой дело не дойдет (в прямом смысле), но конфликтные ситуации не исключены, и их следует предупредить. В частности, путем создания постоянного равновесия в содержании и сотрудничестве на основе взаимных уступок.

«Одно время в газетах немало писалось, в том числе в «Дойче Альгемайне», об иде образования на территории Калининградской области славяно-немецкой автономной республикой, как о варианте решения немецкого вопроса в России. Теперь это, впрочем, уже никого не волнует...».

Из письма читателя Владимира Вебера. Да, сейчас так уже не муссировался вопрос о создании на территории нынешней Калининградской области, бывшего Кенигсберга, немецкой государственности в виде автономии, как муссировалось еще года два тому назад. В сущности, уже тогда, когда эта идея едва возникла, была совершенно очевидна нереальность ее осуществления, более того, даже абсурдность, но будущее Калининградской области, по причине ее уникального географического положения, тем не менее, продолжает волновать социологов, юристов, публицистов и просто жителей самого западного края великой России. Об этом свидетельствует и статья профессора С. Каргополова, присланная мне вестником корреспондентом «ДАЦ» Вениамином Теремкиным. Наш коллега и корреспондент предлагает опубликовать ее под рубрикой «Субъективное мнение». Полагаем, что она будет интересна читателям, и не только Владимиру Веберу из Кочкчева, приславшему письмо с вопросом об этом.

Будущее Калининградской области... Об этом много говорят и спорят. А в связи с тем, что, в соответствии с новой Конституцией, область стала субъектом Российской Федерации, возникла новая ситуация, которая заставляет вновь вернуться к вопросу о ее политическом и государственно-правовом статусе.

Если к примеру, Вологодской области нет надобности решать проблемы международного права с ее участием, за нее это делает правительство России, то перед Калининградской областью стоит задача постоянного участия в решении многих вопросов с соседними государствами, причем все более самостоятельно от Москвы. И это не выдумка. Жизнь подводит, а дальше будет подводить еще активнее, к такой необходимости, и России придется давать нам еще больше самостоятельности в решении международных вопросов.

Вместе с тем существующий Федеративный договор, если иметь в виду международные вопросы, связывает область по рукам и ногам. С другой стороны, наших соседей (Литву) отнюдь не устраивает участие области в решении этих вопросов, так как она не является субъектом международного права.

И вообще, после распада СССР наш регион оказался в сложном политическом положении, объектом внимания многих зарубежных государств. И никакие ссылки на то, что область является неотъемлемой частью России, а также на решения Потсдамской конференции и совещания глав европейских государств не ослабляют этого внимания.

Сегодня, еще долго, Калининградская область будет оживленной картой в руках политиков, аргументом притязаний на эту территорию, которая является лакомым кусочком и представляют огромный интерес для всех соседних государств. Влияние последних на жизнь нашего региона будет еще более возрастать. Речь идет о добром, мирном, комплексном сотрудничестве, такие намерения преобладают. Вместе с тем нет, да и раздаются голоса о каком-то исключительном праве на территорию, которую занимает Калининградская область.

Так, в газете «Известия» за 13 января 1994 г. литовские политики Р. Озолас и Ч. Юришнас заявляют о том, что следуют отторгнуть нашу область от России и пересмотреть ее международный статус. Что стоит за этим заявлением? Литва, в силу своей постоянной амбициозности, на мой взгляд, будет постоянно предъявлять России различные претензии и создавать определенные трудности, касающиеся Калининградской области, что мы, в общем-то, уже имеем. Если по большому счету, мы на себе чувствуем, что значит быть частью России, а не отдельным государственным образованием. Став же таковым — в виде республики, как часть России со всеми атрибутами независимости, — мы не будем «должны» Литве, и отношения с нею приобретут совершенно новую качественную направленность.

Будем надеяться, что до войны с Литвой дело не дойдет (в прямом смысле), но конфликтные ситуации не исключены, и их следует предупредить. В частности, путем создания постоянного равновесия в содержании и сотрудничестве на основе взаимных уступок.

ОБЛАСТЬ ПРИТЯЖЕНИЯ ВЗГЛЯДОВ И ИНТЕРЕСОВ

Будущее Калининградской области... Об этом много говорят и спорят. А в связи с тем, что, в соответствии с новой Конституцией, область стала субъектом Российской Федерации, возникла новая ситуация, которая заставляет вновь вернуться к вопросу о ее политическом и государственно-правовом статусе.

Близкими конкретными русско-литовскими отношениями не будет снята с повестки дня, как бы наши российские руководители ни убеждали нас в обратном.

Здесь следует сказать и о том, что в настоящее время правительство России слабо защищает нашу область перед Литвой. Ему сегодня не до нас. С другой стороны, вообще не приходится ожидать от центра целенаправленной политики в отношении области.

С учетом вышесказанного, для решения проблемы Калининградской области следует еще раз проанализировать исторический и юридический аспекты. Если историю встать по поверхности, и исторические правды (амбиции) не могут быть положены в основу ныне принятых решений (а лишь с их возможным учетом), то юридические права (аспекты) являются предметом постоянного изучения. Сегодня область лишь юридически есть неотъемлемая часть России. Географически она уже оторвалась от нее. Может ли Россия не допустить пересмотра международно-правовых актов, закрепляющих нынешний статус области, наших соседей (Литву) отнюдь не устраивает участие области в решении этих вопросов, так как она не является субъектом международного права.

Способствует трансформация федеративных государств в конфедеративные — в России, Прибалтике. Это, естественно, не означает, что следует в одностороннем порядке отказаться от хельсинкских договоренностей. Речь идет о возможном обновлении некоторых положений, в частности — о переклассификации, о разделении границ с учетом появления новых государств и государственных образований.

Вместе с тем существующий Федеративный договор, если иметь в виду международные вопросы, связывает область по рукам и ногам. С другой стороны, наших соседей (Литву) отнюдь не устраивает участие области в решении этих вопросов, так как она не является субъектом международного права.

И вообще, после распада СССР наш регион оказался в сложном политическом положении, объектом внимания многих зарубежных государств. И никакие ссылки на то, что область является неотъемлемой частью России, а также на решения Потсдамской конференции и совещания глав европейских государств не ослабляют этого внимания.

Сегодня, еще долго, Калининградская область будет оживленной картой в руках политиков, аргументом притязаний на эту территорию, которая является лакомым кусочком и представляют огромный интерес для всех соседних государств. Влияние последних на жизнь нашего региона будет еще более возрастать. Речь идет о добром, мирном, комплексном сотрудничестве, такие намерения преобладают. Вместе с тем нет, да и раздаются голоса о каком-то исключительном праве на территорию, которую занимает Калининградская область.

Так, в газете «Известия» за 13 января 1994 г. литовские политики Р. Озолас и Ч. Юришнас заявляют о том, что следуют отторгнуть нашу область от России и пересмотреть ее международный статус. Что стоит за этим заявлением? Литва, в силу своей постоянной амбициозности, на мой взгляд, будет постоянно предъявлять России различные претензии и создавать определенные трудности, касающиеся Калининградской области, что мы, в общем-то, уже имеем. Если по большому счету, мы на себе чувствуем, что значит быть частью России, а не отдельным государственным образованием. Став же таковым — в виде республики, как часть России со всеми атрибутами независимости, — мы не будем «должны» Литве, и отношения с нею приобретут совершенно новую качественную направленность.

Будем надеяться, что до войны с Литвой дело не дойдет (в прямом смысле), но конфликтные ситуации не исключены, и их следует предупредить. В частности, путем создания постоянного равновесия в содержании и сотрудничестве на основе взаимных уступок.

В ИСТОРИИ НЕТ ПОСЛЕДНИХ СТРАНИЦ

Как известно, правительства приходят и уходят, а народы остаются. В 1945 году СССР победил фашистское государство, но не германский народ.

Известно также, что результатом Второй мировой войны явились решения, принятые на Потсдамской конференции, действующие и сегодня. Но все и всякие соглашения международного значения тогда обладают действительной силой, когда они заключены от имени и по поручению народа, выражают его волю, что, в частности, проявляется на референдуме.

„Stell dich nicht so an!“

Abtreibung ist in Rußland die wichtigste Methode der Geburtenregelung. Selbst Ärzte raten von der Pille ab

Sweta war mit ihren Nerven am Ende. Das Söhnchen plagte sich mit den ersten Zähnen. Der Abwasch wartete schon den dritten Tag. In der Frühe gab es wieder keine Milch. Und zu allem Verdruß kam noch: Sweta mußte zur Abtreibung. Sie wandte sich hilflos an ihre Schwiegermutter. Die litt unter ihren Wechseljahren und fauchte: „Stell dich nicht so an! Ich habe 25 Abtreibungen hinter mir.“

Bei ihrer ersten Abtreibung 1977 in Jakutsk mußte Sweta noch Bettwäsche mitbringen. Narose oder örtliche Betäubung waren zwar nicht verboten, aber es fehlte an allen Hilfsmitteln. „Es war grausam. Der Schmerz und der grobe Umgangston marterten bis in alle Hirnwindungen. Mehrere Frauen quälten sich in einem winzigen Behandlungssaal um. Überall Blut.“ So rüde war die Poltik: Der Staat, die Sowjetunion, brauchte Menschen. Wer nicht gebären wollte, sollte die Strafe der Obrigkeit am eigenen Leibe spüren.

Mit der Zeit lernten die Frauen, daß sie vom kostenlosen Gesundheitssystem keine Fürsorge erwarten konnten. Seit Ende der siebziger Jahre spielte es sich ein, dem Arzt oder der Ärztin wortlos einen größeren Schein in die Tasche zu stecken. Das hieß: „Geben Sie mir eine Spritze.“

Über Familienplanung aufzuklären war in der Sowjetunion bis Mitte der achtziger Jahre verpönt. Plänen war Staatsgeschäft. Das Land benötigte Arbeiter und Soldaten. Je mehr, desto besser. Frühe Eheschließungen waren deshalb zwar erwünscht, aber der Mangel an Wohnraum und Verhütungsmitteln reduzierte die Chancen auf privates Glück. Ehepaare, die mit Kind oder Großmutter in einem Zimmer lebten, mußten notgedrungen die Badewanne zweckentfremden – sofern vorhanden. Ehen wurden zum Alptraum. „Mit den Jahren begann ich zu erstarren, wenn mein Mann mich umarmte, ich dachte nur noch an die nächste Abtreibung“, sagt Sweta. Andere Frauen beschreiben es mit den gleichen Worten.

Rußlands Frauen um die fünfzig haben heute im Durchschnitt acht bis zehn Abtreibungen hinter sich – sofern sie nicht gleich nach dem ersten Abbruch unfruchtbar wurden. Doch so groß ihre Schmerzen waren, so selten berichten die Frauen von psychischen Krisen. Keine heimlichen Tränen, keine Trauer in den Wartefluren der überfüllten Abtreibungsbetriebe? „Ach was, das Ganze ist bloß ein Argernis“, sagen die meisten.

Je dreieinhalb Millionen ungewollter Schwangerschaften endeten 1991 und 1992 mit Abtreibungen. Rund zehn Prozent der Frauen waren noch keine zwanzig Jahre alt, über 3000 nicht einmal fünfzehn. Auf jede Geburt entfielen statistisch zweieinhalb Schwangerschaftsabbrüche.

Seit der Legalisierung im Jahre 1920 wurde die Abtreibung zur wichtigsten Methode der Geburtenregelung. Zwar ließ Stalin 1936 den Schwangerschaftsabbruch verbieten, doch 1955 – zwei Jahre nach dem Tod des Diktators – hob die Sowjetunion dieses Dekret wieder auf; nicht etwa im Namen der Freiheit, sondern aus Not. Die illegalen Abtreibungen hatten zu viele Todesopfer gefordert. Heu-

te sterben jährlich fast 300 Frauen an den Folgen des Eingriffs. Mehr als die Hälfte der Abtreibungen haben medizinische Komplikationen oder Gesundheitsschäden zur Folge.

„Wie die sexuelle Revolution, so haben auch die Entwicklung und Verbreitung von Verhütungsmitteln um die Sowjetunion einen großen Bogen gemacht“, sagt Irina Manulowa, Generaldirektorin der halbstaatlichen Beratungsorganisation „Familie und Gesundheit“. „Die Spitzenpolitiker des sowjetischen Gesundheitsministeriums entfalteten jahrzehntlang eine wirksame Propaganda gegen westliche Hormonpräparate. Noch heute glauben die meisten Frauen, daß sie von der Pille Krebs oder Thrombose bekommen. Die meisten Ärzte sind nicht viel aufgeklärter. Sie raten von den Hormonpräparaten ab, schicken die Frauen dafür aber zur Abtreibung.“

Im Chaos der russischen Wirtschaftskrise ist der weibliche Bauch zum Objekt von Geschäftemachern geworden. Über Wohl und Wehe der Frauen regiert das russische Gesundheitsministerium mit unsichtbarer Hand. Für alle erkennbar ist nur die ungewöhnlich lange „Fristenregelung“: Mit – nicht sonderlich strengen – medizinischen oder sozialen Indikationen sind Schwangerschaftsabbrüche bis zur 22. Woche völlig legal und bis zum sechsten Monat nicht selten. Daß vom schwanghaften Ost-West-Handel mit dem Fötalgewebe nicht zuletzt das unter chronischer Finanznot leidende Gesundheitswesen profitiert, ist inzwischen allgemein bekannt.

Der Schwangerschaftsabbruch selbst kostet, wenn er nicht medizinisch geboten erscheint, etwa 100.000 Rubel – den halben Monatslohn einer Moskauer Verkäuferin. Im Jahr drei Millionen Eingriffe, mal 100.000 – das ist eine sprudelnde Einnahmequelle. Die Konkurrenz der Abtreibungslobby, ebenfalls unter dem Dach der Gesundheitsbehörden, sind halbstaatliche Organisationen. Im Wettlauf mit amerikanischen und deutschen Anbietern sowie mit Familienchutzorganisationen kämpfen sie um den potentiell riesigen russischen Markt für Verhütungsmittel.

Mittlerweile gibt es in fast allen Apotheken der Großstädte eine bunte Auswahl an Antibabypillen: rezeptfrei und zu „Einführungspreisen“. Aber vorerst nur drei Prozent der Frauen nehmen die Hormonpräparate. Rund zwanzig Prozent benutzen Spiralen. Die Mehrheit verläßt sich auf den „Kalender“ oder auf Kondome. Ob die einheimische Produktion von Präservativen inzwischen auf Touren gekommen ist, darüber streiten sich die Zeitungen. Doch zumindest über die Qualität des Endprodukts herrscht die einhellige Meinung: „Mutierte Luftballons von schlapper Qualität“, so Wadim Pokrowskij, der Leiter des AIDS-Zentrums, jüngst in der Zeitung „Kommersant daily“. Nicht einmal die Packung könne man ohne eine Schere öffnen. Um eine systematische Aufklärung und Anleitung kümmerte sich keine Behörde.

Kondomautomaten sind eine Rarität. Und obwohl es heute keinen Wagemut mehr kostet, die Ware in der Apotheke zu verlangen, überlassen die meisten

Männer den Einkauf der „Luftballons“ noch immer den Frauen. Für 1993 präsentiert die offizielle Statistik einen erheblichen Rückgang der Abtreibungen. Möglicherweise sind die sogenannten Mini-Aborte, das Ab-saugen des Fötus in der sechsten bis achten Schwangerschaftswoche, nicht mitgezählt worden. Die wachsende Zahl privater Abtreibungskliniken deutet jedenfalls auf eine hohe Dunkelziffer hin.

Jelena Putschnikowa, eine Moskauer Gynäkologin mit langjähriger Erfahrung, meint allerdings auch, die russischen Frauen würden heute seltener schwanger. Durch die sozialen Umwälzungen der vergangenen Jahre seien sie im Übermaß gestrebt worden, was ihre Fruchtbarkeit reduziere. Zu den neuen Stressfaktoren gehören die Angst vor Arbeitslosigkeit und die Sorge um die Ausbildung der Kinder. In der sozialistischen Staatswirtschaft kosteten Kinderkleidung und Kindergarten, so dürftig sie auch waren, nur Kopfen. Heute muß alles teuer bezahlt werden. Für Millionen Menschen bedeuten mehr Jungen oder Mädchen den Sturz in die Armut. So können sich die meisten Familien inzwischen auch in der Provinz nur noch ein Kind leisten.

Der Geburtenrückgang setzte bereits 1988 ein, als das demographische Loch von Mitte der sechziger Jahre – eine Folge des Zweiten Weltkrieges – in Erscheinung trat. Von 1988 bis 1992 sind in der Russischen Föderation 2,4 Millionen Kinder weniger auf die Welt gekommen als in den vorangegangenen fünf Jahren. 1993 kamen auf 1.000 Einwohner 9,4 Geburten – gut halb so viele wie noch sieben Jahre zuvor. Aber schon seit 1965 reicht die Kinderzahl nicht aus, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten.

Einen Sterbeüberhang weist die russische Statistik erstmals für das Jahr 1992 aus – zwanzig Jahre nach der Bundesrepublik Deutschland. 1993 betrug der Bevölkerungsrückgang schon 750.000. Für 1994 erwarten Experten einen Sterbeüberschuß von rund 900.000. Zwar hat sich die Geburtenrate in der ersten Jahreshälfte leicht erhöht, doch noch stärker steigt die Sterberate: mit 14,5 Sterbefällen auf 1.000 Einwohner übertrifft Rußland die westlichen Industrieländer trotz ihrer höheren Anteile an Rentnern und Pensionären. Alexej Jabokow und Andrej Demin vom Stab des Sicherheitsrates beim Präsidenten machen dafür vor allem die katastrophalen ökologischen Bedingungen verantwortlich. Nach ihren Prognosen werden vierzig Prozent der heute Geborenen das sechzigste Lebensjahr nicht erreichen.

Altgenossen und Neonationalisten versuchen, die demographischen Daten publizistisch für sich auszunutzen. „Rußland stirbt aus, und zwar dank der Anstrengungen der Herren Demokraten von Gorbatschow bis Jelzin“ – so wettert gegen die Reformen zum Beispiel Boris Horew, Wirtschaftspräsident an der Staatlichen Lomonossow-Universität. Ein großer Teil der Presse heult mit. „Schwangerschaftsabbrüche und Seelenlosigkeit“ der westlichen Marktwirtschaft, so heißt es, ließen das Vaterland hinwegschumpfen.

Marla HUBER

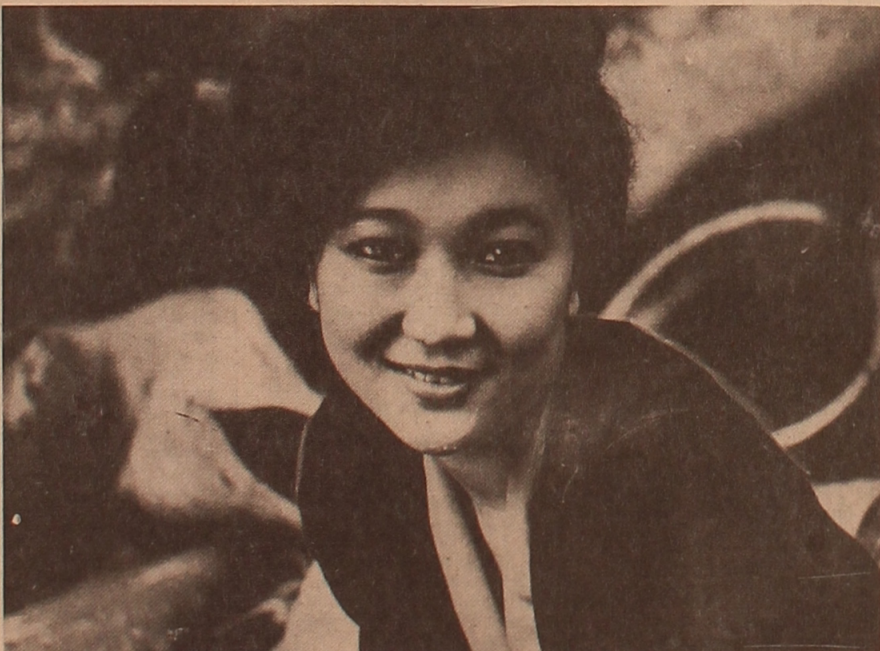


Foto: Wladimir Schurgajew

„Mami, ich war schon wieder tot“

Mysteriöse Krankheit eines englischen Mädchens. Immer wenn sie erschrickt, bleibt das Herz der kleinen Amy (5) stehen

Wenn Amy (5) durch Haus tobt oder mit ihren beiden Brüdern Stephen (7) und Michael (8) rangelt, hat Mariam Greenstedt (35) unendlich viel Angst. Es ist die Angst, Amy für immer zu verlieren. Denn: Das Mädchen leidet an einer mysteriösen Krankheit. Immer wieder bleibt Amy Herz stehen, setzt ihr Atem aus. Bis zu einer Minute lang. Sie wird dann kalkweiß, bekommt ganz blaue Lippen – und liegt vollkommen leblos da. Dann wacht sie wieder auf, kuschelt sich an ihre Mutter und sagt: „Mami, ich war wieder tot.“

Die Kleine aus dem englischen Städtchen Gillingham (Graf-

schaft Kent) war ein Jahr alt, als sie zum erstenmal so einen Anfall hatte. „Amy hauchte sich ein Spielzeug an die Stirn“, erzählt Mariam Greenstedt, „fling daraufhin laut an zu schreien – und hörte gar nicht mehr auf. So, als hätte sie vergessen zu atmen. Ich dachte: Das Kind stirbt.“

Anoxische Reflex-Anfälle nennen Ärzte dieses Phänomen. Sie treten bei akutem Sauerstoffmangel auf und sind ein Reflex auf den kleinsten „Schock“ – ein Schreck etwa, oder plötzliche Schmerzen.

Mehr als 30mal hat Mariam Greenstedt diesen Alptraum schon erleben müssen, ohne zu wissen,

was mit ihrem Kind los ist. Doch jedesmal, wenn sie den Notarzt rief, befand der: „Amys Herz ist völlig gesund.“

Wenn das Kind die Mutter tröstet...

Während die besorgte Mutter bereits einen Nervenzusammenbruch hinter sich hat – aus nackter Angst um ihre Tochter –, scheint Amy ihr „Problem“ gut zu verkräften. „Sie ist es, die mich hinterher immer tröstet“, erzählt Mariam. „Sie streichelt mein Gesicht und sagt: ‚Ich komme doch immer wieder zurück, Mami.‘“

Erst seit zwei Jahren weiß Mariam Greenstedt, woran Amy leidet. Eine TV-Sendung über ein Mädchen mit den gleichen Symptomen führte sie zu einem Neurologen in Schottland: Professor

J. B. Stephenson (59) vom „Royal Hospital for Sick Children“ (königliches Hospital für kranke Kinder).

Die bernsteinfarbenen Augen funkeln unternehmungslustig. Ein warmes Lächeln zieht den weichen Mund schwungvoll in die Breite. Die Haut schimmert weich und zart – das ist Sophia Loren.

Die andere hat ihre mausegrauen Haare achlos im Nacken zusammengebunden. Hunderte von Falten schlängeln sich durch ihr Gesicht. Der berühmte Schmolmlund ist zu einer scharfkantigen Sichel geworden. Sie sieht verhärmt aus und bitter. Und ihre verschränkten Arme sagen: Laßt mich in Ruhe! Das ist Brigitte Bardot.

Beide haben Geburtstag, Sophia am 28. September, Brigitte am 28. Beide sind Jahrgang 1934. Man kann es nicht glauben.

Die eine 60 und schön. Die andere 60 und häßlich.

Ist das Leben gerecht?

Natürlich sagen viele, wie toll sie BB mal fanden. „Wegen ihr trag ich keine Pelze mehr.“ „Das war mal meine Traumfrau!“ Doch dann folgt jedesmal das große Aber: „Die sieht heute so frustriert aus.“ „Die küßt doch nur noch Hunde.“ Die Männer lästern über Brigittes Falten. Die Frauen seufzen: „So wie Sophie möchte ich mit 60 auch aussehen.“

Ist das Leben gerecht? Hundertprozentig ja. Es hat seine Gaben absolut gerecht auf Sophia Loren und Brigitte Bardot verteilt – perfekte Schönheit für beide. Im Detail: schlankes Bein, runder Hintern, Westentaille, üppiger Busen, eine Haut wie Milch und Honig, glühvolle Augen, volle weiche Lippen, bei denen Männer an nichts anderes mehr denken können.

Noch eine Parallele: Beide traten, als sie 14, 15 waren, Männer, die sie in eine schwindelerregende Karriere drängten. Filmproduzent Carlo Ponti – reich, 21 Jahre älter, sehr mächtig – wurde der Förderer von Sophia Loren und später ihr Ehemann. Der andere: Roger Vadim, ein junger, energiegelager Filmemacher, den die Bardot mit 18 heiratete.

„BB muß sterben, damit Brigitte leben kann“

Der Erfolg fegte mit der Gewalt eines Tornados durch ihr Leben. Miß sie noch zu den Sternen, ließ sie als Nationalidolnummer am Filmnimmel stehen – verehrt, angebetet von der ganzen Welt.

Genau in diesem Augenblick passierte es: während Sophia Lorens Stern immer heller funkelte, verlor der Stern der Bardot plötzlich all sein Licht – und stürzte ab. Schwer verletzt verkröchte sie sich, um zu sterben.

Viermal wäre es fast soweit gewesen. Vier Selbstmordversuche, Tabletten, Kasterklingen, das Meer... Einmal findet sie der 13-jährige Nachbarsjunge. Sie kauft an einer Steinmauer. Die Arme um die Knie geklammert, blubäcne Illusen aus den Handgelenken die braunen Beine hin-ab. 45 Minuten war sie bewußlos. Noch ein paar Minuten länger, sagten die Ärzte damals, und es wäre zu spät gewesen.

Ein Zitat aus jener Zeit dokumentiert ihre Verzweiflung: „Ich bin eine Gejagte. Ich gehöre allen. BB muß sterben, damit Brigitte leben kann! Ich muß das Monster in mir töten.“ Fast hätte sie es getan.

Fast zur gleichen Zeit gibt Sophia Loren in Rom ein Interview. Kernsatz: „Mein Leben ist wie ein Märchen, ich habe unendlich viel mehr bekommen, als ich je erhofft hatte. Ich bin so dankbar.“

Zwei Frauen, zwei Schicksale, zwei Gesichter – darin die Linien des Lebens. Sie erzählen von Glück und Zufriedenheit – von viel Pech und Kampf.

Häßlich – darin steckt das Wort Haß. Was hat Brigitte Bardot so sehr gehaßt, daß es ihr diese Furchen ins Gesicht ziehen konnte?

Ihre Männer? Sie hat sie geliebt bis zur Selbstaufgabe. Bis sie nicht mehr wußte, wer sie war. Sex-Göttin oder Frau aus Fleisch und Blut.

Roger Vadim, ihr erster Mann (1952–1957), schuf den Mythos BB, um sich daran zu bezaubern: „Er beobachtete mich ständig, ganz gleich, was ich tat, ob ich fröhlich war, mich anzog, auszog – aber er tat es mit fremden Augen. Heute weiß ich, daß er gar nicht mich sah, sondern nur seinen Traum.“

Ihr zweiter Mann, Schauspieler Jacques Charrier (1959–1963), erlag ihrem Ruhm. Er schwängerte BB, obwohl sie kein Kind wollte. Die Hochzeit half seiner Karriere auf die Sprünge. 1960 Geburt von Sohn Nicolas, Januar 1963 Scheidung. Die von Erschöpfung (4 Filme in 12 Monaten) und Enttäuschung ausgebrannte Brigitte lehnte das Sor-

gerecht ab. „Wie kannst du erwarten, daß ich ein Kind großziehe, wenn ich selbst noch eine Mutter brauche?“

Juni 1966: Hochzeit mit Gunter Sachs. Reich wie sie, verwöhnt wie sie. Aber: „Nie war ich allein mit ihm.“ Keiner wollte ins Königreich des anderen ziehen. Nach dreieinhalb Jahren: Kuß und Schluß.

Währenddessen war Sophia Loren in Italien zur „Signora di gran classe“ avanciert: Es gab nur Carlo und das große Glück. Keine Skandale, keine Alkoholexzesse, keine wilden Partys. 1968 hatte Sophia gerade ihren ersten Sohn geboren – nach zwei Fehlgeburten und einer komplizierten Schwangerschaft (sie lag 5 Monate). Ganz Italien bangte mit ihr. Ihr Zimmer im Krankenhaus gleich einem Fernsehstudio. Überglücklich sagte sie in die Mikrofon: „Mutter zu werden ist die wahre Bestimmung einer Frau.“ Carlo Ponti hielt stolz ihre Hand. Nie hatte Sophia Loren schöner ausgesehen – und nie jünger.

Sie war jetzt 35. Ein starkes Alter für Frauen. Doch bei Brigitte Bardot begannen sich die Vorzeichen umzukehren. Sie war nicht mehr süß und naiv, sie war launisch und depressiv, man sah es ihr an.

Sie betäubte sich mit noch mehr Arbeit, noch mehr Männern – um immer wieder enttäuscht festzustellen: „Alle wollen nur mit mir ins Bett. Keiner interessiert sich wirklich für mich. Ob dich die ganze Welt liebt oder keine – es ist dasselbe.“ Sie begann zu begreifen, daß es der Ruhm war, der sie vergiftete. Sie zog die Notbremse.

Sophias Motto: „Eine Frau muß ignorieren können“

Im Juni 1974 erklärte Brigitte Bardot rigoros ihren Rückzug aus dem Filmgeschäft. Entweder – oder. Etwas anderes gab es nicht für sie. In ihrer Strandvilla „La Madrague“ in Saint-Tropez verbarrikadierte sie sich. Nur ihre Hunde, Katzen, Schafe durften noch bei ihr sein – „Tiere lügen und betrügen nicht.“

Im selben Jahr zieht eine strahlend schöne Sophia Loren die Bilanz ihres Lebens: „Ich bin die glücklichste Frau der Welt.“

Ihre Karriere lief wie am Schnürchen, einen „Oscar“ hatte sie auch schon. Carlo Ponti hing fest an der Angel („In diesem Dschungel brauchst du einen Beschützer, sonst gehst du unter“), und sie war Mutter von zwei gesunden Söhnen.

Aus dem armen, unehelich geborenen Mädchen aus dem Arbeiterviertel von Neapel, das nur ein einziges Paar Schuhe besessen hatte, war eine Prinzessin geworden. Zwar mit der Rücken- und dem Geld ihres Mannes, aber die Prinzessin war klug genug, ihr Glück gut abzusichern und niemals zu gefährden.

Ihr Lächeln sprach Bände. Ihre Schönheit schien mit jedem Tag intensiver zu werden. Ihr Talent, Problemen aus dem Weg zu gehen, hielt ihr Streßpotential denkbar klein. „Ein Frau muß ignorieren können.“ Erst bezog sie es nur auf Pontis Seitensprünge. Später nahm sie es auch für sich in Anspruch.

„Meine Weisheit geht den Tieren“

Als Fotos von ihr und dem Playboy Roberto Maldeira erschienen (beide am Strand, sie nur mit einem Badelaken bedeckt), sagte sie: „Ich kenne den Herrn gar nicht.“ Gleiches galt für den gutaussehenden Arzt Dr. Etienne-Emile Baulieu, mit dem sie eine mehrjährige Affäre gehabt haben soll. Nie ließ sie Zweifel an ihrer Loyalität Carlo Ponti gegenüber. „Es ist absolut unmöglich, daß ich mich in einen anderen Mann verliebe, solange Ponti noch lebt.“ Ihre Philosophie war das Sowohl-Als-auch. Und sie fuhr gut damit.

Da sie nicht kämpfen mußte, wuchsen ihr auch keine grauen Haare. Falten bekam sie nicht, „weil glatte Haut bei uns in der Familie liegt.“

Keltern Weltstar ist es so überzeugend gelungen, sein gutes Aussehen als Naturereignis darzustellen, wie Sophia Loren. Faltencremes? Liftings? Sie doch nicht! Viel Amore und Pastal Bastal und viel Schlaf. Abends um 21 Uhr geht sie ins Bett. Kein Witz. Freunde, die in ihrer Villa in Los Angeles (wegen etlicher Steuervergehen meldet Carlo Ponti Italien, außerdem studieren die beiden Söhne in L. A.) zu Besuch sind, bleiben

Is das RAS-Syndrom demnach ungefährlich? Der Experte meint ja, Allein in Großbritannien sind mehrere hundert Patienten davon betroffen. Das Syndrom tritt vor allem bei Mädchen zwischen einem und drei Jahren auf – und verschwindet später oft ganz.

Die Linien des Lebens oder: Wie gerecht ist das Leben?

BB schrieb Sophia einen bösen Brief

abends allein vor dem Fernseher sitzen.

Millionen Frauen in aller Welt verdanken Sophia Loren die wunderbare Zuversicht, daß sich das Alter betrügen läßt. Sie selbst lieferte jede Menge Philosophie dazu: „Steh morgens alle erste auf. Sei allein für eine Weile. Das bringt dich ins Gleichgewicht.“ Denn: „Wer mit sich in Frieden lebt, strahlt das auch aus.“ Wenn das nicht hilft: „Häng rote und goldene Lampen auf – es gibt kein schöneres Licht für ein Frauengesicht.“

Sophias Gesicht – absolut perfekt. Unglaublich. Die dunklen Augen funkeln unter exakt gestrichelten Augenbrauen. Die weichen vollen Lippen glänzen, millimetergenau umrandet, unter Lip gloss. Die Haut – ebenmäßige Bronze.

Brigitte Bardot dagegen scheint nur noch einen alten Kalfstift zu besitzen und einen Lippenstift in einem scheußlichen Brombeerrot. Immerhin, 18 Jahre lief sie wie ein Clodard rum: Kaufhauspullis, dreckige Jeans, Haare zottelig und grau. So rigoros hat noch nie ein Filmstar sein Image zerstört. Die totale optische Verweigerung u. g. „Die Schönheit liegt hinter mir. Und das ist gut so. Ich will kein Sexsymbol mehr sein. Es ist zwar nicht lustig, alt zu werden – aber so, wie ich heute lebe, spielt das keine Rolle. Wenn ich ohne Brille in den Spiegel schaue, sehe ich meine Falten nicht.“ Ein starker Satz. „Meine Schönheit und Jugend gab ich den Männern. Meine Weisheit und

Humor

E harmonisches Familienewe

„Im Radio, im Fernseher, in der Zeitung – überall heißt, daß e harmonisches Familienewe ein guter Einfluß auf die Erziehung der Kinder hat. Du Peter, zeigst aber überall den Strengheit und der Arjer, bei jeder Kleinigkeit, un nemscht kei Ricksicht uf unser Sohn.“

„Awer Dortje! Kann mer dann do gleitglichtig zukuke, was der Bengel alles orichte tut? Kuk'n doch emol richtig oh, wennr aus dr Schul haam kummt. Die Hoor verzaust, stawich, drekklich, schlappich, unakkurat, als wennr sich do wo uf dr Stroß romgewälzt hätt. Un wie ich do heilt bei ihm sel Tagebuch verlangt hun, do hetscht em sehe solle. Mit som Stolz un mit som gutmütlichem Gsicht hotrs mir nilegericht, als wennr ein Finfer drin stehe hätt, wo doch nume Dreier drin stehe!“

„Na gut, Peter, was bezweckst du awer mit deinem Schreie un Schimpfe? Sog emol Peter, awer ganz ufrichtich. Du worscht doch och emol en kleene Bub un hoscht doch och aus dr Schul Dreier haam gebrocht. Ich denk, du hoscht dodreier net gekroint wejen den Dreier. Bedenk dr mol so richtig, was mache schon so e poor Dreier un so e bisselje Stab uf sei Klader aus, im Vergleich mitm Weltalt?“

Ne, Peter, so kanns bei uns net welfter gehe, mir misse en Beschluß fassse mit Ricksicht uf unser klaner Sander. Um alle mögliche Ofälle von Arjer un Streit zu unedrücke un dem Kind e harmonische Umgewung zu schaffe.“

„Na gut! Wann du denkscht, daß des helft, do will ich selwer dr Ofang mache un will e gutes Vorbild form Sanderje sel“, saht mei Peter dann.

Gleich drnoch, am anre Tag kummt mei Peter von dr Arwelt haam, küßt mich do uf die Stern un saht lachend: „Stell dr vor, Dortje, mir hen heit unser Chalt bekomme. Ich wor awer gezwung, beino e Drittel drvon auszuwege. Bel uns uf dr Arwelt do isch doch so e Tradition. Wenn do wer von de Arwelt Geburtstog hot, do werd der Geburtstagt och zusamme mit die Arwelter gefelert, och e Geburtstogstogschenk, des kafe mir immer alle zusamme. Do heb ich och wie die anere mei Teil drzu gezoht. Ich hoff, du hoscht doch nicks drgeje.“

Ach du, ach du, hot des mer awer en Stoß grod ins Herz geve. Awer ich heb doch mit meim Peter abgemacht, e harmonisches Familienewe zu fibre. Na un do heb ich all mei Geduld zamemegnumme, un saht ganz ruhlig: „Ach, du denkscht do hie, Peter, warum soll ich do drweje dageje sin, was du machscht, is gut iwerlecht und recht. Setz dich do an de Tisch, do steht alles, nehme dr do vom Brate, do steht och die Zukost drzu. Awer ich wills dr gleich gesteh, daß dr Brate heit e bisselje obergrent is. Ich un Sanderje hans jo net gesse, mir hen uns do poor Eler mit Speck gebrote, awer ich denk, for dich werd'r Brate doch eßbar sin.“

Mei Peter hot sel Gsicht so verzoge un leicht gesuift, un hot awer doch ofange zu esse.

S wor do grod vorm Geburtstog, wie do mei Peter von dr Arwelt haam kom, do heb ich mei ehm und gleich an dr Hals gehengt un saht: „Ich heb for dich e freidje Iwerarschung. Welscht du, weil du doch e großer Teil von deinem Chalt ausgewe hoscht zum Geburtstogstogschenk, do heb ich bel Elektrogerat ins Kommissionsmagazin getroge un heb se ach gleich

verkauft. Stell dr vor, s hot sich do ach gleich en Käufer gfunde. Un heb mir drfor e schenees Kleid gekaft. Wenn mer uf Geburtstog gehe, zieh ichs ach gleich oh. Kuk emol, e hippsches Kleid, gelle? So e Kleid kann mer net immer krije.“

„Jol des wor von dir en reizender Efall, Dortje! Awer so was hätscht liewer net mache solle. Ich hätt nie m Lewe mei Gitar verkat.“ Sei Gsicht hot sich so verfarbt un all sei Muskele hen sich so verkrampft, daß ofange hot zu zittre.

„Was is mit dir, Peterje, du bischt jo so rot oglowe im Gesicht. Bischt du beleidicht oder is dr die Gitar so snood? Jetzt bischt mer gewiß bö, Peterje?“

„Ach was bö, bö! Nee, Dortje, so was konnt mer domols gschee, wo bel uns noch kei harmonisches Familienewe gernerst hot. Domols hen mer uns for jedi Konickheit gestritte, un des hot, uf die Erziehung uneres Sanderje n sclencten Einfluß gmacht. Heit is des doch ganz anerscht.“

„Natrlich, Liebschter! erscht jetzt hot unser Sanderje die richtigje Grundbedingungere e gesunde Entwicklung un Charakterfestigung. Do wo in unserem Haus kei Streit Platz hot.“

Korz druf sin mer wege unserm Sanderje in die Schul eigelode wore.

„Wir wissen uns mit Ihrem Sohn schon keinen Rat mehr“, saht dr verzweifelte Schuldirektor. „Alle Kollegen in unserer Schule haben festgestellt, daß sich im Charakter Ihres Sohnes ein gewisser Zynismus bemerkbar gemacht hat. Seine Frechheit und seine Strelche gehen manchmal so weit, daß er dem Lehrer gutmütig auf die Schulter klopf und sagt: ‚Stellen Sie sich vor, diese dumme Gans, die Gesanglehrerin, hat Angst vor einer toten Maus, die ich ihr in die Tasche steckte.‘“

Na, da sieht mers doch, daß der Jung s net bö gemeint hot. S is jo ach klar, wo er doch ihre harmonische Familie lebt, wo kei Streit un Zank im Haus herrscht. „Ich weiß net, wenn unser Sanderje net gsund un kulturell erzoge werd, dann weiß ich net. Der Jung geht jede Tog ins Kino un wenn was Gscheltes gezeigt werd, so was wie von Liebe odr en Dedektivfilm, so was kuckt er sich och zwomol am Tog oh. Na un ufm Sportplatz in der frische Luft is doch des Kind jede Tog nochm Schulunterricht. Der arme Bub hot manchmol kaum Zeit, die Hausaufgabe zu mache, do muß dann ott der Peter, sel Vater, zugreife un mithilfe. Dr Kopp hotr drzu, der versteht net schlechter wie die Schullehrer.“

„Liebe Frau Schneider, Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß sich ihr Sohn kulturell entwickelt, weil er ins Kino geht und in der frischen Luft Fußball spielt. Ihr Sohn braucht außerdem strenges Tagesregime und stranges Disziplin, wo er sich nicht auf die Eltern verlassen kann, die ihm die Schulaufgaben machen, sondern er muß selbst seine Hausarbeit machen.“

Mei Peter, der die ganze Zeit still zugehorcht hot, guckt mich do uf emol ganz streng un dodrbe docht mit som traureim Blick oh un saht: „Unser Sohn, Dortje, isn großer Taugenichts trotz all unserm harmonischen Familienewe. Jetz soll imer noch emol wer was vormache, daß e harmonisches Familienewe ein guter Einfluß uf die Kinder ausiwe tut: dem will ichs dann awer sagel!“

Emilia SPULING

Hilfe für Flüchtlinge und ihre Heimatländer

I. Das Flüchtlingsproblem und seine Ausgangslage

Die Flüchtlingsprobleme auf der Welt nehmen immer beunruhigendere Ausmaße an. Mindestens 100 Millionen Menschen befinden sich derzeit auf der Flucht. Sie suchen in anderen Ländern Sicherheit und neue Lebensperspektiven. Ihre Zahl wird weiter steigen. Die Gründe: kriegerische Auseinandersetzungen, Naturkatastrophen und das Wohlstandsgefälle sowohl der Entwicklungsländer untereinander als auch insbesondere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Das Internationale Rote Kreuz schätzt, daß um die Jahrtausendwende weltweit eine halbe Milliarde Menschen auf der Flucht sein wird.

Welches sind die Ursachen dieses Elends? Kriege und Bürgerkriege, von Menschen oder durch Naturkatastrophen zerstörte Umwelt, Armut, Unterdrückung sowie die Hoffnung auf bessere Lebensperspektiven im Ausland sind die wesentlichen Gründe.

Wie kann man die Flüchtlingsströme eindämmen? Ergänzend zur Flüchtlingskonzeption der Bundesrepublik Deutschland von 1990 hat jetzt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein neues Konzept ausgearbeitet, das drei Ziele hat:

1. Flucht- und Migrationsursachen in den Herkunftsländern zu vermindern;
2. Fluchtfolgen in den aufnehmenden Entwicklungsländern zu entschärfen;
3. Die Rückkehr und Wiedereingliederung von Flüchtlingen und Migranten in ihr Heimatland zu unterstützen.

Bei allen Hilfeüberlegungen ist der Unterschied zwischen Flüchtlingen und Migranten zu beachten, denn ihre „Wander-Motive“ sind unterschiedlich und damit auch ihre Bedürfnisse. Flüchtlinge sind Menschen, die ihr Leben retten wollen, die unfreiwillig aufgrund gewaltsamer Ereignisse wie Krieg, Bürgerkrieg, Verfolgung, Dürre, Überschwemmung ihr Land aus einer Zwangslage heraus verlassen. Hierzu gehören auch diejenigen Flüchtlinge, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in ihrer Heimat verfolgt werden und deshalb über die Landesgrenzen fliehen.

Migranten verlassen ihre Heimat aufgrund eigener Entscheidung wegen unbefriedigender Lebensbedingungen in der Hoffnung auf bessere Einkommensmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven im Ausland. Im Gegensatz zu Flüchtlingen können Migranten jederzeit ohne rechtliche Probleme in ihr Heimatland zurückkehren. Der Migrationsprozeß beginnt in vielen Fällen schon im Heimatland selbst mit der Wanderung aus ländlichen Gebieten in die Städte (Landflucht). Grenz überschreitende Migration in besorgter Nachbarländer ist die nächste Stufe; manchmal folgt die Abwanderung in Industrieländer.

II. Wie sich Flüchtlingsbewegungen auf die Entwicklung auswirken

Flüchtlingsströme haben breite und vielschichtige Auswirkungen: für die Menschen selbst, für die Heimatländer und für die Aufnahmeländer.

Die Flüchtlinge werden gewaltam entzweit, sie verlieren

ihre Existenz. Mit ihrer Flucht über die Grenze verursachen sie im Aufnahmeland häufig große, oft kaum zu bewältigende Probleme der Ernährung, Unterbringung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung. In einer von Krieg, Verfolgung oder Dürre heimgesuchten Region gibt es erhebliche Entwicklungsrückschläge nicht nur durch Zerstörung, sondern auch durch Verfall infolge der Flucht der Bewohner.

Selbst wenn die Ursachen überwunden sind, ist die Wiederaufbau durch die Abwesenheit der geflohenen Bewohner behindert, gleichzeitig deren Rückkehr durch zerstörte Straßen, Brunnen, Brücken, Felder, Angst vor politischer Verfolgung spielt ebenfalls eine Rolle. Rückkehr und Wiedereingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen sind daher wichtig für den Wiederaufbau von kritischen und katastrophenzersetzenden Gebieten, wie die Beispiele von Vietnam, Mosambik, Äthiopien, Eritrea, Nicaragua u.a. zeigen. Die zeitweilige zwangsweise Entwertung einer möglicherweise noch immer instabile politische Lage erfordern spezielle Hilfsmaßnahmen für diese Menschen.

III. Wie sich Migration auf die Entwicklung auswirkt

Migration wird dann zu einem Problem für Entwicklung, wenn — aus dem Herkunftsland auf Dauer unternehmerische Fachkräfte abwandern, — in den Aufnahmeländern (seien es Entwicklung- oder Industrieländer) der Arbeitsmarkt überlastet wird, sich soziale Konflikte durch sprachliche, religiöse, kulturelle und ethnische Unterschiede zur lokalen Bevölkerung häufen sowie als Folge von Zuwanderungsbeschränkungen Migranten zunehmend illegal einwandern und

wenn Migration den Herkunftsländern als geeignetes Ventil erscheint, um ihren Arbeitskräfteüberschuß loszuwerden — statt im Lande für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Migranten bieten einerseits ihrem Heimatland Vorteile: Ist es dem Migranten gelungen, in einem Land ein Auskommen zu finden, so wird er in der Regel seine zurückgebliebene Familie unterstützen. Diese Geldüberweisungen übertreffen mit weltweit jährlich ca. 70 Milliarden US-Dollars die öffentliche Entwicklungshilfe von 55 Milliarden US-Dollars. Sie sind für einige Länder die wichtigste Devisenquelle.

Dies kann aber auch Nachteile haben; es kann die politische Bereitschaft der Regierungen der Heimatländer mindern, Entwicklungsmaßnahmen zur Dämpfung der eigentlichen Migrationsursachen energisch zu ergreifen. Ein weiterer Nachteil der Migration ist der Verlust an „Humankapital“: Meist sind es die jüngeren, risikofreudigen und besser ausgebildeten einer Gesellschaft, die ihre Heimat verlassen, wenn sich keine Aussichten auf bessere Lebensbedingungen bieten.

Die Auswanderung von guten Fachkräften schwächt das Entwicklungspotential eines Landes (Brain-drain). Den investierten Ausbildungskosten steht kein Nutzen gegenüber. Die Internationale Organisation für Migration IOM schätzt die durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Kosten, die

den Entwicklungsländern durch abgewanderte Fachkräfte entstehen, auf 60 000 US-Dollars pro Person.

IV. Ziele und Strategien des deutschen Konzepts

Oberziel des deutschen Flüchtlingskonzepts im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ist es, gemeinsam mit den betroffenen Ländern und in enger Koordination mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern (Organisation der Vereinten Nationen und der Europäischen Union) die Ursachen und negativen Folgen von Flucht und Migration zu vermeiden und zu entschärfen.

Drei Ziele sind angestrebt:

1. Ziel: Verminderung von Flucht- und Migrationsursachen in den Herkunftsländern
2. Ziel: Entschärfung von Fluchtfolgen in den aufnehmenden Entwicklungsländern
3. Ziel: Rückkehr und Wiedereingliederung

Jede Maßnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel, die Hauptursachen der Abwanderung zu beseitigen, also Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern, Milderung der Armut, bessere Bildungschancen und eine lebenswerte Umwelt, dient gleichzeitig auch dazu, Flucht- und Migrationsursachen zu vermindern.

Zur Verminderung von Fluchtursachen bedarf es der Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen. Das kann erreicht werden durch Maßnahmen zum Abbau innerer Spannungen, nämlich zur besseren Einhaltung der Menschenrechte, zur Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen sowie durch die Schaffung von demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Strukturen. Dies wird bei Entwicklungshilfezusagen an die betreffenden Länder berücksichtigt werden.

Der Verminderung von Fluchtursachen dienen z. B. auch der Aufbau und die Förderung von Frühwarnsystemen vor Gefahren durch drohende Naturkatastrophen und gewaltsame Auseinandersetzungen, der Aufbau und die Förderung von Katastrophenschutzinstitutionen, Ernährungssicherung in dürrgefährdeten Gebieten sowie Wiederaufforstung und Erosionsschutz.

Die Verminderung von Migrationsursachen zielt in erster Linie darauf ab, die wirtschaftlichen und sozialen Situationen der Menschen zu verbessern. Das kann erreicht werden durch — Existenzgründungs-, Berufsbildungs- und Beschäftigungsprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Ankurbelung von Wirtschaftskreisläufen in Gebieten mit starker Abwanderung, — ländliche Regionalentwicklung zur Verminderung der Landflucht, — Wohnungsbau und Slumsnierung in urbanen Ballungsgebieten, — Basisgesundheitsversorgung, bevölkerungspolitische Maßnahmen, — Verbesserung der Trinkwasserversorgung.

2. Ziel: Entschärfung von Fluchtfolgen in den aufnehmenden Entwicklungsländern

In akuten Notlagen von Kriegen und Katastrophen dient die humanitäre Hilfe der schnellen Lebensrettung und Betreuung der Flüchtlinge. Seit jeher sind in solchen Situationen der Flüchtlings-Hochkommissar der Vereinten Nationen UNHCR, das In-

ternationale Rote Kreuz, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen engagiert. Da geht es um Fragen wie: Welche Hilfsgüter und welches Personal werden gebraucht? Wie werden die Mittel beschafft, transportiert und verteilt?

Sobald das Überleben der Menschen gesichert ist, muß jede Hilfe längerfristig angelegt sein. Ist die Phase der akuten Not (emergency) beendet, so kann die Entwicklungsarbeit mit kurz- bis mittelfristigen Rehabilitationsmaßnahmen (relief), die unter größtmöglicher Eigenverantwortung der Betroffenen durchgeführt werden, die humanitäre Hilfe sinnvoll ergänzen und gleichzeitig den Grundstein für eine dauerhafte Entwicklung legen.

Die jeweilige Strategie und die Auswahl der Maßnahmen hängen davon ab, ob und in welcher Frist eine Rückkehr ins Heimatland möglich ist. Ziel sollte immer die Vorbereitung auf die Rückkehr bleiben. Manchmal dauert das Jahre. Das bedeutet für das Zielland hohe steigende Preise. Die Einheimischen fühlen sich von den Flüchtlingen bedrängt.

Bei Programmen und Projekten in den Zielländern sollte beachtet werden, daß es nicht zu Reibereien mit der lokalen Bevölkerung kommt. Die Flüchtlinge werden von den Einheimischen eher akzeptiert, wenn Hilfsprogramme beiden Gruppen zugute kommen, z. B. Aus- und Fortbildung, Unterstützung von Selbsthilfeeinrichtungen, einkommensschaffende Maßnahmen, Kleinkreditprogramme, Ressourcenschutz und Gesundheit.

Die Eigeninitiative von Flüchtlingen muß gestärkt und nicht durch kostenlose Verteilung von Hilfsgütern und Leistungen in Lagern untergraben werden. Zunächst ist zu prüfen, welche Möglichkeiten die Flüchtlinge aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen sowie der rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen im Aufnahmeland haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Dabei haben sich Kleingewerbeförderung, Kredite, die Unterstützung von landwirtschaftlichen Aktivitäten, Aus- und Fortbildungsprogramme (Food for work/Cash for work) als wirkungsvoll erwiesen, um die Abhängigkeit von Hilfsleistungen zu verringern.

Nach Wegfall der Fluchtgründe (Krieg, Dürre, Diktatur) werden positive Anreize zur Rückkehr in die Heimat (Repatriierung) Vorrang vor Unterstützung im Zielland haben. Ist die Rückkehr längere Zeit nicht möglich, muß die schwierige soziale und ökonomische Integration im Zielland gefördert werden.

Diese Verknüpfung von Not- und Soforthilfe mit Entwicklungszusammenarbeit ist wichtig. Denn was nützt es, einige Wochen lang Tausende Tonnen Lebensmittel zu verteilen und sich dann wieder zurückzuziehen, ohne den Menschen Mittel und Wege gezeigt zu haben, sich überwindend selbst zu versorgen?

3. Ziel: Rückkehr und Wiedereingliederung

Die Auswahl der Maßnahmen ist abhängig von der wirtschaftlichen Situation des Herkunftslandes. Ist diese relativ stabil, so bieten sich in erster Linie finan-

zielle Starthilfen für die Rückkehrer an.

In vielen Fällen geht die Rückkehr jedoch einher mit dem Wiederaufbau eines vom Krieg zerstörten Landes. Maßnahmen der Rehabilitation sollten hier eng rückkehrenden Flüchtlinge, der mit der Wiedereingliederung der innerhalb des Landes Vertriebenen und auch der Ex-Soldaten verknüpft werden. Der Wiederaufbau setzt die Rückkehr des aktiven Teils der Flüchtlinge voraus und das bedingt gleichzeitig, daß Wohnraum, Arbeitsplätze und eine angemessene Infrastruktur (Wasserversorgung, Straßen, Schulen u.a.) geschaffen werden. Die Bauern und Bäuerinnen müssen Starthilfen in Form von Saatgut und Zugtieren erhalten.

Rückkehrprogramme tragen zur Entwicklung des Landes bei, wenn

- die materiellen Lebensgrundlagen der Rückkehrer gesichert sind,
- ein Leben in Freiheit und Würde möglich ist,
- die Rückkehr freiwillig erfolgt und
- die Programme in größtmöglicher Eigenverantwortung durchgeführt werden, nämlich durch lokale Kräfte, möglichst mit Beteiligung von Rückkehrern sowie koordiniert mit bestehenden und geplanten Projekten.

In der Bundesrepublik Deutschland leben viele ausländische Fachkräfte und Flüchtlinge. Ihre Kenntnisse und Fähigkeiten können einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung ihrer Heimatländer leisten. Sie sind in der Regel durch die Kombination von heimischer und deutscher Ausbildung für entwicklungspolitische Aufgaben in ihrem Heimatland qualifiziert, da sie mit den politischen und soziokulturellen Bedingungen ihres Heimatlandes vertraut sind und deutsche Arbeitsweisen mit denen ihres Heimatlandes in Einklang bringen können. Seit vielen Jahren bemüht sich die Bundesregierung, diese Fachkräfte bei der freiwilligen Rückkehr in ihre Heimatländer zu unterstützen.

Für ihre berufliche Eingliederung gibt es viele Hilfen, u.a. materielle Sicherung für eine Übergangszeit nach Rückkehr (Einarbeitungszuschüsse und Zuschüsse zur Ausstattung von Arbeitsplätzen), finanzielle Hilfen bei der Existenzgründung, diversen Kreditfonds. Außerdem werden Rückkehrer nach Möglichkeit in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt.

Solche Rückkehrprogramme gibt es zwischen Deutschland und der Türkei, Kroatien und Slowenien, Chile, Eritrea und Vietnam. In Vietnam sind von Rückkehrern aus Deutschland mit deutscher Hilfe allein im Jahre 1993 über 500 Unternehmen mit 6 000 Arbeitsplätzen gegründet worden.

V. Zielgruppen und -Regionen

Zielgruppen der deutschen Unterstützung sind insbesondere Flüchtlinge aus akuten Krisengebieten, erwerbslose Jugendliche und junge Erwachsene sowie Frauen.

Um die Wirkung der Maßnahmen zu erhöhen, wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sich bei der Flüchtlingspolitik im Rahmen der Ent-

wicklungszusammenarbeit auf Regionen konzentrieren.

— in denen der Umfang der Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen sowohl in den Herkunftsländern als auch in den Aufnahmeländern zu erheblichen Problemen führt

— aus denen ein anhaltender Zustrom an Zuwanderern in Richtung Westeuropa, insbesondere Deutschland, zu erwarten ist und

— die besonders anfällig für Umwelt- und Naturkatastrophen sind.

Dies gilt derzeit vornehmlich für Südosteuropa, den Maghreb, Afghanistan/Pakistan und das Horn von Afrika, wo schwerpunktmäßig Maßnahmen zugunsten von Flüchtlingen durchgeführt werden. Allerdings dient auch in anderen Regionen die Entwicklungszusammenarbeit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen und somit der Vermeidung von Fluchtursachen.

VI. Beispiel Mosambik: Von der Nothilfe zum Aufbau

Mosambik in Afrika ist einer der Brennpunkte von Flüchtlingshilfe der internationalen Gemeinschaft. 16 Jahre Bürgerkrieg und Dürreperioden haben 1,5 Millionen Menschen in entfernte Inlandsgebiete und in die Nachbarländer vertrieben. Nach dem Friedensabkommen vom Oktober 1992 entstand für die rund 500 000 Flüchtlinge in den Lagern des Baixa-Korridors allmählich berechtigte Hoffnung auf Rückkehr. Das Leben in Mosambik ist wieder sicherer und die Voraussetzungen für Ackerbau und Viehzucht sind günstiger geworden.

Seit Juni 1993 bringt die größte Rückführungsaktion in der Geschichte der Vereinten Nationen Zehntausende in die verlassenen Regionen zurück. Nahrungsmittel sind dort knapp, die kommunalen Verwaltungsstrukturen aufgelöst. Auch in der Sofala-Provinz hatten die Rückkehrer einen harten Neubeginn. Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) bemüht sich im Auftrag der deutschen Bundesregierung, den zunächst 20 000 zurückkehrenden Familien den Start zu erleichtern.

Insgesamt werden 100 000 Menschen in der Sofala-Provinz, Rückkehrer und Ansässige, von dem Programm erreicht. Der Ausgangspunkt des Konzepts ist die Beteiligung der Betroffenen selbst. Mit der Verteilung von Nahrungsmitteln während der Repatriierungsphase wurde die akute Notsituation zunächst überbrückt. Bereits mit der ersten Ernte, für die Saatgut, Pflanzenschutzmittel und Arbeitsgeräte bereitgestellt wurden, sollen die Menschen wieder zu ihrem Lebensrhythmus zurück finden. Wohnhäuser, Werkstätten, Schulen, Straßen, Brunnen und Gesundheitsposten bauen die Ex-Flüchtlinge und die Daheimgebliebenen selbst wieder auf. Gleichzeitig werden kommunale Verwaltungsstellen eingerichtet und Fachkräfte darin geschult, das Wiederaufbau-Programm eigenständig fortzuführen.

Dies ist ein Beispiel, wie die deutsche Flüchtlingshilfe-Konzeption in der Praxis durchgeführt wird.

(INTER NATIONES)

Der Exodus der Juden aus Odessa hält an

SCHWARZMEERHAFEN
ODESSA FEIERT 200.
GEBURTSTAG

In der ukrainischen Hafenstadt Odessa am Schwarzen Meer fanden die Feiern zum 200. Jahrestag der Stadtgründung statt. Dazu hatten Kriegsschiffe aus sechs Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres sowie aus der Partnerstadt Odessas, Marseille, den Hafen besucht. Frankreich trug auch mehrere Kunstausstellungen zu dem Jubiläum bei.

Der ukrainische Ministerpräsident Witali Maslow unterstrich in einem Glückwunsch an die Stadt vor allem die Bedeutung des Hafens für das frühere Zarenreich und die Sowjetunion, berichtete die Regierungszentrale „Urjadovo Kurjer“. Odessa wurde 1794 auf Befehl der russischen Zarin Katharina II., der Großen, gegründet.

In der Schwarzmeerhafenstadt Odessa, dem einstigen Zentrum jüdischer Kultur in Rußland, gibt es nur noch zwei halbe Synagogen. „Vor zwei Jahren ist unsere Synagoge nach einer Gebetsversammlung eingestürzt“, erzählt Semjon Gontmacher, Vorsteher einer der Gemeinden, inmitten der Trümmer. Nur eine Wand mit dem Balkon für die Frauen blieb stehen. Notdürftig haben sich die Gläubigen einen Gebetsraum in einem Flügel des Gebäudes eingerichtet.

Die jungen Leute der Gemeinde zogen nach dem Unglück aus und bauen jetzt eine alte Lagerhalle zur neuen Synagoge um. Dort wird gemauert und gehämmert, doch auch dieses Gotteshaus zählt nur halb. „Woher wollen sie die zehn erwachsenen Männer nehmen, wie es für das Gebet vorgeschrieben ist?“, fragt sich Gontmacher.

Der 63jährige wird seiner Rumpfgemeinde nicht mehr lange vorstehen. „Ich warte mit meiner Familie auf die Ausreise nach Deutschland“, sagt er. Der Exodus der Juden aus Odessa dauert an. Zuerst die deutsch-rumänische Besetzung im Zweiten Weltkrieg, dann der sowjetische Antisemitismus und zuletzt die ukrainische Wirtschaftskrise haben sie aus der Stadt vertrieben. Vor 1917 war jeder Dritte der 400 000 Einwohnern Odessas Jude. Heute leben in der Stadt mit 1,1 Millionen Bürgern nur noch 40 000 Juden.

In der Zarenzeit durften Juden nur am Rande des Russischen Reiches wohnen. Viele zogen in die aufblühende, junge Hafenstadt am Schwarzen Meer — reiche Kaufleute, Künstler, Wissenschaftler, aber auch das jüdische Proletariat. Über die Bindjuschki, die jüdischen Fuhrleute im Hafen, kursieren in Odessa bis heute zahllose Anekdoten.

In der weltoffenen Stadt verschmolzen jüdische und russische Kultur wie nirgendwo sonst. Die sowjetische Literatur wäre undenkbar ohne Schriftsteller jüdischer Herkunft wie Isaac Babel, Wera Inber oder die Humoristen Ilf und Petrow. Aus Odessa kam eine ganze Schule weltberühmter sowjetischer Gelehrter mit David und Igor Olstrach an der Spitze. Doch von dieser Kulturbühne sind nur noch Reste erhalten. „Eigentlich stammen wir alle aus gemischten Familien“, erinnert sich der 59jährige Architekt Jewgeni Olejnik. „In der Schule hat niemand gefragt, welcher Nationalität wir sind.“ Man war eben Odessa, wie die Bürger der toleranteren Stadt sich stolz nennen.

JUDEN MUSSTEN DOPPELT SO GUT SEIN

Doch der versteckte sowjetische Antisemitismus wirkte auch dort. „Wer sich als Jude im Beruf durchsetzen wollte, mußte einfach doppelt so gut sein“, sagt Olejnik. Sein Entwurf einer Fußgängerzone in Odessa wurde zu Breschnjews Zeit als „jüdisches Projekt“ abgelehnt. Er selbst floh aus dem Architektentorband.

Olejnik sieht sich wie die meisten Odessiten jüdischer Herkunft als Kosmopolit, als Europäer. Für sein jüngstes Projekt mußte er sich erst wieder mit Hebräisch und dem jüdischen Ritus vertraut machen. Zu den 200-Jahrfeiern der Stadt in den ersten September-Tagen soll ein von ihm gestalteter Gedenkstein für etwa 250 000 Juden aus Odessa und Moldawien enthüllt werden. Sie wurden 1941 auf deutschen Befehl von rumänischen Besatzungssoldaten und ukrainischen Hilfswilligen verschleppt und umgebracht.

Eigentlich wollte er das Denkmal mit glatten Flächen konstruieren. „Doch jetzt habe ich schweren Granit genommen und die Inschriften sehr tief graviert lassen. Das kann man weder wegräumen noch beschmieren“, sagt der Architekt.

Wegen der großen Tradition spielt die jüdische Bevölkerung in Odessa auch heute noch eine wichtigere Rolle als in anderen Städten der ehemaligen Sowjetunion. Der Geschäftsmann Eduard Gurwitz wurde sogar zum Bürgermeister gewählt. Die Odessiten in der Emigration, vor allem in Israel und in den USA, sorgen dafür, daß Geld in die Stadt kommt. „Ist Odessa ein Vorort von Haifa oder Haifa ein Vorort von Odessa?“ wird in der Stadt getwiltelt.

Zur Ausreise der Juden geben es zwei Einstellungen, sagt der junge Maler Alexander Rottbard. „Früher hieß es: Macht Euch bloß davon! Heute sagen sie: Ihr habt es gut!“ Doch für ihn selbst kommt Auswandern nicht in Frage. Und auch Olejnik will nicht weg. „Ich hasse diese Stadt, aber ich liebe sie über alles“.

(dpa)

Wie ein Strahl der Herrlichkeit Gottes in unserer dunklen Welt

Liebe Freunde, Brüder und Schwestern! Von Herrlichkeit ist in diesem Bibelwort die Rede. Die weltlich-nächtlichen Herrlichkeiten sind ja schnell vorbei. Was aber wird bleiben? Unter den vielen Farbdias in meinem Archiv ist auch eine Aufnahme einer orthodoxen Kirche in Moskau. Viele große Kerzen beleuchten den Raum, durch die bunten Glasfenster dringt der helle Sonnenschein und die berühmte Ikonenwand glänzt golden. Alle Leute, denen ich dieses Bild zeige, brechen in ein erstauntes „Aaahh“ aus. Aber ich kann nur Glanz vorführen, nicht etwa Herrlichkeit. Zwar möchte die orthodoxe Kirche durch diese glänzenden, goldenen Bilderwände eine Vorausschau von der himmlischen Herrlichkeit dem Betrachter oder dem Beten vermitteln, aber Herrlichkeit zu schauen, das wird wohl so einfach nicht möglich sein.

Wer in der gleichen Situation ist oder war. Ich denke z. B. an die Freude über eine eigene Bibel. Wir haben dies miterlebt bei den deutschen Gemeinden in Kasachstan und in Sibirien. Da war das Glück ganz groß, da war die Freude kaum zu bremsen. Eine eigene Bibel bedeutet für viele eine Gebetserhöhung nach langen Jahren des Fliehens und W. Daß es da einem als ein Geschenk des Himmels vorkommt, das mögen wir vielleicht nur erahnen. In der Zusammenarbeit mit den Deutschen im Osten und den Aussiedlern, die von dort zu uns gekommen sind, habe ich einmal einen ganz besonderen Eindruck von Freude und Gewißheit erhalten. Das war wie ein Strahl der Herrlichkeit Gottes in unserer dunklen Welt. Ich möchte Ihnen, lieber Leser, diese Begebenheit kurz erzählen. Vielleicht gewinnen Sie auch den Eindruck von unsagbarer Herrlichkeit Gottes für uns Menschen.

Im persönlichen Gespräch erzählte mir Edgar, so möchte ich diesen Mann nun einmal nennen, um zu verschweigen, wie er wirklich heißt, folgendes: Als Junge war er immer etwas schwächlicher als andere in seinem Alter. Sein Vater war in der harten Bewährungszeit unter Stalin eines Tages von den Beamten des Geheimdienstes abgeholt worden. Niemand wußte warum und niemand sagte, wohin sie ihn brachten. Er kam nie mehr nach Hause. Nun mußte sich die Mutter mit den beiden Buben allein durchschlagen. Sie bekam zwar möglichst viel Hilfe von Nachbarn und Verwandten, ganz besonders aber von den

Glaubensgeschwistern aus der Gemeinde, zu der sie gehörten, aber das war reichlich wenig, denn keiner hatte viel mehr, als er eben selbst unbedingt brauchte. Eines Tages wurde er von Mitarbeitern des KGB angesprochen. Man versprach ihm, stark und muskulös zu werden, wenn er ihnen einen Gefallen täte. Er brauchte ihnen nur zu sagen, wo sich die Gemeinde trifft, wer die Leiter sind, wann und wer getauft wird und ob man Kinder- und Jugendversammlungen durchführt. Edgar ließ sich darauf ein und gab Namen und Treffpunkt preis. Aber er wurde keineswegs stärker und männlicher, was sich denken läßt. Als er in seiner Naivität das endlich selbst feststellte, war er schon fest verstrickt in dieses verräterische Tun. Gerne hätte er sich wieder abgewandt, aber inzwischen hatte er auch noch Geld angenommen und somit war er als Judas gekauft worden. In späteren Jahren konnte er seine Ausreise in die Bundesrepublik erreichen. Er hat geheiratet und eine Familie gegründet, aber froh ist er nicht mehr geworden. Niemand durfte erfahren, was für ein Verräter er war, seine Frau nicht, seine Kinder nicht und niemand in der Gemeinde.

In diesem Jahr erreichte ihn das Evangelium von der Rettung durch Jesus Christus. Der Ruf Gottes erfaßte ihn so persönlich und direkt, daß er unbedingt diesen einen Schritt zu Jesus hin machen wollte, obwohl er sich völlig unwürdig fühlte. Aber was für uns ist nicht auch unwürdig und der Gnade Gottes bedürftig. Er erzählte, wie er durch mehrere Versuche, seinem

Leben selbst ein Ende zu setzen, ganz in die Verzweiflung hineingeriet. Das, was er brauchte, hatte er verraten. Und was er verraten hatte, das suchte er sein Leben lang und konnte es nicht finden. Bis an einem Tag ihm die Gnade Gottes und die Vergebung durch Jesus Christus faßbar nahekam. In tiefer Beugung und Buße bat er Gott im Gebet um Vergebung und Erlösung. So durfte Edgar die „Herrlichkeit des eingeborenen Sohnes vom Vater“ erfahren, „voller Gnade und Wahrheit“, wie es in Johannes Kapitel 1 heißt.

Als Seelsorger durfte ich ihm im Namen Jesu die Vergebung seiner großen Schuld zusprechen. Sie hätten diese Freude sehen sollen. Er konnte es selbst kaum fassen. Und ich konnte mich mit ihm freuen und ihm bezeugen, daß keine Schuld so groß ist und kein Mensch zu alt, um diese Gnade zu fassen. Es ist nie zu spät und niemand ist ausgeschlossen von dieser Gnade Gottes.

Für Edgar war dies der entscheidende Schritt zum Glauben. So kann jeder Mensch ein Stückchen aus der Fülle Gottes erleben. So setzt zum Beispiel das ein, was Johannes über die Jünger Jesu allgemein aussagte: „Wir haben genommen aus seiner Fülle Gnade und Wahrheit.“ Wir haben genommen aus seiner Herrlichkeit, eine Herrlichkeit vom Vater, voller Gnade und Wahrheit.“

Lieber Leser, ich wünsche Ihnen etwas von der Freude und Herrlichkeit, die von dem Jesuskind in der Krippe ausgeht. Ich wünsche Ihnen, wenn Sie am Altjahrsabend ins Neue Jahr hinübergehen, daß die Herrlichkeit Gottes mit Ihnen geht. Ich wünsche Ihnen, daß sie an jedem neuen Tag ihres Lebens ein Stück aus der Fülle seiner Herrlichkeit erfahren dürfen.

Volker E. SAILER
Pfr. in Großbottlingen

Kurz gemeldet

IW: 1993 LEBTEN 6,9
MILLIONEN AUSLANDER
IN DEUTSCHLAND

Rund 6,9 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit haben nach Angaben des Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) 1993 in Deutschland gelebt. Das seien 380 000 mehr gewesen als im Vorjahr, teilte das IW in Köln mit. Der Anstieg gehe vor allem auf eine wachsende Zahl von Bürgern aus Kriegsgebieten zurück. So sei die Zahl der Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien um fast 200 000 gestiegen. Die größte Gruppe unter den Ausländern bilden laut IW nach wie vor die Türken (1,9 Millionen), gefolgt von Menschen aus Ex-Jugoslawien (1,2 Millionen) und Italien (0,6 Millionen).

AMNESTY KRITISIERT
BEHANDLUNG VON
FLÜCHTLINGEN
IN THAILAND

Die Behörden von Thailand gehen nach einem Bericht von amnesty international (ai) verächtlich gegen Asylbewerber vor, nachdem das Land über Jahrzehnte Hunderttausende von Flüchtlingen aufgenommen hat. Seit einem Jahr müßten Flüchtlinge vor allem aus Birma mit längerer Haft, Geldbußen und Abschiebung in ihre Heimat rechnen, heißt es in einem Bericht der Organisation.

„Es ist eine Schande, daß Asylsuchende in Thailand, die oft unter Lebensgefahr aus ihrer Heimat geflohen sind, nicht anders behandelt werden als Wanderarbeiter ohne Arbeitslaubnis oder Touristen mit abgelaufenem „Visum“, erklärte ai. Zuletzt seien mehrere hunderte Flüchtlinge aus Birma in ein Lager an der Grenze gebracht habe, das zum Teil

auf dem Territorium Birmas liege. Birmanische Soldaten hätten dort laut ai einige der Flüchtlinge gefangenengenommen und 2 000 weitere wieder in die Flucht getrieben.

Bis zur Änderung der Politik gegenüber Zuflüchtenden im Jahre 1993 hat Thailand nach Darstellung von ai hauptsächlich Menschen aus Kambodscha, Laos, Birma und Vietnam aufgenommen, die vor Krieg und Unterdrückung geflohen waren.

UNO-GESANDETE: WELT
UNTERNIMMT
ZU WENIG FÜR DIE
FLÜCHTLINGE

Nach Ansicht der Gesandten des UNO-Hochkommissars für Flüchtlinge, Barbara Henrings, unternimmt die Weltgemeinschaft zu wenig für ruandische Flüchtlinge, die noch immer im Elend außerhalb ihres Heimatlandes leben. Henrings hatte mehrere Tage bei Ruandern verbracht, die unter schlimmen Bedingungen in Ngara (Tansania) — dem größten Flüchtlingslager der Welt — leben.

Nach ihrer Rückkehr am Samstag in Nairobi (Kenia) sagte sie, die Situation der 450 000 Flüchtlinge werde wahrscheinlich noch weiter verschärfen, wenn die Regenzeit beginne. Viele hätten keine Plastiktücher zum Zudecken. Der Regen spüle ihre Extremitäten in die Flüsse, der Wassernachschub würde verseucht, und es käme dann zu Epidemien, sagte Henrings. Die Lage bleibe für ruandische Flüchtlinge weiterhin kritisch in Zaire, Uganda und Burundi.

Sicherheit in einer veränderten Welt

„Partnerschaft für den Frieden“ von Vancouver bis Wladiwostok

SICHERHEITSFRAGEN NACH ENDE DES OST-WEST-KONFLIKTS

Selt Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West hat sich die Welt dynamisch verändert. Neue Kräfte und neue Umfelder finden sich in einem Umfeld schwer berechenbarer politischer und wirtschaftlicher Konstellationen. Bisher unbekannte Herausforderungen sind zu bewältigen. Zugleich sind uralte ethnische und religiöse Konflikte, durch die Blockbildung nach dem Zweiten Weltkrieg nur vorübergehend verdeckt, wieder aufgebrochen. Neue Formen kooperativer Sicherheitspolitik scheinen der Zukunft zu meistern. Dabei steht auch die Bundeswehr in Deutschland vor neuen Aufgaben. Die Bundesregierung will sich dieser Herausforderung stellen.

Die Nordatlantische Allianz, das bewährte Bündnis des Westens, hat bereits reagiert. Mit dem Angebot einer „Partnerschaft für den Frieden“ an alle Staaten im Bereich des ehemaligen Warschauer Pakts und alle früher neutralen oder nichtgebundenen Staaten in Europa, hat sie bei ihrem Gipfeltreffen am 10./11. Januar 1994 in Brüssel die Weichen für eine neuartige Sicherheitspolitik gestellt. Sie selbst ist bereit, ihr — ohne die eigene operative Wirksamkeit zu beschränken — als zentrales Stabilitätselement zu dienen.

Damit wurde ein evolutionärer Prozess eingeleitet, der Teilnehmern dieser Partnerschaft auch die künftige Vollmitgliedschaft in der NATO möglich machen soll. Die NATO bleibt dabei ein zentrales Element der Stabilität, ohne die eigene operative Wirksamkeit zu beschränken.

Die „Partnerschaft für den Frieden“ ist eine erste Antwort an jene kleineren Staaten Ost- und Mitteleuropas, die aus Sorge um ihre künftige Sicherheit am liebsten schon jetzt der NATO als Vollmitglieder beitreten würden. Die NATO-Partner haben Verständnis für solche Wünsche, aber sie sehen auch die Gefahr einer Ausgrenzung Rußlands und einer neuen sicherheitspolitischen Teilung Europas, die sie unter allen Umständen vermeiden wollen.

EIN FLEXIBLES MODELL

Das Partnerschaftsmodell ist zwar keine Garantie für die Sicherheit der Teilnehmer und auch nicht für deren spätere Aufnahme in die NATO. Aber es ist ein wichtiger Schritt in dieser Richtung. Immerhin sind schon jetzt für den Fall einer direkten Bedrohung von Partnerstaaten ausdrücklich förmliche Konsultationen vorgesehen.

Zur Mitwirkung haben die 16 NATO-Staaten alle übrigen Mitglieder des 1992 gegründeten Nordatlantischen Kooperationsrats (NAKR) — das sind alle Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sowie deren frühere Verbündete im östlichen Mitteleuropa oder deren Nachfolgestaaten — und alle übrigen Teilnehmer der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) aufgefordert, die keinem der Bündnisse angehört haben. Zusammen sind das zur Zeit 37 Staaten.

Die Partnerschaft wird die politische und militärische Zusammenarbeit in ganz Europa erweitern und intensivieren. Stabilität festigen, Bedrohungen des Friedens verringern und gestärkte Beziehungen aufbauen — durch die Förderung des Gedankens der praktischen Kooperation und das Eintreten für demokratische Grundsätze, die unser Bündnis bestimmen“, heißt es im Einladungsdokument. Besonders bemerkenswert ist die große Flexibilität dieses Modells. Jeder Teilnehmer kann selbst den Umfang seiner Beiträge bestimmen.

Der Beitritt erfolgt durch die Unterzeichnung des Rahmendokuments. Mit ihr verpflichtet sich der Partnerstaat, die Transparenz seiner Verteidigungsplanung und der Militärausgaben zu fördern, die demokratische Kontrolle über seine Streitkräfte zu gewährleisten, die Fähigkeit aufrechtzuerhalten, an Einsätzen unter der Autorität der UN und der KSZE mitzuwirken und zur Entwicklung kooperativer militärischer Beziehungen beizutragen, die auf die Dauer auch gemeinsame Operationen mit den NATO-Streitkräften ermöglichen sollen.

Jeder Partner unterrichtet die NATO über die Ressourcen und die Schritte, die er zu den gemeinsamen Aktivitäten und Zielen beitragen will. Auf dieser Grundlage kommt es sodann zu individuellen Vereinbarungen der Partnerstaaten mit der NATO. Sie sollen diesen den Aufbau einer auf ihre jeweiligen Möglichkeiten und Bedürfnisse zugeschnittenen praktischen Arbeitsbeziehung ermöglichen. Dies kann sich auf gemeinsame Maßnahmen zur Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Europa über Aktionen zur Wahrung des Friedens bis hin zur Zusammenarbeit bei humanitärer Hilfe erstrecken.

Die Friedenspartner können Mitarbeiter zum NATO-Hauptquartier in Brüssel und zu einem im belgischen Mons eingerichteten Koordinierungszentrum entsenden. Für die laufenden Aktivitäten der „Partnerschaft für den Frieden“ wurde ein besonderer Lenkungsausschuss ein-

richtet. Gemeinsame Übungen, multinationale Ausbildung, informationspolitische Diskussionen mit der Allianz sollen im Zentrum der praktischen Zusammenarbeit stehen.

So können die Friedenspartner einerseits konkrete Erfahrungen mit den regulären operativen Verfahren der Allianz und einer fortlaufenden Kooperation sammeln und andererseits das Ausmaß ihrer Bereitschaft und ihrer Fähigkeit demonstrieren, den Anforderungen einer Vollmitgliedschaft in der NATO zu entsprechen.

Bis Ende Mai 1994 hatten 20 Staaten das Rahmendokument unterzeichnet. Im einzelnen sind dies Rumänien, Litauen, Polen, Estland, Ungarn, die Ukraine, die Slowakei, Bulgarien, Lettland, Albanien, die Tschechische Republik, Moldawien, Georgien, Turkmenistan, Aserbaidschan, Slowenien, Kasachstan, Kirgistan sowie — als erste der traditionell neutralen Staaten — Finnland und Schweden. Neben zahlreichen weiteren Staaten will auch Rußland unterzeichnen, wie auch russische Verteidigungsminister Gratschow auf dem Treffen der NATO-Verteidigungsminister mit Kooperationspartnern im Mai 1994 in Brüssel erklärte. Zugleich hat Moskau jedoch für die mit der Partnerschaft verbundene Zusammenarbeit besondere Wünsche angemeldet, die seiner Größe und Bedeutung Rechnung tragen sollen.

BAUSTEIN EINER AUMFASSENDEN FRIEDENSORDNUNG

Für die Bonner Außenpolitik ist die Friedenspartnerschaft eine bedeutsame Ergänzung anderer, schon existierender Bausteine einer künftigen europäischen Sicherheitsstruktur, die alle Bereiche in der gegenwärtigen Lage wichtige Funktionen erfüllen und sich eines Tages zu einem umfassenden System kollektiver Sicherheit zusammenfügen sollen, betont Außenminister Klaus Kinkel. Zu ihnen zählen eine Reihe von Organisationen und Institutionen, aber auch wichtige Verträge über Abrüstung, Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung, die — wie das „Open Skies“-Abkommen über ein gemeinsames Luftüberwachungsregime — das große Ziel in Teilbereichen schon vorwegnehmen.

Wesentliche Grundlagen für ein solches System hat die KSZE geschaffen, die einzige Organisation, die schon jetzt alle Staaten des Westens und des Ostens zwischen Vancouver und Wladiwostok unter einem gemeinsamen Dach verbindet. Ihre Regeln und Prinzipien, ihre Ziele und die Vereinbarungen über die dafür erforderlichen Institutionen sind in der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahre 1975, der Pariser KSZE-Charta von 1990 und den Beschlüssen des Gipfeltreffens enthalten, das im Juli 1992 in der finnischen Hauptstadt Helsinki stattfand.

Von richtungweisender Bedeutung war besonders der Beschluß dieses Gipfels, der die KSZE zu einer „Regionalen Vereinbarung“ im Sinne des Art. VIII der UN-Charta erklärte und ihr damit eine eigene friedenswährende Rolle zuerkannte. Nach der Überwindung der europäischen Teilung wurden damit — neben der Verwirklichung der vertraglichen Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik — Konfliktprävention und Krisenmanagement zu ihren wichtigsten Aufgaben. Da sie nicht über eigene militärische Mittel verfügt, muß sie selbst sich dabei im wesentlichen auf vorwegende Diplomatie sowie Beobachtungs-, Schlichtungs- und Vermittlungsaufgaben beschränken.

Mit friedenserhaltenden Maßnahmen, die den Einsatz von Blauhelmvorhaben erfordern, kann sie jedoch nach diesem Beschluß — jeweils in Abstimmung mit den Vereinten Nationen — insbesondere die NATO und die Westeuropäische Union (WEU), das künftige Sicherheitsinstrument der Europäischen Union, beauftragen.

Das atlantische Bündnis selbst hat — parallel zur prinzipiellen Öffnung nach Osten — eine umfassende Reorganisation eingeleitet, die es befähigen soll, seiner neuartigen Friedensaufgabe zu entsprechen. KSZE und Vereinte Nationen sollen sich zunehmend auf die Fähigkeiten der NATO abstützen können. Sie arbeitet deshalb daran, ihre Strukturen so flexibel und mobil zu gestalten, daß sie — die entsprechenden politischen Entscheidungen immer vorausgesetzt — jeweils rasch und wirksam auf die vielfältigen Anforderungen der europäischen und internationalen Friedenssicherung reagieren kann.

NATO — WEU

Mit der WEU hat die NATO zudem in diesem Frühjahr eine klare Arbeitsteilung vereinbart, die Überschneidungen und Doppelaktivitäten dieser beiden Organisationen vermeiden soll. Die jeweilige Zuständigkeit wird von Fall zu Fall zwischen ihnen vereinbart und jede von ihnen kann auf die Mittel der anderen zurückgreifen. Auch die WEU, bisher ein Zusammenschluß von neun Staaten der Europäischen Union mit mehreren assoziierten (Türkei, Norwegen, Island) oder als Beobachter (Griechenland, Dänemark, Irland) teilnehmenden

Partnern, hat sich nach Osten geöffnet.

Sie hat zunächst ein eigenes Konsultativforum eingerichtet, in dem auch die neun mittelost-europäischen Länder vertreten sind. Und sie hat als zweiten Schritt kürzlich diesen Ländern den Status „assoziierter Partner“ zuerkannt, die an ihren Beratungen und an humanitären, friedensschaffenden Einsätzen bis hin zu Kampfaufträgen im Rahmen der Krisenbewältigung teilnehmen können.

Die künftige europäische Sicherheitsordnung scheint sich damit vor allem auf zwei Ebenen zu entwickeln. Gestützt auf NATO und WEU, gewährleistet der Nordatlantische Kooperationsrat (NAKR) mit seinen Arbeitsprogrammen eine intensive und weitgespannte Zusammenarbeit der Mitglieder auf militärischem Gebiet, Aktivitäten, die durch die „Partnerschaft für den Frieden“ noch wesentlich erweitert wurden.

Für die politischen Fragen hingegen ist die KSZE mit ihren regelmäßigen Konferenzen und ihren ständigen Institutionen zuständig; vor allem dem Rat der Außenminister, dem Generalsekretariat, dem Ausschuss der Hohen Beamten als Lenkungsgremium und dem Wiener Forum für Sicherheitskooperation, das für die Fortsetzung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik sowie die vorwegende Friedenspolitik verantwortlich ist.

Außerdem verfügt sie mit ihrem Hohen Kommissar für Minderheitenfragen, ihrem Büro für demokratische Institutionen und ihren Streitlichtungsverfahren inzwischen über wichtige Instrumente der Krisenvorbereitung und -bewältigung, die zwar für den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien zu spät kamen, aber sich seither in anderen Streitfällen teilweise schon bewährt haben.

Deutschland und die Niederlande haben angeregt, auch ihren bisherigen Handlungsspielraum, u.a. gegenüber den Vereinten Nationen, noch zu erweitern. Im Herbst 1994 wird sich der nächste der alle zwei Jahre tagenden KSZE-Gipfel mit diesem und anderen Vorschlägen befassen, das Regelwerk und jene Instrumente der Organisation weiter zu festigen und auszubauen. Dann soll auch ein für alle KSZE-Staaten verbindlicher sicherheitspolitischer Verhaltenskodex verabschiedet werden.

Im Idealfall entsteht auf diese Weise ein kooperatives Sicherheitssystem gleichberechtigter Staaten, in dem sich die KSZE als Instrument der politischen Zusammenarbeit und Konfliktvorbereitung mit der NATO und dem auf den gleichen Rahmen erweiterten NORDATLANTISCHEN KOOPERATIONSRAT als Sicherheitsgaranten verbindet.

DIE ROLLE DER RUSSISCHEN REPUBLIK

Entscheidend für den Erfolg wird aber vor allem die Mitwirkung Rußlands sein. Ähnlich wie Bonn betrachtet Moskau die „Friedenspartnerschaft“ in einem engen Zusammenhang mit der gesamten europäischen KSZE-Struktur. In ihr sieht sich die russische Republik nicht als Juniorpartner wie im Verhältnis zu den anderen westlichen Institutionen. Die KSZE bietet ihr zudem die größten Möglichkeiten, ihre Interessen als großes Land regional und international wahrzunehmen. Dazu gehört auch die friedliche Bewältigung des neuen Problems russischer Minderheiten von 25 Millionen Menschen in den jetzt unabhängigen Nachbarrepubliken, dem von Rußland sogenannten „nahen Ausland“.

Rußlands Streben nach einer besonderen Rolle in der KSZE, Friedenserhaltung ist nicht zuletzt aus diesem Grund verständlich. Schon jetzt sind russische Streitkräfte an friedenserhaltenden GUS-Maßnahmen in Tadschikistan, Moldawien und Südossetien (Georgien) beteiligt. Moskau wünscht sich jedoch für solche Aktivitäten einen klaren Auftrag der KSZE und zugleich deren finanzielle Unterstützung. Der Westen ist geneigt, auf diese Wünsche einzugehen, zumal sich weder die NATO noch die UN für Konflikte im GUS-Bereich zuständig fühlen oder gar Truppen entsenden wollen.

Der Auftrag des KSZE-Rats, für solche Fälle die Voraussetzungen einer Kooperation der KSZE mit „Drittstreitkräften“ zu schaffen, ist jedoch bisher am Widerstand vor allem der baltischen Staaten gescheitert, die den Mißbrauch einer solchen Rolle befürchten. Bonn aber unterstützt jenes Vorhaben. Friedenserhaltende Maßnahmen unter russischem oder GUS-Kommando sollen freilich an strikte Auflagen gebunden, von der KSZE überwacht und von ihr flankierend begleitet werden.

Die Bundesregierung glaubt, auf diese Weise werde man am sichersten auch den von manchen Nachbarn Rußlands befürchteten hegemonialen Bestrebungen in der russischen Politik begegnen. Der Balkankrieg lehre, es sei, für künftige Fälle gerade in den östlichen Umbruchländern vorzuziehen, die Eindämmung von Konfliktrisiken zu ver-

stärken. Wer aber Rußland ausgrenzen versuche oder seine Einbindung als Bevormundung verstehe, fördere geradezu jene neopermalen Bestrebungen, die er fürchte.

Zudem hat Rußlands Außenpolitik gerade in der letzten Zeit überzeugende Beispiele geliefert, wie entscheidend ihre Mitwirkung zur Bewältigung internationaler Krisen beitragen kann. Die Behandlung des Bosnien-Konflikts in den letzten Monaten kann geradezu als Lehrstück gelten, wie kooperative Sicherheit in Europa zu gestalten ist. Das Zusammenwirken von Europäern, Amerikanern und Russen folgte hier dem gleichen Prinzip, das auch zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes führte: dem Prinzip des Zusammenwirkens von sicherheitspolitischer Entschlossenheit und der gemeinsamen Suche nach tragfähigen politischen Lösungen. Es ist das bewährte Grundprinzip der KSZE, Rußland auszugrenzen, ließe auch dem Friedenswerk der KSZE den Todesstoß zu versetzen.

DER DEUTSCHE BEITRAG

Deutschland hat sich deshalb stets konsequent für eine gleichberechtigte „strategische Partnerschaft“ Rußlands und des Westens in der künftigen Sicherheitsordnung eingesetzt. Bilateral ergibt sich eine enge militärische Zusammenarbeit zunächst aus der Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Abzug des Personals der ehemals sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, das sich einschließlich der Familienangehörigen auf weit über 500 000 Personen belief. Nach nur zwei Jahren und nahezu reibungslosem Verlauf wird er am 31. August 1994 mit der feierlichen Verabschiedung der letzten Einheiten durch Staatspräsident Boris Jelzin und Bundeskanzler Helmut Kohl in Berlin sogar vorzeitig abgeschlossen.

Auch bei der Verwirklichung der Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, bei der Umsetzung der NAKR-Konzepte sowie in der täglichen Praxis hat sich auf allen militärischen Ebenen ein beispielhaftes Kooperationsverhältnis entwickelt. Es ist Teil der grundlegenden Neuorientierung, mit der sich die deutsche Bundeswehr auf die veränderten Bedingungen der Ära nach dem „Kalten Krieg“ einstellen muß. Sie muß dabei drei Aufgaben gerecht werden:

— In der gegenwärtigen schwierigen Übergangsphase und im Blick auf sicherheitspolitische Unwägbarkeiten muß sie auf die Wahrung der nationalen Verteidigungsfähigkeit innerhalb der bisherigen Allianzen bedacht sein. Denn militärische Risiken sind auch weiterhin vor allem in den Folgen des Zerfalls der früheren Sowjetunion verbunden, deren Streitkräftepotentiale zunehmend für die Absicherung der Souveränität der einzelnen Nachfolgestaaten Verwendung finden. Der Verteilungskampf um Flottenanteile und die Riesenbestände nuklearer oder konventioneller Rüstungsmaterialien bleibt vermutlich noch auf längere Zeit eine Quelle politisch-militärischer Instabilität.

— Sie muß in der Lage sein, zugleich den Erfordernissen einer künftigen kooperativen Sicherheitspolitik in Europa zu entsprechen. Das bedingt insbesondere ihre Fähigkeit, der NATO, der WEU sowie einer künftigen Verteidigungsidentität der Europäischen Union Kräfte für militärische Aktivitäten — insbesondere zugunsten des internationalen Krisenmanagements, auch im Rahmen der Vereinten Nationen und der KSZE — zur Verfügung zu stellen.

— Und sie muß die Fähigkeit besitzen, an friedenserhaltenden, friedenssichernden und anderen Maßnahmen der Vereinten Nationen, seien sie humanitärer oder militärischer Art, im Rahmen ihrer globalen Friedens- und Sicherheitspolitik auch außerhalb des Bereichs von NATO und WEU mitzuwirken.

Zwar ist die Gefahr eines großen Krieges gebannt. Doch die Häufigkeit regionaler Konflikte als Folge ungelöster Grenzprobleme, ethnischer und religiöser Spannungen, wirtschaftlicher Unterentwicklung, Oberwindung, beschleunigten Bevölkerungswachstums, sich verschärfender Umweltprobleme und eines kaum gebremsten Transfers von Rüstungstechnologie hat eher zugenommen. Diesen Gefahren zu begegnen, setzt einen neuen, weitgespannten Sicherheitsbegriff voraus, der präventive Diplomatie, wirtschaftliche Hilfe und ökologische Konzepte in gleicher Weise berücksichtigen muß.

Auf militärische Instrumente als äußerstes Mittel kann aber auch diese neue Sicherheitspolitik nicht verzichten. Die Staaten-gemeinschaft erwartet deshalb, daß auch das verneigte Deutschland dazu ohne Einschränkung seinen Beitrag leistet. Solche Einschränkungen gibt es zur Zeit noch aus verfassungsrechtlichen Gründen. Diese haben ihren Ursprung in der besonderen Lage Deutschlands während seiner Teilung. Ihre Klärung durch ein entsprechendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird noch im Laufe des Sommers 1994 erwartet.

Davon gehen auch die Pläne für Neudefinition und Neustrukturierung der Bundeswehr aus, deren Umfang durch den Deutschland-Vertrag von 1991 auf 370 000 Soldaten begrenzt wurde, Umfang, Ausrüstung und Ausbildung sollen in Zukunft, ausgehend von den veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen, zum einen auf die Sicherheitsinteressen von NATO und WEU in Zentraleuropa, zum anderen auf die Mitwirkung im Rahmen kollektiver Strukturen und kooperativer ad hoc-Einsätze ausgerichtet werden.

Um den beiden unterschiedlichen Aufgaben entsprechen zu können, ist eine Gliederung der Bundeswehr in mobilmachungsabhängige Hauptverteilungskräfte und präsenz Krisenreaktionskräfte vorgesehen. Erstere stellen den Kernbeitrag für die Verteidigungsfähigkeit des europäischen Zentrums. Sie dienen auch als Fundament für den deutschen Anteil am Aufbau multinationaler Verbände im NATO und WEU-Rahmen. Für die Krisenreaktion, also für UN- oder KSZE-Missionen friedenssichernder oder humanitärer Art, soll ein relativ geringer Teil in ständiger Bereitschaft gehalten werden. Spezialeinheiten wurden für Inspektions- und Verifikationsaufgaben im Rahmen der Abrüstungspolitik gebildet.

Grundsätzlich gilt, daß Deutschland militärisch nie allein, sondern immer nur im politischen Einklang mit seinen Verbündeten handeln wird. Im wesentlichen wird es sich auch künftig um eine Wehrpflichtarmee handeln. Doch es wird eine Armee sein, die keinen historischen Vergleich kennt. Sie soll zwar notfalls der Verteidigung des eigenen Landes dienen, aber vor allem zur Verbesserung der internationalen Sicherheit im Rahmen kooperativer Strukturen beitragen.

„OFFENER HIMMEL“ SETZT MASSSTÄBE

Ein gutes Beispiel, wie solche Strukturen aussehen könnten, liefert das Open-Skies-Abkommen: ein revolutionärer Vertrag der NATO mit den Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts, der erste Maßstab für einen ganz Nordamerika, Europa und Eurasien überspannenden Sicherheitsverbund gesetzt hat. Sein Ziel ist eine großräumige, gegenseitige Luftüberwachung. Er wurde 1992 unterzeichnet. Das Inkrafttreten wird — nach vollendetem Ratifizierungsverfahren — spätestens 1995 erwartet.

Die ausgedehnte Luftbeobachtung soll die Bodeninspektionen anderer Rüstungskontroll-Verträge wirkungsvoll ergänzen. Doch neben der Verifikation von Abrüstungsverpflichtungen soll sie auch der Überwachung militärischer Aktivitäten, der Lageberichterstattung in Krisensituationen, der Umweltbeobachtung und anderen Zwecken dienen. Nach dem Inkrafttreten wird der Beitritt auch allen anderen KSZE-Mitgliedern sowie, unter bestimmten Voraussetzungen, weitere Staaten wie China und Japan offen stehen.

Der Vertrag sieht wechselseitige, der Zahl nach genau festgelegte Inspektionsflüge mit modernsten Beobachtungsmitteln vor, bei denen auch Spezialflugzeuge der inspeziierten Länder zum Einsatz kommen. Bei zahlreichen Test-Beobachtungsflügen wurden bereits wichtige Erfahrungen für die praktische Anwendung gesammelt. So führte Deutschland mit Rußland und den USA jeweils zwei erfolgreiche Übungsflüge durch — je einen über deutschem und russischem bzw. amerikanischem Gebiet. Auch andere Länder üben. Die Westeuropäische Union (WEU) bereitet sich, ebenfalls mit Testflügen, auf den beabsichtigten Einsatz gemeinsamer Mittel ihrer Mitglieder und dritter Staaten vor, um die national verfügbaren Inspektionsquoten zu bündeln.

Andere Staaten entwickeln gemeinsam ein hochmodernes, kompaktes Sensorpaket, das, in ein Metallgehäuse installiert, einfach an die Beobachtungsflugzeuge angehängt werden kann. Eine in Wien eingerichtete Beratungskommission „Offener Himmel“ (OSCC für Open Skies Consultative Commission) regelt inzwischen technische Einzelheiten der Kostenermittlung und -aufteilung bei Beobachtungsflügen, entscheidet über den Einsatz moderner Kamera- und Sensortechnologie und entwickelt ein standardisiertes Berichtswesen, das die Beobachtungsergebnisse allen Teilnehmern zugänglich macht.

Mit diesem Vertrag haben sich die ehemals verfeindeten Blöcke ein erstes wirksames Instrument geschaffen, in dem sich ihr neues, kooperatives Sicherheitsverständnis konkretisiert. Seine stabilisierende, vertrauensbildende und friedenssichernde Bedeutung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Aber er ist doch nur ein erster Schritt zur Verwirklichung des umfassenden sicherheitspolitischen Netzwerks der Zukunft, der großen Friedensordnung, zu der auch die „Partnerschaft für den Frieden“ beitragen soll.

(INTER NATIONS)

Das besiegte Deutschland als Agrarland:

Der Morgenthau-Plan

Spätestens nach der erfolgreichen Landung der alliierten Streitkräfte im Juni und der Befreiung von Paris im August 1944 war den verantwortlichen Politikern in Washington und London klar, daß Deutschland in absehbarer Zeit besiegt sein würde. Die Frage, was mit dem Feind nach der Kapitulation zu geschehen habe, gewann immer mehr an Interesse. Vom 11. bis 19. September 1944 trafen sich daher der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill im kanadischen Quebec zu Unterredungen und unterschrieben einen Plan, der einen harten „Straffrieden“ für den nationalsozialistischen Aggressor vorsah. Das Programm war im Auftrag des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau erarbeitet und von ihm selbst abschließend noch einmal verschärft worden. Hauptziel des sogenannten Morgenthau-Planes war es, Deutschland daran zu hindern, einen dritten Weltkrieg zu beginnen.

Zu diesem Zweck sah der Plan neben der völligen Entmilitarisierung und der politischen Umerziehung der deutschen Bevölkerung sowie großen Gebietsabtretungen und einer Aufteilung in zwei Bereiche im Norden und Süden auch die Demontage von Industrieanlagen und die Schließung der Ruhr-Bergwerke vor. Maschinen und Technik sollten als erster Teil gewaltiger Reparationsleistungen in die Siegerstaaten abtransportiert werden. Deutschland sollte keine Wirtschaft mehr bekommen, militärisch und politisch wieder stark und damit gefährlich zu werden.

Wirtschaftliche Argumente beeindrucken Churchill

Morgenthau war von Roosevelt nach Quebec beordert worden, wo er auch Churchill von der Notwendigkeit eines „Straffriedens“ für die besiegte Nazi-Diktatur und ihre folgelsamen Untertanen überzeugen sollte. Roosevelt, dem das Programm schon Anfang September vorgelegen hatte, versprach sich von einem harten Kurs nicht nur eine völlige Unschädlichmachung der totalitären Strukturen in Deutschland. Man hätte außerdem das Reparationsproblem gegenüber der von Deutschland am schwersten geschädigten Sowjetunion in Angriff nehmen und die amerikanischen Truppen relativ schnell aus Europa abziehen können.

Lage der Indianer immer schlechter

Die Lebensbedingungen von Brasiliens Ureinwohnern werden immer schlechter. Ein Bericht des katholischen Indianermissionsrates (CIMI) und der Nationalen Bischofskonferenz (CNBB) bietet ein erschütterndes Bild über die Verfolgung der Indianer und die Zunahme der Krankheiten unter den rund 250 000 Ureinwohnern. Hauptgrund für die Gewalt sei der zunehmende Druck der Weißen auf den Lebensraum der Indios, um neues Land für Viehwirtschaft, Ackerbau und Goldsuche zu erschließen.

Nach dem Bericht müssen heute 7 500 Indios als Arbeitskräfte unterdrückt, eine Form der Unterdrückung, die in Brasilien in den letzten 100 Jahren als nahezu verschwunden galt. Die Morde an Indios seien von 13 Opfern im Jahr 1990 auf 43 im letzten Jahr um über 230 Pro-

zent dramatisch gestiegen. Aus Verzweiflung über ihre Situation seien im letzten Jahr 39 Indios in den Freitod gegangen.

Auch die Zunahme der Krankheiten sei eine Folge des wachsenden Drucks der Weißen. So seien 1993 über 31 000 Malariafälle unter den Yanomami in Nordbrasilien gemeldet worden. Allein in diesem Jahr seien 23 Yanomami an den Malaria-Folgen gestorben. Im letzten Jahr seien nur drei Todesfälle wegen der Tropenkrankheit gemeldet worden.

Für die Lage der Indios sei vor allem die Regierung verantwortlich, schreibt der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Dom Lusiano Mendes de Almeida, im Vorwort zu dem Bericht. Es bestehe ein enger Zusammenhang zwischen der Gewalt und der offiziellen Indio-Politik.

Kinder als Killer

Amerikanische Jugendliche töten immer öfter

Tatort Chicago: Schüsse fallen im Süden der Stadt, ein 14-jähriges Mädchen stirbt. Tatort New York: Eine Brandbombe fliegt in ein Geschäft. Im Stadtteil Bronx, vier Menschen kommen in den Flammen um. Tatort Wendesstaat Washington wird ein 50-jähriger Landarbeiter von 18 Kugeln getroffen. Die Tatverdächtigen in allen Fällen der vergangenen Wochen: Junger vor dem Stimmbruch.

Elf Jahre alt war der mutmaßliche Täter in Chicago. Der Junge fiel selber der Bande zum Opfer, die ihn nach Angaben der Polizei mit einer vollautomatischen Pistole zu einer mörderischen „Mutprobe“ auf die Straße geschickt hatte. Der Elfjährige wurde wenig später mit einer Kugel im Kopf unter einer Brücke gefunden. Die mutmaßlichen Täter von New York und Wenatche; ein 13-jähriger und zwei Zwölfjährige, wurden festgenommen.

Schockiert reagiert die amerikanische Öffentlichkeit auf die vielen Meldungen über Teenager, die töten. Aber ein Blick in längst bekannte Statistiken zeigt, daß die Verbrechenswelle vorhersehbar war. Eine Studie unter Schülern in den Slums amerikanischer Innenstädte zeigte nach Angaben der Zeitung „USA Today“, daß jeder fünfte eine Waffe besitzt — Pistolen, Revolver, Schrotflinten, vollautomatische Gewehre. Nur die wenigsten Waffen waren gestohlen. Mehr als 50 Prozent der Jugendlichen erhielten ihre

Waffen von Freunden oder Familienmitgliedern.

Kinder sind nicht nur Täter, sondern auch vermehrt Opfer des allgemeinen Aufrüstens in den Ghettos. Unter schwarzen Jugendlichen verdoppelt sich die Todesrate durch Waffengewalt in den vergangenen Jahren. Teenager sind bewaffnet und gewaltbereit. Dies ist allerdings nicht die Ursache der Misere, sondern ein Symptom. Die Armut in den Ghettos und der Verlust von positiven Vorbildern in zerrütteten Familien wird von Experten als Grundbeleg angesehen. „Viele der jungen Täter wurden außerdem von Eltern oder anderen Angehörigen mißhandelt“, erklärt Marjorie Volleau, eine Sprecherin der New Yorker Sozialbehörde.

Der elfjährige mutmaßliche Pistolenschütze aus Chicago war seit seinem dritten Lebensjahr polizeibekannt. Seiner Mutter wurde das Sorgerecht entzogen, nachdem am Körper ihres Sohnes Brandwunden, Kratzer und Spuren von Peitschenhieben entdeckt worden waren. Der Junge lebte dann mit sieben Geschwistern bei seiner völlig überforderten Großmutter. Seit seinem neunten Geburtstag war er der Polizei insgesamt acht Mal aufgefallen. Seine Akte enthält Einträge wegen Einbruchs, bewaffneten Raubes und Autodiebstahls. Nach seinem Tod ging der Elfjährige als 625. Mordopfer in Chicagos diesjährige Kriminalstatistik ein.

Konstanin EHRlich

Unternehmungslustigkeit und besonders im Großmaßstab gilt irgendwarum schon immer als eine ausgesprochen männliche Beschäftigung. Saule Omarowa, Direktorin des privaten Handelshauses „Salam“ in Karaganda, hat es aber diese verbreitete Meinung zu widerlegen vermocht. Ihre Firma befaßt sich erfolgreich nicht nur mit Realisierung von aus China, Indien und Pakistan gebrachten Waren, sondern auch mit Herstellung eigener. Am Handelshaus ist ein Schneiderbetrieb eröffnet worden, deren Erzeugnisse den ausländischen weder in Qualität noch im Aussehen in etwas nachstehen. Und das gemütliche Restaurant im „Salam“ ist zu einer der beliebtesten Gaststätten der Stadtbewohner geworden.

Unternehmungslustigkeit ist vor allem Aufwärtsentwicklung, meint Saule Omarowa. Unsere Bilder: Das Restaurant des Handelshauses „Salam“.

Tatjana Chrenowa und Olga Medwedewa Zuschneiderinnen im Schneiderbetrieb des Handelshauses „Salam“.

Fotos: KasTAG



Russische Schüler holen sich Schliff in britischen Internaten

Schliff in britischen Internaten

Englische Privatschulen sind auf der Suche nach Ersatz für die immer rarer werdenden englischen Schüler in Moskau fündig geworden. Wenn in diesen Tagen das neue Schuljahr beginnt, werden in einigen der 2 200 britischen Privatschulen russische Kinder die Schulbank drücken. „Bei uns fangen jetzt mindestens zwei russische Schüler an, vielleicht kommen noch drei mehr“, sagt Lucy Walker, in der Taunton-Schule in Somerset, Südwestengland, zuständig für die Zulassung zu den höheren Klassen. Auch in Stonar, einem exklusiven Mädchenpensionat in Südwestengland, hat sich eine junge Russin angemeldet. Box Hill in Südschottland hatte im Sommer 20 russische Schüler zu Gast, die einen Englisch-Kurs absolvierten. „Einige wollten die Gelegenheit sicher auch nutzen, um die Luft an einem englischen

Internat zu schnuppern“, meint Schulleiter Rodney Atwood. Die happigen Schulgelder — zwischen 8 100 Pfund (19 440 Mark) im Jahr in Taunton und 9 672 Pfund (23 097 Mark) in Box Hill — scheint die Russen nicht abzuschrecken. „Wir waren im März in Rußland“, sagt Sue Houlhan von der Stonar-Schule. „Wir wußten, daß es dort einen Markt gibt.“ Ein Informationsabend in Moskau Anfang des Jahres war nach einem Bericht im „Independent on Sunday“ bestens besucht. „Ich will meiner Tochter Möglichkeiten eröffnen, die ich nie gehabt habe“, sagte eine Mutter der Reporterin. Die Frau war Managerin einer großen Buchhandlung, ihr Mann Ingenieur. „Wir glauben, Erziehung ist die beste Investition. Leuten, die uns beneden, kann ich nur sagen: Arbeitet so hart wie wir, dann habt ihr dasselbe.“ Der Verband der britischen

Privatschulen ISIS hat im Mal in Moskau in einer Ausstellung den neuen Reichen die Vorzüge einer britischen Erziehung vorgestellt. „Wir haben jetzt jeden Tag Anfragen aus Rußland“, sagt der Marketing-Direktor des Verbandes, John Towey, zufrieden. „Vor drei Jahren gab es so gut wie gar keine russischen Schüler hier, heute stellen sie bei den Europäern nach Deutschland, Spanien, Frankreich und der Schweiz das fünfgrößte Kontingent.“

Nach Rückgang der Schülerzahl mehr um Ausländer bemüht

Die Zahl der Internatsschüler ist in den vergangenen Jahren in Großbritannien stetig gefallen: 1986 waren noch knapp 127 000 Schüler und Schülerinnen in Internaten, 1992 waren es nur noch 109 000. Für viele Eltern

waren vor allem in der Rezession offenbar die Kosten einer der Hauptgründe, ihre Kinder wieder mehr auf Tagesschulen zu schicken.

Die 1 400 dem ISIS-Verband angeschlossenen Schulen begannen deshalb verstärkt, sich um ausländische Schüler zu bemühen. Die meisten von ihnen haben schon immer Ausländer aufgenommen, 350 haben eigens eingerichtete Kurse für Schüler, deren Muttersprache nicht Englisch ist. Die Zahl der Ausländer ist von 5 909 im vergangenen auf 6 400 in diesem Jahre gestiegen. 1 800 kamen im vergangenen Jahr aus Europa, ein Drittel davon aus Deutschland. Das größte Kontingent der Ausländer — in diesem Jahre 43 Prozent — kommt in der Regel aus Hongkong und anderen Ländern im Fernen Osten.

ISIS hat als nächstes China im Visier. „Es gibt noch keine Anzeichen einer Massenbewegung aus China, das wird noch ein paar Jahre dauern. Aber das Interesse ist da und die Situation vergleichbar mit Rußland vor vier oder fünf Jahren“, sagt Towey.

Massenhafte Übersiedlung der Deutschen nach Rußland

Hier gründeten sie „im Jahr 1822... die Kolonien Neu-Hoffnung, Rosenfeld und Neu-Hoffnungstal, zu denen 1831 noch Neu-Stuttgart hinzukam, teilweise als jüngere Tochterkolonie, teilweise durch neue Zuwanderung aus Württemberg. Von diesen Kolonien, die sich alle zum hohen wirtschaftlichen Wohlstand entwickelten, wurden seit den sechziger Jahren auf neugekauften Ländereien nicht weniger als 30 Tochterkolonien angelegt...“

Dritte Ansiedlungsperiode. Gründung von deutschen Niederlassungen in Wolhynien und Podolien

Am Anfang der Regierungszeit des Kaisers Nikolaus I. der seinen 1825 verstorbenen Bruder Alexander I. ablöste, verschlechterten sich erneut die russisch-türkischen Beziehungen. Der türkische Sultan rief zum heiligen Krieg gegen Rußland auf, in dem er seinen größten Feind erblickte. Der Russisch-Türkische Krieg (1828/1829) sowie der eben benannte Russisch-Persische Krieg (1826—1828) brachten dem russischen Staat wesentliche Vorteile. Der mit Persien abgeschlossene Friedensvertrag zu Turkmenischal (Februar 1828) ergab den Anschluß an Rußland der Chanate Jerewan und Nachtschewan. Nach dem Friedensvertrag zu Adrianopol (September 1829) fielen Rußland die Schwarzmeerküste von der Mündung des Kubanflusses bis zum Fort des heiligen Nikolaus südlich von Poti und der Achaizker Paschalik in Transkaukasien zu. Außerdem verpflichtete sich die Türkei, eine volle Autonomie für Serbien, Griechenland, Moldawien und die Walachei zu gewähren. Rußland bekam auch das Recht, seine Truppen in Moldawien und der Walachei zu halten. Im Westen „herrschte wieder Ruhe“, wie Nikolaus I. sich ausdrückte: Die monarchistische Ordnung wurde in Frankreich, Belgien, den Niederlanden hergestellt, der polnische Aufstand niedergeschlagen.

Eine weitere massenhafte Übersiedlung von Ausländern nach Rußland kam in den 30er—40er und 60er—70er Jahren des 19. Jahrhunderts zustande. Diese Umsiedler ließen sich auf Pachtland in den Gouvernements Wolhynien und Podolien nieder, wo sie schon in der ersten Zeit über 30 Siedlungen gründeten.

Die ersten deutschen Ansiedler kamen nach Wolhynien schon im 18. Jahrhundert, wie wir bereits wissen, in den Jahren 1787—1791. Es waren ostpreussische Mennoniten, welche daselbst sechs Kolonien (Kotosowka, Groß- und Kleinneumanowka, Karlsvalde, Antonowka, Jadownin) anlegten. Es sei an dieser Stelle auf die Gründe dieser Übersiedlung eingegangen.

Die Einwanderung der Mennoniten nach Südrußland ist auf drei Ursachen zurückzuführen“, schreibt S. Nikel. „1. In dieser Zeit wurde der mennonitische Landbesitz in Deutschland durch die von Friedrich dem Großen und seinem Nachfolger, Friedrich Wilhelm IV. erlassenen Verfügungen eingeschränkt, denn das preussische Junkertum schützte vor den mennonitischen Konkurrenten. 2. Der Druck der preussischen Militärpflicht trug ebenfalls dazu bei, daß die Mennoniten die Weichselniederung ebenso verließen wie einst Holland und nach Rußland auswanderten. 3. Die russische Regierung versprach den mennonitischen Einwanderern die Zuweisung von 65 Desjatinen Land auf die Familie... und eine Reihe anderer Vergünstigungen...“

Eine zweite Gruppe preussischer Einwanderer ließ sich in Wolhynien in den Jahren 1810—1816 nieder und gründete hier die Siedlungen Murawa, Nedabajewka, Annette. In den Jahren 1834/1835 siedelte ein Teil der Nachkommen der Wolhynter Mennoniten an die Molotschnaja um. Und 1877/1878, nach der Aufhebung der Selbstverwaltung im deutschen Dorf, führte die allgemeine Wehrpflicht, verließ auch der andere Teil der Mennoniten Wolhynien.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts trat die Übersiedlung in Polen schon kraß zutage, auch galt Wolhynien schon als ein Brotland, wo es sogar der Unbemittelte in kurzer Zeit zu großem Wohlstand bringen konnte. Polnische Gutsbesitzer aus Wolhynien machten keinen Halt vor Versprechungen, um die fehlenden Arbeitshände zu gewinnen. Sie sandten ihre Vertrauenspersonen nach Polen, die ihnen deutsche Landarbeiter anwarben. „Die Ländereien wurden ihnen zu außerordentlich günstigen Bedingungen angeboten“, schreibt Ernst Althausen, „da die Besitzer von ihren Ländereien nicht den geringsten Nutzen hatten, meist war das Land mit Wald und Gestrüpp bewachsen.“

Es war natürlich nicht leicht, sich in dieser Wildnis einzurichten. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Zellen des Dichters Alexander Zieles, eines gebürtigen Wolhyniers, die uns die Not und Entbehrungen der Umsiedler nacherlebbar machen: Undurchdringlich war der Urwald, der sich endlos weit ausdehnte westlich über Belorußland. Tief verhält in Laubgewändern reckten sich die Eichenriesen, die mit ihrem dumpfen Rauschen uns erzählten von den Zelten ihres sturmbeugten Lebens... Hier in dieser grauen Wildnis suchte unsere Familie ihre Zukunft und ihr Glück. Hier begannen Not und Elend, harte Arbeit und Entbehrung unsres kinderreichen Hauses. O ich seh noch stehn den

Vater bis ans Knie in Sumpf und Schlamm, schwingend Hacke oder Bell, und daneben meine Mutter, aufgeschürzt bis an die Lenden, wie sie zog an Weidenwurzeln mit verschwollenen roten Händen. Im Gesicht, dem schwelbbedeckten, klebten wir die feuchten Strähnen ihres wild zerzausten Haares. Und wir Kinder, bleich und schmutzig, nackt, fast in Kleiderfetzen schleppten keuchend und uns krümmend das entwürzelte Gebüsch, und wir warfen es ins Feuer, dessen Rauch die einzige Zuflucht vor Insektenplage bot...“

Die Übersiedler erhielten das Land als Erbpacht für 36 Jahre; nach dieser Zeit wurde der Vertrag erneuert und so fort. „Auf diese Angebote hin kamen Deutsche aus Polen in der Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in großen Scharen nach Wolhynien.“

Als dann die Südwestbahn errichtet worden war und das Holz an Wert gewann, kamen Kaufleute auch aus Berlin und Danzig, welche die Waldungen kauften und das Holz ausarbeiteten ließen: Nun gibt's Arbeitsgelegenheit und jungfräulichen Boden, auf dem das Korn vorzüglich gedeiht.“

Es sei auch noch erwähnt, daß gegen Ende der 20er Jahre viele deutsche Handwerker zur Hebung der gewerblichen Tätigkeit in der Umgebung von Petersburg angesiedelt wurden. 1834 entstand bei Peterhof die Alexandriener-Kolonie, 1835 Nikolajewskaja, 1836 Alexandrowskaja, beide im Gouvernement Nowgorod. „Auch Mennoniten fanden sich wieder zahlreich ein. 1836 gründeten sie bergtal, 1837 Schönfeld, 1838 Schönthal, 1841 Heuboden, 1852 Friedrichtstal, sämtlich im Gouvernement Jekaterinoslaw. 1840 wurde durch die Württembergische Niederlassung Kana an der Kura in Kaukasien angelegt, 1834 Suamen bei Petersburg, 1848 Presental im Gouvernement Samara, 1850 das große Kirchspiel Rosenberg am dem Bergüter der Wolga, in den folgenden Jahren eine beträchtliche Zahl von Mennonitendörfern in Taurien und Samara, 1852 Michelstal bei Tiflis und Nikolajewsk bei Stawropol, 1855 Klein-Neudorf im Gouvernement Cherson.“

Wie wir bereits wissen, wurden im Jahr 1766 im Gouvernement Ischnernigow sieben Kolonien angelegt, im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts hatte die tschukomennschen in diesen Kolonien so sehr zugenommen, daß die Kolonisten gezwungen waren, sich nach zusätzlichem Land umzusehen.

Sie wandten sich mit ihrem Anliegen an das Jekaterinoslawische Vormundschafts-Comptoir, von dem sie die Erlaubnis bekamen, sich im Mariupoler Kolonienbezirk auf den bis dahin noch unerschlossenen Ländereien niederzulassen. Im Jahr 1832 gründeten die aus ihren Mutterkolonien ausgewanderten Familien, es waren ihrer 122, dort 5 Siedlungen, die die Namen der belowessner Mutterkolonien erhielten: belowess, Kalschninowka, Kundewiese, Groß- und Kleinwerder. Belläufig sei hier vermerkt, daß die Ländereien, auf denen diese Kolonien angelegt wurden, bisser J. Cornies in Pacht hatte und als Wienweide benutzte.

Niederlassung von deutschmennonitischen Gemeinden an der Wolga

Im Folge des Revolutionsjahres 1848, welches Preußen eine neue Verfassung brachte, kam es auch zu einer Änderung in seiner Gesetzgebung. Eines der neuen Gesetze lautete: Jeder Preuß sei wehrpflichtig. Dieser kurze Satz durchführte wie ein elektrischer Funke die wehrlosen Mennonitengemeinden in Westpreußen. Die Bekennnistreuen erkannten, daß ihres Bleibens in Preußen unter diesen Umständen nicht sei, und sie sahen nach einem Asyl für sich und ihre Überzeugungsgenossen aus. Selbstverständlich fiel der Blick nach Rußland, wo schon so viele der Unseren ein irdisches Heim gefunden hatten, aber dieses war zur Zeit der Revolution für Ausländer verschlossen, und eine Aufnahme daselbst schien unmöglich.“

Auf einer Prediger-versammlung im Jahr 1851 wurde nun beschlossen, Deputierte auszusenden, die die Genehmigung zur Einreise nach Rußland bei den russischen Behörden erwirken sollten. Auf den Weg machten sich der Dorfschulze Klaas Epp und der Religionslehrer Joh. Wall. Den Gesandten gelang es, an der Molotschnaja mit dem Vereinsvorsteher Philipp Wiebe aus Orloff und durch die

sen mit Akademitglied Staatsrat von Köppen und Staatsrat von Hahn in Verbindung zu treten und sie für ihre Sache zu gewinnen. Den Übersiedlern, die etwa 100 Familien an der Zahl waren, wies man am Salztrakt an der Wolga Land (65 Desjatinen je Familie) zu. 1853 trafen hier die ersten Umsiedler ein. Im folgenden Jahr wurde hier die Köppentaler Ansiedlung gegründet, bestehend aus folgenden Dörfern: Köppental, Hahnsau, Lindena, Fresenheim, Hohendorf, Lysanderhöf, Orloff, Walujewka, Osterfeld, Medental. Fast um dieselbe Zeit entstand im Kreis Samara am Fluß Konduritscha eine weitere Mennoniten-Ansiedlung (die letzte deutsche Stammkolonie) mit dem administrativen Zentrum Alexandertal. Zu ihr gehörten folgende Dörfer: Neunoffnung (1859), Mariental (Marjewka, 1863), Grottsfeld (Krotowka, 1863), Murawjowka (1863), Orloff (Orlowka, 1867), Liebental (Ljubimowka, 1870), Schönau (Krasnowka, 1870).

Diese Ansiedlung begrenzte im Osten der Fluß Konduritscha, im Norden und Süden eine Reihe russischer Dörfer und im Westen eine Anzahl deutscher Niederlassungen, die einige Jahre später von deutschen Flüchtlingen aus Polen, die infolge der Revolution von 1863—1864 hergezogen kamen, also im Ergebnis der Weiterwanderung, gegründet wurden. Hier deren Verzeichnis: Kaisergrnade, Rettungstal, Straßburg, Hoffental, Wladimirovka, Klein-Konstantinow, Groß-Konstantinow, Klein-Romanow, Rosental, Nikolajew, Fürstenstein, Reinfeld, Peterhof, Bergtal.

Die Einwanderer waren lutherisch und katholischen Glaubensbekenntnisses. Die meisten von ihnen waren Handwerker und hatten somit „einen schweren wirtschaftlichen Anfang.“ Diese Ansiedlung erhielt den Namen „Neue Deutsche“ im Gegensatz zu den „alten“ Deutschen, den Mennoniten, die einige Jahre früher eingewandert waren.

Nach 1875 bricht die landwirtschaftliche Kolonisation Rußlands praktisch ab. Jedoch der Zustrom der Auslandsdeutschen in die russischen Städte nimmt gewaltig zu.

Weiterwanderung der Kolonisten. Niederlassungen von deutschen Umsiedlern im Orenburgischen, in Baschkirien, Mittelasien und Sibirien

Die Umsiedlung der deutschen Bauern in das Orenburgische Gouvernement, nach Mittelasien und Sibirien ist mit einer anderen Art der inneren Kolonisierung der sogenannten Weiterwanderung in Verbindung zu setzen. Wir hatten schon Gelegenheit, darauf hinzuweisen. So wanderten aus den alten mennonitischen Mutterkolonien in Wolhynien etliche Familien an die Molotschnaja hinüber, auch ist uns bekannt, daß aus den älteren Mutterkolonien an der Wolga Mitte des 19. Jahrhunderts ein Teil nach Nordkaukasien auswanderte.

Wie wir bereits wissen, wurden im Jahr 1766 im Gouvernement Ischnernigow sieben Kolonien angelegt, im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts hatte die tschukomennschen in diesen Kolonien so sehr zugenommen, daß die Kolonisten gezwungen waren, sich nach zusätzlichem Land umzusehen.

Sie wandten sich mit ihrem Anliegen an das Jekaterinoslawische Vormundschafts-Comptoir, von dem sie die Erlaubnis bekamen, sich im Mariupoler Kolonienbezirk auf den bis dahin noch unerschlossenen Ländereien niederzulassen. Im Jahr 1832 gründeten die aus ihren Mutterkolonien ausgewanderten Familien, es waren ihrer 122, dort 5 Siedlungen, die die Namen der belowessner Mutterkolonien erhielten: belowess, Kalschninowka, Kundewiese, Groß- und Kleinwerder. Belläufig sei hier vermerkt, daß die Ländereien, auf denen diese Kolonien angelegt wurden, bisser J. Cornies in Pacht hatte und als Wienweide benutzte.

Im Jahr 1842 entstanden hier die Kolonien Darmstadt und Mariental. Um im Jahr 1849 wurde durch die Umsiedler aus der Stadt Jamburg bei St. Petersburg daselbst die Kolonie Neu-Jamburg angelegt.

Was waren die Ursachen dieser Weiterwanderung? Vor allem die Übersiedlung, die in den europäischen Gouvernements des russischen Reiches in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer deutlicher zutage trat. Sie veranlaßte die deutschen Kolonisten (sowie eine Menge einheimischer Bevölkerung — Russen, Ukrainer...), sich nach neuen Ländereien umzusehen.

(Fortsetzung folgt)

Humor

So reich bin ich net

Jedr Mensch hot ewe sel Marrotte. Ach dr Vetter Sander war dodrmit beeft. Arm wie dr Weg war er jo net, wollte mr sage, awr aach net stockreich. E lwrig Kopie Geld hatt der niemoos im Sack, war awr e biße eifältig un wollt immer der reiche Mann sin. In dr Lawke hotr immer noch dr telerste Sticker gfrogt.

Do isr mol in die Stadt gfahe, uf n Basar, en Palto kaafe. Dort isr die Heibe nuf un nurr gange, blsr en passende Palto gfunde hatt. „Was soll der koste?“ sahr.

„Vierhuert Ruwl“, hot des Fraamensch gmaant, wu den Palto vrkaaft hot.

„Der is zu billig für mich. So reich bin ich net, daß ich billig kaafe kann“, sahr un is weitergange.

„No sackerdisckel“, docht die Fraa, „hät ich doch acht-hundert vrlangt. Der Palto is kaa hundert Ruwl wert, awr um Basar mog's doch wohl so sin, wie wie die Leit sage: Je mehr daß mr vrlangt, desto lierw kaafe die Leit dei Sache.“

Friedrich BOLGER

Luftbrücke GmbH Reguläre Flüge nach Deutschland Wir vereinen die Welten

Die Generalvertretung der deutschen Firma „Luftbrücke GmbH“ in Kasachstan verkauft Flugtickets aus den kasachstanischen Städten Almaty, Shambul, Karaganda, Pawlodar, Semipalatinsk, Kokschetau, Kostanai und Aktobe nach Düsseldorf und zurück (Route Karaganda—Kostanai—Berlin und zurück).

Die Flugtickets sind im Kleinbetrieb „Grulse“ (Hotel „Tourist“) erhältlich.

Die Firma leistet außerdem Dienste bei der Beförderung von Gütern und bei ihrer Transportierung in eine beliebige Stadt Deutschlands für die Bevölkerung sowie auch für Betriebe und Einrichtungen.

Auskünfte über Telefonnummern: 8(3212) 56-67-86, 51-41-07 und 57-84-98

Регулярные рейсы в Германию Мы соединяем миры

Генеральное представительство германской фирмы «Luftbrücke GmbH» в Казахстане реализует авиабилеты из городов Казахстана: Алматы, Жамбыл, Караганда, Павлодар, Семипалатинск, Кокшетау, Костанай и Актобе в город Дюссельдорф и обратно и по маршруту Караганда — Костанай — Берлин и обратно.

Билеты можно приобрести в малом предприятии «Круз» (гостиница «Турист»).
Фирма оказывает услуги по перевозке грузов населения и доставке в любой город Германии, а также перевозке грузов предприятий и организаций.
Обращаться по телефонам: 8 (3212) — 56-67-86, 51-41-07 и 57-84-98.

Elsa ULMER Märchen

Der Kobold Fried und Monika

Zu Hause fragte Frau Selma streng: „Wo warst du denn, Monika? Ich habe dich schon gesucht.“ Der neugierige Kobold war erstaunt, als er statt einer Antwort Monikas Bitte hörte: „Mutti, ich will Liebe spielen. Gib mir Stoff, weißen, gelben, roten... Ich will selbst Puppen basteln und in unserem Gemüsegarten eine Großblumige Königskerze blühen lassen.“ „Du hast doch Puppen, Monika!“ Die Mutter zeigte auf die Puppen, die ruhig auf dem Sofa saßen. Als sie merkte, daß Monika dem Weinen nahe war, beruhigte sie ihre Tochter: „Na schön, so viel du willst.“

Monika nahm Bleistifte, Schere, Watte, Zwirn und Nadel sowie den Stoff, den Mutter ihr gegeben hatte, und begab sich zu den Maisstauden in dem Gemüsegarten. Sie waren schon viel höher als Monika. Der Kobold Fried fragte sie mit einem gütigen Lächeln: „Soll ich dir helfen?“

„Ja, du mußt ein Kleid für den König nähen. Ich weiß nicht, wie Könige aussehen, ich habe nie einen gesehen. Und die Sonne kenne ich, die werde ich selbst basteln.“

Die Sonne ging schon unter, als Monika endlich ihre Puppen fertig hatte. Sie waren mit Watte ausgestopft und hatten hübsche Kleider an. Ganz klein und fein waren sie. „Die Sonne und der König kommen bei mir besimmt zusammen, sie werden Kinder haben! So will ich's!“ murmelte das Mädchen beruhigt.

Am Fuße der Maisstauden standen der König und die Sonne, die einen strahlenartigen Hut anhatte. Und am Stamm, dort, wo die Blätter nach allen Seiten sprossen, saßen ihre Kinder, Jungen und Mädchen. Alle hatten Sonnenstrahlenhüte auf.

„So blüht also die Großblumige Königskerze in deinem Garten, Monika!“ sagte der Kobold Fried. „Sie ist dir gelungen, sie ist sehr schön, obwohl sie auch Ähnlichkeit mit einer Maisstaude hat.“

Der Kobold Fried schwieg darauf; er war ganz verliebt in seine Monika.

Fried hatte in dieser Nacht sehr fest geschlafen. Am Morgen wusch er sich schnell, ab Johannisbeeren und dann die Blüte Such-mich und eilte zu Monika. Wie war sie denn heute, seine Monika?

In dieser frühen Stunde war sie an der alten Schmiede, an deren Tür ein großes Schloß hing. Sie fragte laut und besorgt, obwohl niemand in ihrer Nähe war: „Wo

(Fortsetzung. Anfang Nrn. 36—38)

ist denn unser Schmied Ach-ich-kann-was?“ So nannte man achtungsvoll den Schmied im Dorf. Monika liebte es, ihn früh morgens zu besuchen und auszufragen, was er für das Dorf so schmiedete.

Der Kobold lächelte erstaunt und gab dem Mädchen Bescheid: „Ach-ich-kann-was ist bei der Fee Gütereich.“

„Fried, bist du es?“ freute sich Monika. „Was ist das für eine Fee Gütereich? Kannst du mir es sagen?“

„Vielleicht schluckst du auch eine Blüte Such-mich? Dann gehen wir zu der Fee Gütereich ins Schloß. Es befindet sich ganz in der Nähe des Dorfes, aber der Wald ist dort sehr dicht, hohe Brennnesseln versperrten den Weg. Aber als Waldbewohner kenne ich einen geheimen Pfad dorthin...“

„Eine gute Idee, Fried! Ich will auch unsichtbar werden!“ rief Monika begeistert.

„Dann wollen wir in den Wald eilen. Reich mir deine Hand!“ Der Kobold faßte Monika an der Hand und zog sie mit sich. Unter einer Birke fand er die Blüte Such-mich. Monika durfte aber nicht sehen, wie sie aussah. Mädchen plaudern, wie bekannt, leicht Geheimnisse aus. Was tun?

„Monika, du sollst die Augen schließen. Meine Vati und Mutti sind sehr ehrlich. Sie halten immer ihr Wort. So muß auch ich es tun, haben sie mir gesagt.“ Monika drückte die Augen zu und wartete geduldig.

„Diese Blüte mußt du essen. Öffne deinen Mund, ich lege sie dir auf die Zunge.“ Der Kobold war zufrieden. Seine liebe Monika hatte Vertrauen zu ihm. Sie kaute schnell und schluckte. Als sie die Augen öffnete, sah sie plötzlich Fried. Enttäuscht sagte sie: „Ich sehe dich! Also sieht man mich auch?“

„Nein, nein! Wir sind beide unsichtbar. Du wirst dich bald davon überzeugen können.“ Der Kobold lief einen schmalen Waldpfad entlang, Monika folgte ihm. Bald sahen sie ein herrliches Schloß. Es war sehr imposant und hatte viele große und kleine Fenster. Und Hauptsache — keine Schloßmauer. Unbehindert gingen sie um das Schloß herum und fanden bald den Schmied Ach-ich-kann-was. Er hatte gerade vor, prächtige Pferde zu beschlagen. Die Hufeisen lagen schon auf dem Amboss, sie waren aus Silber und blinkten matt. Monika nahm ein paar Hufeisen verwundert in die Hand.

(Fortsetzung folgt)

<p>Казахстан 480044, Алма-Ата, пр. Жибек Жолы, 50 4-й этаж</p>	<p>Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69; stellvertretender Chefredakteur — 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-35-09; Politik, Wirtschaft und Soziales — 33-37-77; Außenpolitik — 33-25-02; Briefe — 33-37-62; Kultur — 33-25-02; Nachrichten — 33-33-96;</p>	<p>Russische Beilage — 33-43-84, 33-33-96, 33-37-77; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Maschinenschreibbüro — 33-25-87; Korrespondentenbüro — 33-92-84; Bibliothek — 33-32-33.</p>	<p>«Дойче Альгемайне» ИНДЕКС 65414 Учредитель: Кабинет Министров Республики Казахстан регистр. № 483—484</p>	<p>Газета отпечатана в типографии республиканского издательско-журнального центра «Дойра» 480044, Алма-Ата, пр. Ленина, 2/4</p>	<p>ОФСЕТНЫМ СПОСОБОМ Газета отпечатана Объем 4 печатных листа</p>	<p>М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 Заказ 10371</p>
--	--	--	--	---	---	--